

MARKTWIRTSCHAFT

MOTOR UND BREMSE DER EMANZIPATION

URSULA ACHTSNIT: VORWORT. URSULA BAUER: FRAUEN-GERECHTER WOHN- UND STÄDTEBAU. ELFRIEDE FRITZ: HANDELSPOLITIK VERSUS FRAUENVERTRÄGLICHE SOZIAL-NORMEN. ANDREA HUSNIK: WAS VERBINDET ÖKOLOGIE MIT DER ÖKONOMIE EINES SAUBEREN YOGHURTBECHERS? GERTRUDE KLAFENBÖCK: MARKT DES LEBENS. ALICJA MAROUSEK: FRAUEN IN POLEN NACH DEM POLITISCHEN UMBRUCH. PIA PALME: DIE MUSIKERIN IM FREIEN WETTBEWERB. IRENE TYLECEK: ZUKUNFTSERWARTUNGEN WEIBLICHER LEHRLINGE. CHRISTIAN WESSELY: VOM BETRIEBSORGANISATOR ZUM ALLROUNDGENIE. BARBARA WINTERSBERGER: FRAUEN UND GESUNDHEITSRESSOURCEN

IWK

MARKTWIRTSCHAFT – MOTOR UND BREMSE DER EMANZIPATION

INHALT:

<i>Ursula Achtsnit</i> VORWORT	2
<i>Pia Palme</i> DIE MUSIKERIN IM FREIEN WETTBEWERB	2
<i>Ursula Bauer</i> FRAUENGERECHTER WOHN- UND STÄDTEBAU Ein Schritt nach vor und zwei zurück?.....	7
<i>Irene Tylecek</i> ZUKUNFTSERWARTUNGEN WEIBLICHER LEHRLINGE IN BEZUG AUF FAMILIE UND BERUFSLEBEN.....	12
<i>Christian Wessely</i> VOM BETRIEBSORGANISATOR ZUM ALLROUNDGENIE Anmerkungen eines Vaters im Karenzurlaub	18
<i>Barbara Wintersberger</i> FRAUEN UND GESUNDHEITRESSOURCEN	24
<i>Gertrude Klaffenböck</i> MARKT DES LEBENS – Zwischen gentechnischer Revolution und Feminisierung der Landwirtschaft	28
<i>Andrea Husnik</i> WAS VERBINDET ÖKOLOGIE MIT DER ÖKONOMIE EINES SAUBEREN YOGHURTBECHERS?	34
<i>Alicja Marousek</i> FRAUEN IN POLEN NACH DEM POLITISCHEN UMBRUCH	38
<i>Elfriede Fritz</i> HANDELSPOLITIK VERSUS FRAUENVERTRÄGLICHE SOZIALNORMEN.....	40
DER AUTOR / DIE AUTORINNEN.....	44

ISSN: 0020 - 2320

MITTEILUNGEN DES INSTITUTS FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST
51. JAHRGANG 1996, NR. 2-3, öS 100,-

Linie des Blattes: Verständigung der Öffentlichkeit über die Arbeit des Instituts für Wissenschaft und Kunst sowie Veröffentlichungen von wissenschaftlichen Arbeiten, die damit in Zusammenhang stehen.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Institut für Wissenschaft und Kunst. Redaktion, Umbruch, Layout: Dr. Helga Kaschl. Lektorat: Liliane Weikertschläger / Mag. Eva Waniek. Alle: 1090 Wien, Bergg. 17, Tel. / Fax: 317 43 42. Druck: Glanz & Hofbauer Ges.m.b.H., 1200 Wien, Treustraße 5, Tel. 330 73 67.

URSULA ACHTSNIT

VORWORT

Sparen als gesellschaftliches Leitmotiv erhöht den Stellenwert von „Bewußtseinsarbeit“ und „Umwälzung der Köpfe“ in der feministischen Realpolitik. Hinsichtlich ungleicher beruflicher Behandlung von Männern und Frauen (Lohngleichheit und Karriereentwicklung) stellten sich trotz legislativer Maßnahmen auch in Zeiten der Hochkonjunktur nur mäßig nachhaltige Erfolge ein: Das weibliche Durchschnittseinkommen liegt weiterhin deutlich unter dem männlichen. Ebenso blieben erhoffte Revolutionen/Evolutionen bei der Rollenverteilung aus. Frauendiskurse in der neuen Phase der Erstarkung des Kapitalismus, bezüglich Globalisierung, Massenarbeitslosigkeit, atypischen Beschäftigungsformen und nationalen Sparpaketen sollen in diesem Heft dargestellt werden. Die Beiträge sind Ergebnisse der IWK-Seminarreihen „Marktwirtschaft – Motor und Bremse der Emanzipation“ und „Emanzipation im Sparpaket“.

PIA PALME

DIE MUSIKERIN IM FREIEN WETTBEWERB

Österreichische Musikkultur wird auf der ganzen Welt geschätzt. Vom feministischen Standpunkt aus betrachtet, erweist sich die musikalische Landschaft Österreichs aber vorerst als Wüste mit gelegentlichen Oasen. Als in Wien lebende Musikerin untersuche ich die Situation musikalisch tätiger Frauen im freien Wettbewerb vor allem aus der Sicht der praktischen Erfahrung. Daß ich dabei persönlich betroffen, emotional beteiligt bin, kann und will ich nicht leugnen.

Zunächst ist es wichtig, historische Zusammenhänge zu kennen: Die heutige Situation der Musikerinnen ist eingebettet in den allgemeinen Entwicklungsprozeß der Musikgeschichte, ist Momentaufnahme einer ununterbrochenen Evolution. In Österreich ist die Musikkultur sehr stark von Vergangenheit und Tradition geprägt; weshalb notwendigerweise die Rolle musizierender Frauen früherer Epochen zu betrachten ist.

Von der Musikgeschichte als Ausgangspunkt komme ich zur gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Stellung der Musikerinnen. Als Grundlage dienen mir ausführliche Interviews mit Kolleginnen, die in verschiedenen musikalischen Bereichen tätig sind: als Orchestermusikerin, Solistin, Kammermusikerin, Ensembleleiterin, Organisatorin, Lehrerin etc. Es stellt sich heraus, daß die Biographien der einzelnen Frauen unterschiedlich sind und individuell beurteilt werden müssen: kein Lebenslauf gleicht dem anderen, die Entwicklung verläuft sehr persönlich. Auf den ersten Blick gibt es scheinbar keine Zusammenhänge zwischen den Einzelsituationen.

Im letzten Abschnitt versuche ich, Strukturen aufzuzeigen und Schlußfolgerungen zu ziehen. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen

wecken Kreativität und Wachheit: erfolgreiche Musikerinnen existieren hauptsächlich in Marktnischen. Dies bildet die Grundlage für eine neue Auseinandersetzung mit Musik, Kultur und Wirtschaft; Frauen werden zu Vorreiterinnen der Weiterentwicklung.

Wenden wir uns der Geschichte zu: In der traditionellen Aufgaben- und Rollenverteilung war die Frau für den privaten, häuslichen Bereich, der Mann für den öffentlichen Bereich zuständig. Eine freie Berufsausübung in unserem Sinne war Frauen über Jahrhunderte hinweg nicht möglich, im allgemeinen und als Musikerin im speziellen. Frauen konnten im kulturellen Bereich keinesfalls die Initiative ergreifen, keinen Lebensunterhalt als Musikerinnen verdienen oder aktiv die Musikgeschichte bestimmen. Der Rahmen, in dem sie agierten, wurde von Männern gesetzt und konnte je nach Epoche mehr oder weniger eng ausfallen: So wurde z. B. noch im 18. Jahrhundert von Päpsten ein Musizierverbot von Frauen in Kirchen, ja sogar in Theatern und im Hause ausgesprochen.

Solche Verbote wurzeln in der Anschauung, daß sich das Musizieren für Frauen und Mädchen nicht *schicke*; sie sollten sich bescheiden unterordnen. Innere Freiheit und Kreativität wurde ihnen nicht zubilligt. Quer durch die Jahrhunderte wurden derartige Ideologien mit unterschiedlicher Vehemenz verteidigt.

Konsequenterweise schenkte man im Laufe der Musikgeschichte bis in die jüngste Zeit der Musikerziehung von Mädchen und Frauen wenig Beachtung. Nur im Ausnahmefall konnte eine Frau eine tiefgreifende musikalische Ausbildung erlangen (meist war sie in diesem Fall Tochter eines Musikers). Gerade das zum Komponieren erforderliche

Wissen, kompositorisches Handwerk also, blieb den meisten Frauen verwehrt. Natürlich konnten sie sich deshalb als Komponistinnen nicht gleichermaßen profilieren wie ihre männlichen Kollegen, waren oft entmutigt und gaben nach vielversprechenden Frühwerken auf. Daraus wurde die Schlußfolgerung gezogen, Frauen wären auf dem Gebiet der Musik den Männern nicht ebenbürtig – ein Teufelskreis, der sich nicht durchbrechen ließ.

Erschwerend für Frauen war, daß im Mittelalter, der Renaissance und im Barock der Berufsmusiker meist auch Komponist war. Es gab keine Trennung zwischen dem Beruf des ausübenden Musikers und des Komponisten. Für letzteren fehlte den Frauen theoretisches Wissen, ersteren durften sie nicht öffentlich tun: der Zugang zur Musik war ihnen auf doppelte Weise verwehrt. Musikwerke entstanden großteils als Auftragsarbeit und wurden an Höfen oder Kirchen zu bestimmten Anlässen aufgeführt. Da Frauen der Beruf einer Musikerin/Komponistin verschlossen blieb, fanden sie keine solche Anstellungen, hätten also kaum Gelegenheit gehabt, Kompositionen zu schreiben und aufzuführen. Einzige Ausnahme bildeten Sängerinnen, die schon früh akzeptiert wurden.

Musikerinnen waren vom musikalischen Geschehen weitgehend abgeschnitten. Ihre Tätigkeit und ihre Kompositionen erfolgten, soweit überhaupt möglich, im häuslichen Bereich: sie komponierten und führten Kammermusikwerke, Vokalwerke und kleinere Gattungen der Musik auf. Große Formen wie Kirchenmusik, Opern oder Ballette aus Frauenhand finden wir nur selten.

Um 1800 löste sich der Beruf des Musikers von dem des Komponisten; auf der einen Seite spezialisierten sich Interpreten auf eine virtuose Beherrschung ihres Instrumentes, während sich Komponisten vom Zwang der Auftragswerke befreiten und begannen, aus künstlerischer Freiheit heraus zu schaffen. Nun hätte es für Frauen die Möglichkeit gegeben, als Komponistinnen tätig zu werden, da Komponieren nicht mehr direkt mit einer bestimmten Aufführungsmöglichkeit verbunden war. Aus oben genannten Gründen (keine profunde musikalische Ausbildung, kein Selbstvertrauen, gesellschaftliche Zwänge etc.) waren Frauen aber weiterhin nicht in der Lage, in größerem Rahmen zu komponieren.

Trotz des entmutigenden Umfeldes gab es immer wieder einzelne Frauen, die über diese Grenzen hinaus als Musikerinnen tätig waren, etwa *Hildegard von Bingen* (1098–1179), die als Komponistin, Dichterin, Prophetin, Predigerin, Theologin und Ärztin wirkte. Trotz der Anerkennung, die sie von den meisten ihrer Zeitgenossen erfuhr, mußte sie sich ständig gegen Kritik und Einschränkung seitens kirchlicher Würdenträger zur Wehr setzen. Die Vorwürfe, daß es sich für Nonnen nicht schicke, schöpferisch musikalisch zu wirken, entkräftete sie auf geschickte Weise: all ihr Wissen und ihre Fähigkeiten seien nicht durch menschliche Bildung

entstanden, sondern göttlichen Ursprungs, sie selbst sei nur Sprachrohr, nicht Schaffende. Mit viel Fingerspitzengefühl verstand sie es, sich innerhalb des Frauenklosters, dessen Äbtissin sie war, den Raum zu schaffen, innerhalb dessen sie ihre musikalischen Fähigkeiten entfalten konnte.

Dasselbe Schema findet sich bei anderen Lebensläufen von Komponistinnen. Jede hatte spezielle Lösungen für das gesellschaftliche und wirtschaftliche Dilemma als Musikerin. Gelang es ihr, eine Nische, einen Raum zu finden – sei es im Kloster, am Hofe eines adeligen Gönners, an der Seite eines Gatten, der selbst Musiker war usw. – wo sie akzeptiert wurde, so konnte sie sich entfalten. Anderenfalls scheiterte sie und gab ihre musikalische Tätigkeit auf – wie z. B. *Alma Mahler-Schindler* (1879–1964).

Weiteres Hindernis für Musikerinnen war die Tatsache, daß Kompositionen von Frauen selten objektiv und vorurteilsfrei, sondern meist geschlechtsspezifisch aufgenommen und kritisiert wurden. So schrieb z. B. der Musikkritiker *Carl Friedrich Becker* 1837 als Einleitung zu seiner Rezension des ersten Klavierkonzertes von *Klara Wieck*:

„Von einer eigentlichen Rezension soll gar nicht die Rede sein, da wir es mit dem Werke einer Dame zu tun haben.“

Und *Arthur Schopenhauer* fällt folgendes Urteil über die Frauen:

„Man kann von den Weibern auch nichts anderes erwarten, wenn man erwägt, daß die eminentesten Köpfe des ganzen Geschlechts es nie zu einer einzigen wirklich großen, echten und originellen Leistung in den schönen Künsten haben bringen, überhaupt nie irgendein Werk von bleibendem Wert in die Welt setzen können.“

Auch den Interpretinnen begegnete man mit Vorbehalten. Dem Aussehen, der Figur, der Kleidung – dem visuellen Eindruck also – wurde mehr Aufmerksamkeit gewidmet als dem Höreindruck und demgemäß in Kritiken und Rezensionen geurteilt und berichtet. Es liegt auf der Hand, daß eine derart mangelnde Rezeption sich negativ auf die Musikerinnen auswirkte.

Dieselbe Mißachtung musizierender Frauen findet man in der Musikgeschichte: die wenigen Frauen, die man wegen ihres musikalischen und kompositorischen Schaffens zu ihren Lebzeiten respektierte, wurden nach deren Tod *vergessen* und von der Geschichtsschreibung verschwiegen. Keine einzige von ihnen fand die ihr gebührende Beachtung.

Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts besserte sich die Situation. Die Frauenbewegung, die die Forderung nach gleichen Bildungsmöglichkeiten für beide Geschlechter stellte, erreichte, daß allmählich Musikerinnen (zu Beginn vor allem Sängerinnen) institutionelle Ausbildungsstätten besuchen konnten. Die ersten Kompositionsstudentinnen an einem Konservatorium gab es zu Beginn dieses Jahrhun-

derts. Berufsmusiker in Orchestern waren bis zum 20. Jahrhundert fast ausschließlich Männer. Im 19. Jahrhundert gab es für einige Frauen die Möglichkeit, in Damenkapellen zu musizieren. Diese kleinen Ensembles spielten in Restaurants, Kaffeehäusern usw., waren also auf dem Unterhaltungssektor tätig. In diesem künstlerisch nicht ernst genommenen Bereich konnten Musikerinnen immerhin ihren Lebensunterhalt verdienen. Um Frauen die Möglichkeit zu bieten, in einem *großen*, klassischen Orchester zu musizieren und Orchesterwerke aus eigener Erfahrung kennenzulernen, wurden in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts reine Frauenorchester gegründet – eine Tradition, die auch heute noch fortgesetzt wird, um Musikerinnen, Dirigentinnen und Komponistinnen Möglichkeiten zur Arbeit zu bieten. Frauenorchester sind keine Erfindung der jüngsten Zeit, sie existierten schon vor den gemischten Orchestern.

Nur zögernd wurden zu Beginn des 20. Jahrhunderts Frauen in bestehende Orchester aufgenommen. Vorreiter waren die amerikanischen: in den zwanziger Jahren fanden sich hier die ersten Harfenistinnen in *Berufsorchestern*; 1945 stellte das *Boston Symphony Orchestra*, 1966 das *New York Philharmonic* Frauen ein. Heute noch beschäftigen die nordamerikanischen Orchester wesentlich mehr Frauen als europäische.

Dirigentinnen fanden schwerer Anerkennung als Instrumentalistinnen. Das Bild des Dirigenten als Führungsperson, Autorität und Genie ist noch mehr mit geschlechtlichen Tabus belastet, dirigierende Frauen greifen ein Kernstück patriarchalen Denkens an. 1990 meinte der Hamburger Generalmusikdirektor *Gerd Albrecht*: „Frauen im Orchester, so viel wie möglich, aber Dirigieren ist kein Frauenberuf.“ Komponistinnen erringen nun langsam einen Platz im Musikleben. Dennoch werden Werke von Frauen nicht so gern verlegt wie die ihrer männlichen Kollegen.

An diesem kurzen Abriss der Musikgeschichte in bezug auf Frauen läßt sich unschwer erkennen, daß es Musikerinnen heute so gut wie nie zuvor ergeht – in jeder Hinsicht, auch in wirtschaftlicher. Die Entwicklung zur gleichwertigen Anerkennung von Musikerinnen und Musikern ist aber noch nicht abgeschlossen, Vorurteile und Ideologien, die über viele Jahrhunderte hinweg tonangebend waren, können nicht im Laufe weniger Jahrzehnte verschwinden.

Von dieser geschichtlichen Basis aus läßt sich die Situation in Österreich betrachten. Um beurteilen zu können, ob die freie Marktwirtschaft der Emanzipation der Musikerinnen hilft oder schadet, möchte ich den möglichen Werdegang einer im klassischen Sinne ausgebildeten Musikerin skizzieren und stütze mich dabei auf Aussagen von Kolleginnen, die in Interviews über ihre Erfahrungen berichteten. Dabei stellte sich heraus, daß die sogenannte *freie* Marktwirtschaft für Musikerinnen keineswegs *frei* ist.

Wenn ein Mädchen Interesse an Musik bekundet, werden erste Vorurteile schon bei der Wahl des Instrumentes wirksam. Sätze wie: „Mädchen sind zu schwach, um Cello oder Bratsche zu spielen“ hört frau heute noch. Wenn Kinder singen möchten, stehen für Knaben renommierte Institutionen offen (z. B. die Wiener Sängerknaben), für Mädchen gibt es nichts Vergleichbares. An den Musikschulen läßt sich neuerdings die Entwicklung beobachten, daß unter den Kindern, die beginnen, ein Instrument zu erlernen, mehr Mädchen als Knaben sind, und daß dieses Ungleichgewicht weiter zunimmt.

Den Entschluß, Musik zu studieren, fassen junge Frauen aus Liebe zur Musik, Freude und Lust am Musizieren. Kaum eine hat konkrete Vorstellungen über eine berufliche Laufbahn. Das Vorbild der Musikerin, die mit ihrem Beruf sich selbst beziehungsweise eine Familie erhält, ist nicht allgemein präsent.

In den Klassen der Musikhochschulen und Konservatorien spiegelt sich die geschlechtsspezifische Auswahl der Instrumente und Sparten wider. Wenige Studentinnen findet man bei Blechblasinstrumenten, Schlagzeug, Komposition und Orchesterleitung. Flöte, Gesang, Klavier und Harfe sind vor allem Frauensache. Insgesamt beträgt der Frauenanteil unter den Musikstudierenden ungefähr die Hälfte, steigt aber weiter. Ob die Studentinnen während des Studiums benachteiligt werden, läßt sich nicht generell feststellen: Dies wird unterschiedlich beurteilt – wie die Beziehung Schülerin-Lehrer(in) überhaupt individuell verschieden ist.

Im allgemeinen sind männliche Musikstudierende zielgerichteter als ihre Kolleginnen; sie arbeiten auf eine zukünftige Anstellung hin, wie sie das von ihren Vorbildern gewohnt sind. Männer als Berufsmusiker haben ihren festen Platz im wirtschaftlichen Gefüge. So kann es vorkommen, daß ein Professor das Studienziel einer Studentin in Frage stellt, weil diese ohnehin heirate und Kinder bekäme. Dementsprechend finden wir die Studentinnen vor allem in den pädagogischen Fächern – Lehrerin ist ein akzeptierter Frauenberuf; in den Konzertfachklassen, die spätere Berufsmusiker ausbilden, überwiegen Männer. Positive Ausnahme sind Sängerinnen; in diesem Beruf sind Frauen längst nicht mehr in Frage gestellt – die weibliche Stimme ist und bleibt unersetzlich.

Lehrkräfte an den Hochschulen und Konservatorien sind überwiegend Männer: je höher die Hierarchie oder das Ansehen, desto weniger Frauen. Diese unterrichten an den Hochschulen vor allem vorbereitende Lehrgänge für Jugendliche. In Wien ist die Situation besonders prekär, da die philharmonische Orchesterkultur an der Hochschule dominiert, das heißt, daß Philharmoniker als ideale Besetzung für eine Professur angesehen werden. Daß dabei Frauen benachteiligt werden, liegt auf der Hand.

Die große Ernüchterung für Musikstudentinnen kommt nach dem Studienabschluß. Berufliche

Chancen für Musikausübende in Österreich haben sich in den letzten Jahren generell verschlechtert – große Konkurrenz, weniger Subventionen auf dem Kultursektor, vermehrte Anstellung von Musikerinnen und Musikern bis hin zu ganzen Orchestern aus den ehemaligen Ostblockländern sind u. a. dafür verantwortlich. Die Ziellosigkeit und Naivität, mit der viele Musikerinnen ihr Studium beginnen, wirkt sich bei der Suche nach einer Arbeitsmöglichkeit verheerend aus. Obwohl die Hälfte der Studierenden Frauen sind, finden sich in Orchestern nur zehn Prozent Frauen, bei Spitzenorchestern noch weniger. Die Philharmoniker stellen bekanntermaßen keine Frauen ein. Darüber wurde und wird diskutiert; in letzter Zeit hat die Auseinandersetzung an Ernsthaftigkeit zugenommen. Der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes prüft derzeit die Möglichkeit, den Philharmonikern die staatliche Förderung zu streichen, sollten sie weiterhin keine Frauen anstellen. Zugleich wird die Anwendung des Gleichbehandlungsgesetzes diskutiert. Auf das Ergebnis darf frau gespannt sein. Allerdings liegt das eigentliche Problem, die Wiener Philharmoniker betreffend, nicht darin, daß Musikerinnen nicht aufgenommen werden: warum soll es nicht auch Männerorchester geben, so wie es Frauenorchester gibt? (Auf die Vorteile von letzteren werde ich später noch zu sprechen kommen.) Gravierend negativ für Musikerinnen wirkt sich die zentrale Stellung aus, die gerade dieses Orchester im Musikleben innehat: Da Frauen der Zugang zu den Wiener Philharmonikern versagt ist, entstehen für Musikerinnen eine Reihe von negativen Folgeerscheinungen. Die erwähnte bevorzugte Anstellung von Philharmonikern bei Professuren ist nur eine davon. Skurril mutet hier an, daß ja bereits Frauen bei den Wiener Philharmonikern mitarbeiten, und zwar als Harfenistinnen. (Die Harfe gilt seit längerem als typisch weibliches Instrument; für Männer war sie im Orchester nahezu tabu, was sich neuerdings ändert.)

Bei den größeren, besser dotierten Orchestern in Wien ist der Frauenanteil gering, aber steigend; ein zahlenmäßiges Gleichgewicht ist noch weit entfernt. Die meisten Musikerinnen finden wir in schlechter bezahlten und freien Orchestern: teilweise überwiegen hier die Frauen. Kolleginnen berichten, daß Musikerinnen eher Opfer von Mobbing innerhalb der Orchestergemeinschaft werden. Auch wird berichtet, daß bei Streichungen von Orchesterposten eher Frauen als Männer (Bild des Familienerhalters!) betroffen sind.

Die Gründe für das Fehlen der Frauen im Orchester sind vielschichtig. Bei der Anstellung kann die Möglichkeit, Kinder zu gebären, als Nachteil für die Musikerinnen gewertet werden. Gelegentlich wird das Argument gehört, Frauen brächten Unruhe ins Orchester. Das in Österreich übliche Höchstalter von 35 Jahren bei der Zulassung zu Probespielen ist für Musikerinnen mit Kindern ein echtes Hindernis; eine Musikerin könnte z. B. nach einer durch

Kinder bedingten Berufspause aus Altersgründen keine Anstellung mehr finden, selbst wenn die Qualifikation und Erfahrung für das Orchesterspiel vorhanden wäre.

Abgesehen von den äußeren Hindernissen gibt es noch innere Beweggründe, die Musikerinnen davon abhalten, in ein Orchester zu kommen. Manche Frauen scheitern an der Berufslaufbahn, weil sie kein Selbstvertrauen haben: Sie geben auf, weil sie glauben, sich als Musikerin nicht durchsetzen zu können. Manche werden Hausfrauen, auffallend viele entscheiden sich jedoch von vornherein gegen eine feste Orchesteranstellung: Sie lehnen die hierarchische Ordnung, Leistungsdruck, schlechtes Klima, die Frustration und den Streß bewußt ab.

Als Alternative bleibt der Weg ins Lehrfach. Viele arbeiten als Instrumentallehrkräfte an Musikschulen, wo sie vor allem Basisarbeit leisten und Kinder und Jugendliche unterrichten. Wirtschaftlich und gesellschaftlich gesehen, sind die Frauen auch hier im Hintertreffen: gerade die Aufbauarbeit, der Musikunterricht für AnfängerInnen, wird in Österreich geringgeschätzt. Das großartige Engagement, das die LehrerInnen auf diesem Gebiet zeigen, bleibt unbelohnt.

Wie sieht es in anderen Sparten des Musiklebens aus? Dirigentinnen und Komponistinnen gibt es in Österreich verschwindend wenige. Im Jazz und in der Unterhaltungsmusikbranche werden Musikerinnen weniger akzeptiert als ihre Kolleginnen im klassischen Fach: Außer als Sängerinnen finden wir Frauen nur selten. Betrachtet man z. B. Ankündigungen von Jazzfestivals in Österreich, fällt auf, daß der Frauenanteil unter den Auftretenden äußerst gering ist. Selbst bekannte Jazzmusiker beurteilen ihre ohnehin spärlich gesäten Kolleginnen nach dem Aussehen und nicht nach dem musikalischen Können (wie dies unlängst in einer Vorschau in einer großen Tageszeitung geschah). Etwas besser sind die Chancen von Musikerinnen in der Volksmusik. Diese musikalische Gattung war von vornherein mehr für den häuslichen Bereich bestimmt, sie wird nach wie vor in diesem Bereich kultiviert und aufgeführt: Und genau hier fanden Frauen schon immer ein musikalisches Betätigungsfeld.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die momentane wirtschaftliche Situation für Musikerinnen nicht förderlich ist. Das heute praktizierte wirtschaftliche System bevorzugt musikausübende Männer in hohem Maße; jahrhundertealte Vorurteile Musikerinnen gegenüber wurden und werden von der wirtschaftlichen Ordnung genauso übernommen und getragen wie von der gesamten Gesellschaft. Das führt dazu, daß wirtschaftliche Strukturen patriarchales Denken zunächst eher zementieren als auflösen. Emanzipation ist Sache der Frauen: von den Anstrengungen, die sie unternehmen, hängt es ab, ob sie sich durchsetzen – das wirtschaftliche System in der jetzigen Form kommt ihnen nicht zu Hilfe. Die freie Marktwirtschaft

ist nicht frei von Voreingenommenheiten; für Frauen ist sie offenbar nur so *frei*, wie die Vertreter und politisch Verantwortlichen (im allgemeinen männlichen Geschlechts) des Systems dies zulassen.

Welche Perspektiven haben angesichts dieser Situation Musikerinnen, die aus eigener Kraft tätig sein wollen? Betrachten wir nochmals die Motivation, aus der heraus Frauen Musikerinnen werden. Sie betonen, daß Musik ihnen Freude, Genuß, Berausung bietet. Sie lieben den Klang; Technik am Instrument ist ihnen sekundär, nur Mittel zum Zweck. Die Musik wollen sie aber auch nicht überbewertet sehen: es gibt noch anderes außerhalb dieser. Soziale Zusammenhänge sind ihnen wichtig, sie wollen Zeit haben, um Beziehungen zu pflegen oder eine Familie zu haben. Kurz gefaßt: nicht ein Leben für die Musik, sondern Musik fürs Leben.

Befragt man Musikerinnen über die von ihnen eingeschlagene Berufslaufbahn, so zeichnen sich zwei Gruppen ab: die einen, die eine konventionelle Laufbahn wählen und sich an das bestehende System anpassen, und andere, die eigene Wege gehen. Musikerinnen aus der ersten Gruppe etwa streben bewußt eine Orchesterlaufbahn an und reüssierten auch mit dieser Vorstellung. Sie empfinden kaum persönliche Diskriminierung als Frau; im Beruf „stellen sie ihren Mann“, wenn sie engagiert werden, geben sie sich besondere Mühe, gut zu spielen. Wie erwähnt, ist die Lage heute weit besser, als dies seit Jahrhunderten der Fall war. Da der Frauenanteil unter den Musikausübenden steigt, ist es wohl nur mehr eine Frage der Zeit, wann Musikerinnen und Musiker als gleichwertige Partner miteinander arbeiten werden.

Die zweite Gruppe besteht aus Musikerinnen, die sich bewußt oder umständehalber gegen eine herkömmliche Laufbahn als Berufsmusikerin im Orchester entschieden haben. Viele von ihnen wurden Musikpädagoginnen, obwohl sie das nicht von vornherein planten. Im Laufe der Zeit bewerten sie die Unterrichtstätigkeit als positiv: Der Kontakt mit Kindern wird als erfrischend und inspirierend empfunden. Zudem ermöglicht diese Arbeit, nach Lust und Laune zu musizieren – sei es im privaten Rahmen mit Gleichgesinnten oder in freien Orchestern bzw. Kammermusikensembles. Die Freude an der Musik bleibt ihnen erhalten, und sie entwickeln im Laufe der Zeit Selbstbewußtsein. Manche von ihnen sind organisatorisch im Musikleben beschäftigt; sie leiten oder gründen Ensembles in ungewöhnlichen Besetzungen, setzen Impulse. Sie sind vielseitig tätig und bewerten diese Vielseitigkeit als bereichernd. Ihre Kreativität entfaltet sich in neuen Formen – so gesehen erweist es sich als positiv, daß die

herkömmlichen Schienen für manche Musikerinnen nicht gangbar sind. Sie bewahren Offenheit und Frische und beleben die Musikszene in jeder Hinsicht – auch wenn ihnen von den Medien nicht die gebührende Publicity zuteil wird.

Daß es manch einer Musikerin gelingt, auf diese Weise – sozusagen auf Umwegen – wirtschaftlichen Erfolg zu haben (z. B. durch ein neuartiges Ensemble) ist ein interessanter Nebeneffekt. Dies ist den Frauen aber nicht primär wichtig. Offensichtlich entdecken sie zufällig *Marktnischen*, in denen sie sich entfalten können. Darüber mag man unterschiedlich urteilen: Ist es erstrebenswert, daß Musikerinnen in Marktnischen ihren Unterhalt fristen? Ich denke, die Antwort liegt darin, daß innovativ tätige Musikerinnen dies nicht aus der Absicht heraus tun, um wirtschaftlichen Erfolg zu haben. Sie wollen vielmehr frauengerechte Wege der Musikentfaltung finden. Eine Kollegin, die ein von ihr gegründetes Frauenensemble leitet, berichtet, daß Musikerinnen das Arbeiten in diesem Ensemble als wesentlich angenehmer beurteilen als in konventionellen Orchestern. Das Klima sei nicht von Konkurrenz geprägt, sondern von freundschaftlicher Zusammenarbeit. Frauen schätzen es, wenn die hierarchischen Strukturen nicht zentralistisch verlaufen, wie dies im herkömmlichen Orchester der Fall ist. Die Kommunikation unter den Ensemblemitgliedern ist ihnen wichtig; in der vertikalen Ordnung Dirigent / Konzertmeister / Orchestermitglied kann sich diese nicht entfalten.

Im Grunde genommen geht es Musikerinnen um eine Verbindung von Musik und Leben, eine Rückführung der Musik aus den Konzertsälen in den Alltag. Die von hier ausgehenden Impulse sind vielversprechend, und die Entwicklung der Musik braucht derartige Anstöße. Es könnte auch der Marktwirtschaft nicht schaden, frauengerechter zu werden. Der Ruf nach alternativen Wirtschaftsformen wird unter Frauen lauter, und die Verbindung von Wirtschaft und (Frauen)Alltag tritt auch dabei in den Vordergrund.

LITERATUR:

- Roster, Danielle: *Allein mit meiner Musik – Komponistinnen in der europäischen Musikgeschichte*. Edition Phi 411, Esternach 1995
Üben und Musizieren, Zeitschrift für Musikschule Studium, Berufspraxis und Elternhaus, Verlag Schott Musik International, Nr. 2/1996
 Tageszeitungen
 Programmhefte
 Interviews

URSULA BAUER

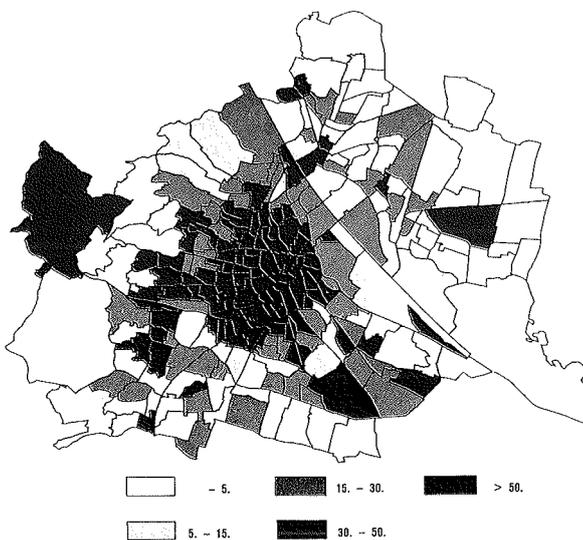
FRAUENGERECHTER WOHN- UND STÄDTEBAU – Ein Schritt nach vor und zwei zurück?

Die Aufhebung der derzeit unterschiedlichen gesellschaftlichen Rollen- und Machtverteilung zwischen Männern und Frauen braucht Unterstützung durch bauliche und planerische Maßnahmen. Das bedeutet, daß Stadtstrukturen notwendig sind, die die Wahlfreiheit der Lebensorganisation und -planung unabhängig vom Geschlecht ermöglichen und fördern. Räume von sich aus tun nichts, aber sie sind durch ihre Anordnung, Größe und Funktion ein Spiegel der gesellschaftlichen und ökonomischen Machtverhältnisse und tragen zur Reproduktion dieser bei.

Stadtplanung und Wohnungsmarkt laufen innerhalb bestimmter politischer und ökonomischer Rahmenbedingungen ab. Globalisierungstendenzen tragen dazu bei, daß im Bereich der Stadtentwicklung, speziell bei der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in zunehmendem Ausmaß die ökonomische Seite prägend ist. Ähnlich verhält es sich bei der Entwicklung des Wohnungsmarktes. Was keine Kapitalerträge verspricht (Gemeinschaftsräume im geförderten Wohnbau), der öffentlichen Hand kurz- bis mittelfristig Folgekosten (etwa Pflege von Grünanlagen) beschert und nicht zumindest kurzfristig Massenarbeitsplätze zu garantieren scheint, wird noch weniger wichtig als bisher.

Kaum überraschend ist, daß den an Finanzen und Lobbys Schwächeren damit zunehmend weniger Wahlfreiheit bei der Lebensgestaltung bleibt. Daß zu dieser Gruppe der Schwächeren aufgrund herrschender Machtverhältnisse gerade auch Frauen zählen, liegt ebenso auf der Hand.

ARBEITSPLATZDICHTE IM TERTIÄREN SEKTOR VON FRAUEN



Quelle: ISIS Arbeitsstättenzählung 1981. Aus: Aufhauser/Bauer/Stangl 1991, S. 92

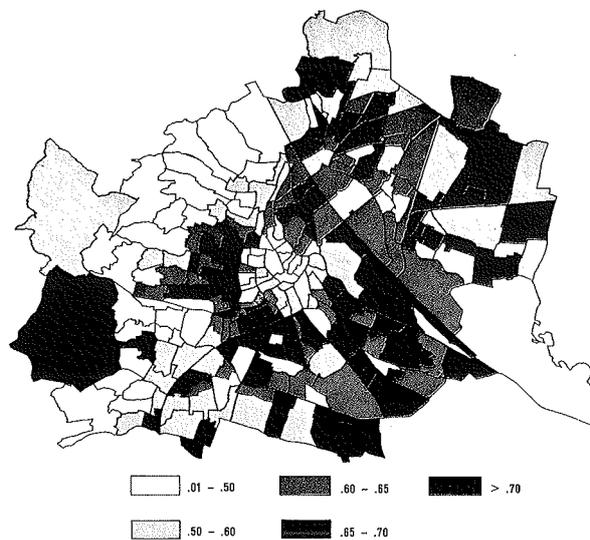
STADTENTWICKLUNG AUF KOSTEN VON FRAUEN?

Der Handlungsspielraum und das Zeitbudget von Frauen wird nicht nur von der familiären Situation und den Arbeitsbedingungen vorgegeben, sondern gerade auch von der durch die Stadtstruktur bestimmten Lage der Wohn- und Arbeitsstandorte¹ sowie der Versorgung mit Infrastruktureinrichtungen.

Es zeigt sich, daß trotz gewisser Ausgleichstendenzen die Lage der Wohn- und Arbeitsstandorte stark differiert. Bedingt durch die spezifische Qualifikationsstruktur sind drei Viertel aller in Wien beschäftigten Frauen im Dienstleistungsbereich tätig, die Arbeitsplätze des tertiären Sektors konzentrieren sich auf die City und den Innenstadtbereich (80%), was wiederum diametral der Wohnstandortentwicklung gegenüber steht. Erwerbstätige Frauen mit Kindern unter 15 Jahren wohnen zumeist in den Gebieten außerhalb des Gürtels, mit Kinder unter fünf Jahren vor allem in den Siedlungen des Stadtrandes. Die räumliche Verteilung für 1981 ist den Karten 1–3 zu entnehmen, die Erwerbsquote von Frauen in Wien 1996 als Ergänzung von aktuelleren Werten ist aus Karte 4 ersichtlich.

Bei der derzeitigen innerfamiliären Arbeitsteilung belasten lange Pendelwege vor allem Frauen, da an beiden Enden des Weges Arbeit auf sie wartet. Geschlechtsspezifisch zeigt sich, daß Männer zwar längere Distanzen zurücklegen, der Zeitaufwand

ERWERBSQUOTE DER 15–24 JÄHRIGEN FRAUEN
(Anteil der wohnhaft erwerbstätigen 15–24jährigen Frauen 1981 an allen 15–24jährigen Frauen im Zählbezirk)



Quelle: ISIS Arbeitsstättenzählung 1981. Aus: Aufhauser/Bauer/Stangl 1991, S. 98

unterscheidet sich aber kaum, was auf die Verkehrsmittelwahl zurückzuführen ist, die für die meisten Frauen keine ist, da nur wenige über ein eigenes Auto verfügen. Eine Sonderauswertung zur Verkehrsbefragung der Wiener Bevölkerung 1991 ergab, daß Frauen den Hauptanteil ihrer Wege mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurücklegen, während sich Fußwege und Autofahrten die Waage halten. Männer sind dreimal öfter mit dem Auto unterwegs als sie zu Fuß gehen. Nur 40% der Frauen haben die Möglichkeit, jederzeit ein Auto zu benutzen (Kail 1992). Besonders deutlich zeigt sich die Belastung durch lange Pendelzeiten bei jenen Frauen, die im Nordosten Wiens leben: Rund ein Drittel dieser Frauen muß Pendelzeiten über 45 Minuten in Kauf nehmen, bei Männern ist es nur etwa ein Viertel.

Reine Betriebs- und Gewerbegebiete, ein Produkt der Funktionstrennung, stellen für Frauen auch insofern ein Problem dar, da sie einerseits die für Frauen typischen „Wegekettchen“-Erledigungen – wie Einkaufen, Behördenwege, Kind(er) abholen – erschweren und andererseits abends durch ihre Unbelebtheit leicht zu Angstträumen werden.

Durch die immer größer werdenden Distanzen zwischen Wohn- und Arbeitsstandorten sind Frauen, wie internationale Studien belegen, generell bestrebt, ihren Arbeitsplatz möglichst in der unmittelbaren Wohnumgebung zu suchen, auch wenn dieser weniger qualifiziert ist, was generell und besonders im Trennungsfall nicht förderlich für eine unabhängige Existenzsicherung ist.

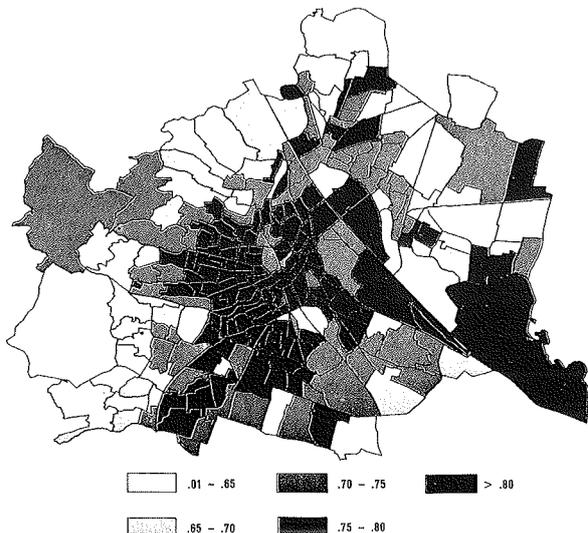
Distanzen spielen auch bei der Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen im Wohnumfeld eine wichtige Rolle. Als Maßstab für eine gute Wohnqualität wird oft der Freizeitwert eines Gebietes herangezogen. Eine Befragung von Stadtrandbewohnerinnen in Wien zeigte, daß Einrichtungen der Hochkultur als weit weniger wichtig eingeschätzt

werden – „seltene Ereignisse“ dürfen auch an weiter entfernten Orten stattfinden. Für das allgemeine „Wohlfühlen“ und die alltägliche Zeitökonomie ist die praktische Einkaufsversorgung von größerer Bedeutung. Frauen wünschen sich eine gute Versorgung mit Geschäften des täglichen Bedarfs, vor allem kleinere Läden mit persönlicher Atmosphäre, angenehme Wege, möglichst mit eingestreuten Treff- und Kommunikationsangeboten wie Grünflächen oder Cafés. Versorgungseinrichtungen sind entscheidende Bestandteile der Alltagskultur und damit Identität stiftende Elemente (Kail / Bauer 1994).

Eine kleinteilige Durchmischung von Wohn-, Dienstleistungs- und Gewerbeangeboten, die parallele Ansiedlung von Wohnbevölkerung und Betrieben in Stadterweiterungsgebieten und die Bereitstellung von – qualifizierten – Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor, vor allem in den Stadterweiterungsgebieten im Nordosten Wiens, wäre daher für Frauen besonders wichtig.

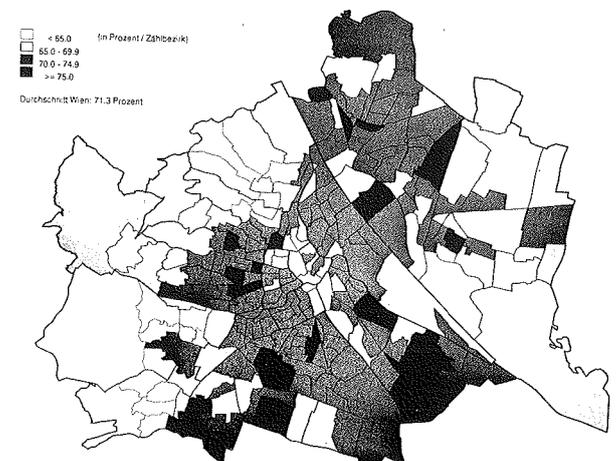
Frauen sind – zwangsläufig – erfinderisch, die unzureichende Ausstattung im Wohnviertel durch private Initiativen auszugleichen. Ohne diese Initiativen und sozialen Netze von Verwandtschaft, Nachbarschaft, Freundinnen und Freunden könnten sie ihre Mehrfachbelastung oft nicht bewältigen. Damit sich diese wichtigen informellen Strukturen entwickeln können, sind wohnungsnaher Orte, die Begegnungen und zwanglose Kommunikation ermöglichen, bereitzustellen – Lokale und Cafés (darunter solche mit speziellen Spielecken für Kleinkinder) sowie halböffentliche Räume in der Wohnhausanlage für diverse Aktivitäten (wie etwa der „Club Bassena“ am Schöpfwerk oder das „Frauenzimmer“ im Wohnpark Alt Erlaa). Gemeinschaftsräume innerhalb der Wohnhausanlage sind für das Zustandekommen von Initiativen wie selbstorganisierte

ERWERBSQUOTE DER 35-44 JÄHRIGEN FRAUEN
(Anteil der wohnhaft erwerbstätigen 35-44jährigen Frauen 1981 an allen 35-44jährigen Frauen im Zählbezirk)



Quelle: ISIS Arbeitsstättenzählung 1981. Aus: Aufhauser/Bauer/Stangl 1991, S. 98

ERWERBSQUOTE VON FRAUEN IM ERWERBSFÄHIGEN ALTER (15-60)



Quelle: Situationsbericht 1996. Frauen in Wien

Kinderbetreuung, zwanglose Kommunikation etc., als Ergänzung zu öffentlichen Einrichtungen, wesentlich (Kail / Bauer 1994). Allerdings fallen gerade diese bei den meisten neueren Wohnprojekten in Wien weg, da sie nicht mehr aus Mitteln der Wohnbauförderung finanziert werden können.

Zur Grundausstattung des Wohnviertels gehören auch gut zugängliche und gefahrlos erreichbare Grünflächen. Frauen im allgemeinen und erwerbstätige Mütter im besonderen müssen mit der vorhandenen Zeit knapp kalkulieren. Darüber hinaus erfordern weit entfernt gelegene oder gefahrvoll zu erreichende Freiflächen mehr „Kinderbegleitarbeit“ – in den meisten Fällen für Mütter. Gerade für Frauen stellen viele kleine innerstädtische Grünanlagen Orte für die alltägliche Erholung, Entspannung, Kommunikation und Kinderbetreuung dar.

Eine wichtige Rolle spielen auch Innenhöfe. Räumlich abgeschlossene, geschützte Höfe sind ideale Orte für die kurzfristige Erholung im unmittelbaren Wohnumfeld – hier können soziale Kontakte entstehen, Kinder auch ohne ständige Aufsicht spielen. Steigende Grundstückspreise führen aber zu einer äußerst dichten Bebauung und nach der weitgehenden Abkehr von der Stadtentwicklung zu einer noch stärkeren Verdichtung innerstädtischer Gebiete. Größere Grünflächen bei Neubauten sind daher kaum zu finden, es ist schon schwer genug, die in der Bauordnung vorgeschriebenen Kinderspielflächen unterzubringen. Für Jugendliche gibt es meist kein Angebot mehr.

Zwar besteht bei der Wahl des Wohnumfeldes theoretisch „freie Wahl“, ein Blick auf den Wohnungsmarkt macht aber deutlich, daß es damit nicht weit her ist.

ZUR WOHN-SITUATION VON FRAUEN

Wien ist durch einen hohen Althausbestand geprägt. Mehr als 40% aller Wohnungen befinden sich in den während der ersten Gründerzeit des letzten Jahrhunderts errichteten Zinshäusern. Dieser Wert liegt über dem aller anderen europäischen Großstädte. Eine weitere Besonderheit des Wiener Wohnungsmarktes ist der hohe Anteil des geförderten Wohnbaus, der bei rund 50% liegt. Davon befindet sich mehr als die Hälfte im Besitz der Gemeinde Wien, der Rest im Eigentum gemeinnütziger Wohnbauvereinigungen. Bis Mitte der 80er Jahre war der größte Teil dieser Mietwohnungen einer gesetzlichen Preisregelung unterworfen. Das daraus resultierende niedrige internationale Preisniveau und die geringe Dynamik sowie die seit den 70er Jahren stagnierende bis schrumpfende Bevölkerung bedingten, daß die Situation auf dem Wiener Wohnungsmarkt bis 1987 relativ entspannt war.

Mitte der 80er Jahre kam es durch eine Liberalisierung des Mietrechtsgesetzes und der, auch für ExpertInnen überraschenden, geänderten Bevölkerungsentwicklung zu einer Trendumkehr². Die in

den 80er Jahren einsetzende Sanierungswelle führte zu einer Verteuerung der bis dahin günstigen Mieten im Altbausektor. 1987 wiesen 33,9% aller in Altbauwohnungen lebenden Haushalte ein Haushaltseinkommen von unter 8.500 Schilling auf (Blaas / Brezina / Doubek / Rüschi 1991, S. 195). Im Durchschnitt mußte Anfang der 90er Jahre gegenüber den 70er Jahren um ein Vierfaches mehr an Miete bezahlt werden. Noch deutlicher wird die Belastung durch den erhöhten Wohnungsaufwand bei einem Vergleich mit den Einkommenssteigerungen: Erhöhten sich die Wohnungskosten zwischen 1980 und 1990 um 119%, stiegen die monatlichen Einkommen dagegen nur um 63% (Natter / Reinprecht 1992, S. 222).

Zum anderen besteht seit Ende der 80er Jahre ein Engpaß beim Wohnungsangebot. Wegen der schrumpfenden Bevölkerung kam es zu geringerer Neubautätigkeit, gleichzeitig ging durch Maßnahmen der Stadterneuerung (Wohnungszusammenlegungen und Abbrüche) Wohnraum verloren. Die Verkleinerung und zunehmende Instabilität der Haushalte, das Drängen der Babyboomgeneration auf den Wohnungsmarkt sowie eine höhere Zuwanderung führen ihrerseits wieder zu erhöhter Nachfrage.

Je nach Schätzungen ergibt sich, basierend auf der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung für Wien, ein jährlicher Bedarf an zusätzlichen Wohnungen in der Bandbreite von 4.000–15.000. Die politische Reaktion: Künftig sollen jährlich 10.000 geförderte Wohnungen errichtet werden. Konzentrierte sich die Stadtplanung in den 80er Jahre noch fast ausschließlich auf die Stadterneuerung in den dicht besiedelten, innerstädtischen Gründerzeitvierteln, so wird seit Beginn der 90er Jahre auf die Stadterweiterung gesetzt. Eine neue Gründerzeit für den Wohnungsbau ist angebrochen. Die größten Stadterweiterungsgebiete liegen im Süden und vor allem in den beiden Bezirken nördlich der Donau, also dort, wo es die aufgezeigten Arbeitsplatz- und Infrastrukturdefizite gibt.

Nicht unproblematisch für Frauen ist auch der Trend zum Eigenheim. Als ideale Wohnform schwebt den meisten Familien immer noch die Errichtung eines solchen vor, wobei auf Grund der hohen Bodenpreise selten auf die Brauchbarkeit des Wohnumfeldes geachtet wird. Entscheidend ist vielfach neben der Bodenverfügbarkeit die Eignung für den Erholungs- und Freizeitwert und nicht die Versorgung mit für den Alltag notwendiger Infrastruktur wie Geschäften, Kindergärten, Schulen. Da Familien häufig in ihrer Gründungsphase an den Stadtrand ziehen und viele Frauen dann gerade in Karenzurlaub sind, tritt das Problem der zeitaufwendigen Erreichbarkeit eines Arbeitsplatzes erst später auf. Bezüglich der Wohnstandortentscheidung zeigt sich in internationalen Studien, daß sich Frauen häufig nach den Wünschen des männlichen Haushaltsvorstandes richten (Bauer / Reeger / Zwingl 1995).

Der Wohnungsmarkt gehört in Österreich im Prinzip zu den am stärksten subventionierten Wirtschaftssektoren, Wohnen als Grundbedürfnis sollte nicht alleine den Marktmechanismen unterliegen. Von staatlicher Seite bestehen zwei Förderungswege zur Schaffung von günstigem und sozialverträglichem Wohnraum: objektbezogene Wohnbauförderungen und subjektbezogene Wohnbeihilfen bzw. Eigenmittelsatzdarlehen. Der Schwerpunkt liegt in Österreich eindeutig auf der Objektförderung, die Subjektförderung hat einen geringeren Stellenwert. Eine allgemeine Wohnbeihilfe für Mietwohnungen gibt es in Österreich nicht, wodurch ärmeren Bevölkerungsgruppen, die keine geförderten Wohnungen erhalten, bzw. keine Eigenheime mit Wohnbauförderungsmitteln errichten, keine Mittel aus der Wohnbauförderung zufließen (Köppl, in: Eder / Hoscher / Schuster 1994, S. 41)

In Wien muß jede/r MieterIn bei Bezug einer Neubauwohnung rund ein Achtel der Nettobaukosten als Eigenmittelanteil beisteuern. Wer dazu nicht in der Lage ist, bekommt von der Gemeinde Wien ein niedrig verzinstes Eigenmitteldarlehen mit zwanzigjähriger Laufzeit. Die Hälfte der Baukosten wird von der Gemeinde Wien mittels Wohnbauförderung (quasi als „verlorener“ Zuschuß), der Rest von den Bauträgern entweder mit Eigenmitteln oder Fremdfinanzierung aufgebracht.

Der Baukostenzuschuß liegt bei Gemeindewohnungen derzeit zwischen 2.000–3.000 Schilling pro m², die Bruttomiete bei rund 75 Schilling pro m². Das ist immer noch weniger als im privaten Sektor. Laut Erhebungen des Stadt- und Regionalforschungszentrums (Anzeigen in Krone und Kurier) werden für Offerte, ohne Ablöse oder Mietzinsvorauszahlung durchschnittlich 131 Schilling pro m² inklusive Betriebskosten gefordert, hinzu kommt noch die Mehrwertsteuer. Wird eine Ablöse oder eine Mietzinsvorauszahlung verlangt, senken sich zwar die monatlichen Mietkosten, die Höhe der Barerfordernisse liegt aber im Schnitt bei 4.319 Schilling pro m².

Bei allen Vorzügen setzt die Wohnbauförderung jedoch einen verhältnismäßig engen finanziellen Rahmen. Gefördert werden nur Baukosten in der Höhe von rund 15.000 Schilling pro m², seit der Novelle von 1989 ist nur mehr die Nettowohnnutzfläche förderbar. Das bedeutet, daß alle anderen Flächen wie Eingangsbereiche, Gangflächen und Stiegenhäuser, die für das Entstehen von Kontakten, zwangloser Kommunikation und vor allem die Sicherheit und das Sicherheitsempfinden in größeren Wohnhausanlagen von Bedeutung sind, minimiert werden müssen. Gemeinschaftsräume entfallen, wie erwähnt, völlig.

Eine eindeutige Benachteiligung von Frauen hinsichtlich der Förderungspolitik läßt sich nicht feststellen, indirekte dagegen sehr wohl. Da Frauen im Durchschnitt wesentlich weniger verdienen als Männer – der Abstand zwischen dem mittleren Einkommen von Männern und Frauen betrug 1992

43%! – ist für Frauen die Entrichtung eines offenen oder verdeckten Eigenmittelanteiles besonders belastend. Zu berücksichtigen ist auch, daß bei jeder zweiten Arbeitslosen und bei 70% aller Notstandsbeihilfenbezieherinnen die monatlichen Bezüge unter 7.000 Schilling liegen (Österreichisches Statistisches Zentralamt 1994, S. 495).

Zu den finanziellen Aspekten kommt noch die zu geringe Orientierung an den alltäglichen Bedürfnissen und Anforderungen der Hausarbeit, die in jedem Haushalt anfällt. Schließlich ist die Wohnung ein „Vollzeitarbeitsplatz“, in der pro Woche im Schnitt fast vierzig Stunden für Hausarbeit aufgewendet werden, zu 76% von Frauen alleine.

Die Raumaufteilung von Wohnungen – gleichgültig, ob Miet-, Genossenschafts- oder Eigentumswohnungen oder im eigenen Haus – ist meist Widerspiegelung der Machtverhältnisse innerhalb der Familie. Wohnungen sind in der Regel an der typischen Vater, Mutter und Kinder-Familie orientiert. Welchen Stellenwert die einzelnen Haushaltsmitglieder haben, zeigt sich deutlich an der Größe der einzelnen Wohnräume: Das selten und unter der Woche nur abends benutzte Wohnzimmer ist der größte Raum, Küchen und Kinderzimmer, die genau genommen am meisten benutzten Räume, sind in der Regel die mit der geringsten Fläche, oft auch noch nach Norden orientiert.

Die Pluralisierung der Lebensformen wird jedenfalls nur zögernd zur Kenntnis genommen. Neutrale und variable Grundrisse, die den Bedürfnissen in verschiedenen Lebenslagen sowie Haushaltszusammensetzungen gerechter werden als typische Familienwohnungen, sind eine Seltenheit. Allerdings können bauliche Maßnahmen gesellschaftliche Veränderungen nur unterstützen, verändern an sich können sie nichts. Dies zeigt sich auch im Wohnungsbereich, wo selbst bei alternativen Wohnformen (Wohngemeinschaften) althergebrachte Beziehungsmuster und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung weiterbestehen (Martiny / Martwich 1991, S. 14f.).

DER SCHRITT NACH VOR

Zum Abschluß sollte nicht unerwähnt bleiben, daß es Ansätze zur Veränderung im Wohn- und Städtebau gibt, die die Bedürfnisse von Frauen ernst nehmen und zu unterstützen versuchen.

Im Bereich der Stadtplanung setzen einige Städte, speziell Wien, Maßnahmen, urbane Räume für Frauen sicherer zu machen. Im Wohnbau gibt es inzwischen in vielen westeuropäischen Städten und in den USA eine Reihe von speziellen Wohnbauprojekten von und für Frauen. In Wien entsteht mit der „Frauen-Werk-Stadt“ das größte diesbezügliche Modellprojekt in Europa. Einen guten Überblick über historische und aktuelle Projekte bietet der Katalog zu der von der Feministischen Organisation von Planerinnen und Architektinnen (FOPA) orga-

nisierten Ausstellung „Frauen Planen Bauen Wohnen“; Dolores Hayden (1982) und Marianne Rodenstein (1994) zeigen Beispiele in den USA auf, und eine umfassende, systematisch geordnete Zusammenstellung von Projekten auf europäischer Ebene ist in der von der EU geförderten und von mehreren europäischen Forschungsinstituten zusammengestellten „European Charter for Women in the City“ zu finden.

Allerdings beschränken sich die Beispiele auf punktuelle Maßnahmen, was nicht verwunderlich ist, denn die Erfüllung der Forderungen und Bedürfnisse von Frauen werden entsprechend der Bewertung ihrer Tätigkeiten selten als Priorität erachtet. Sie „gelten immer noch als Luxus, den sich ein Staat leistet oder eben nicht“ (Scheller 1995, S. 113). Es sind kleine Schritte, aber doch klar vorwärts gerichtete.

ANMERKUNGEN:

- 1 Wenn nicht anders angeführt, sind die Ergebnisse einer Untersuchung aus dem Jahr 1991 – Aufhauser / Bauer / Stangl: „Frauenerwerbstätigkeit in Wien: Familiäre, berufliche und räumliche Aspekte weiblicher Erwerbstätigkeit“ – entnommen. Die Basis des Datenmaterials stammt aus der Volkszählung 1981. Neuere Berechnungen auf Basis der Volkszählung 1991, insbesondere was die Haushaltsentwicklungen auf kleinräumiger Ebene angeht, liegen derzeit nicht vor. Aber da es um die Darstellung von Tendenzen der Stadtentwicklung geht, geben die Ergebnisse von der Berechnung aus 1991 ein stimmiges Bild ab.
- 2 Das neue Mietrechtsgesetz hob die Preisbindung bei Neuvermietungen von Wohnungen der Kategorie A auf. Schlechter ausgestattete, preisgeregelte Wohnungen der Kategorien B bis D werden seither kaum mehr angeboten. Chancen auf Verbesserungen bietet eventuell das neue Mietrechtsgesetz vom 1. 3. 1994, das Richtwerte je nach Ausstattung und Lage der Wohnung vorsieht. Für eine reale Abschätzung der Auswirkungen ist der Wirkungszeitraum noch zu kurz.

LITERATUR UND WEITERFÜHRENDE LITERATUR ÜBER FRAUENPROJEKTE:

- Aufhauser, Elisabeth / Bauer, Ursula / Stangl, Bettina: Frauenerwerbstätigkeit in Wien. Familiäre, berufliche und räumliche Aspekte weiblicher Erwerbstätigkeit. In: Bäschlin-Roques, Elisabeth / Wastl-Walter, Doris (Hg.): *Frauenarbeit und Lebenszusammenhang*. Mitteilungen des Arbeitskreises für Regionalforschung, Sonderband 4. Wien 1991, S. 77–120
- Bauer, Ursula: *Frauen-Werk-Stadt*. A model project by and for Women. Vortrag bei der Habitat Vorkonferenz „Housing Question of the Others“. Ankara, 22.–25. 11. 1995
- Bauer, Ursula / Reeger, Ursula / Christine Zwingl: Wohnsituation von Frauen in Österreich. In: *Bericht über die Situation der Frauen in Österreich*, Frauenbericht 1995. Bundesministerium für Frauenangelegenheiten/Bundeskanzleramt, Wien 1995, S. 51–68
- Blaas, Wolfgang / Brezina, Brigitte / Doubek, Claudia / Rüscher, Gerhard: *Mehr Markt oder mehr Staat im Wohnungswesen. Reformperspektiven für die österreichische Wohnungspolitik*. 1991
- Borst, Renate: Frauen und sozialräumliche Polarisierung der Stadt. In: *Raum greifen und Platz nehmen*. Dokumentation der 1. Europäischen Planerinnentagung. Frei Räume Sonderheft 1992/93. Streitschrift der feministischen Organisation von Planerinnen und Architektinnen. eFeF-Verlag, Dortmund 1993, S. 71–101
- European Charter for Women in the City. Moving towards a Gender-Conscious City*. Action-Orientated Research Co-financed by the Commission of the European Union, Equal Opportunities Unit. European Commission, Directorate-General V, Employment, Industrial Relations and Social Affairs – Equal Opportunities Unit, Bruxelles 1994
- Feministische Organisation von Planerinnen und Architektinnen (FOPA): *Frauen Planen Bauen Wohnen*. Katalog zur Ausstellung der Internationalen Bauausstellung Emscher Park GmbH., 1991
- Frauen-Werk-Stadt*. Aufgabenstellung für das Expertinnenverfahren, veranstaltet von der Stadt Wien vertreten durch die Magistratsabteilung 57 Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 21C
- Hayden, Dolores: *The Grand Domestic Revolution*. The MIT Press. Cambridge, Massachusetts and London 1982
- Kail, Eva: Platz da! – Wienerinnen unterwegs. In: ÖAMTC Akademie (Hg.): *Frauenbewegung in der Stadt von morgen*. Wien 1992, S. 1–12
- Kail, Eva / Bauer, Ursula: Frauengerechte Stadtentwicklung. In: *Stadtentwicklungsplan für Wien 1994. Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung, Stadtgestaltung*, Band 53. Wien 1994, S. 273–279
- Köppl, Franz: Neue Anforderungen an die Wohnbauförderung. In: Eder, Kurt / Hoscher, Dietmar / Schuster, Gerhard (Hg.): *Herausforderung Wohnen. Wirtschafts-, Sozial- und Raumordnungspolitische Perspektiven*. Orac Verlag, Wien 1994
- Martiny, Ulrike / Martwich, Barbara: Frauen zwischen privater Teilhabe und politischer Ausgrenzung aus der Öffentlichkeit der Städte. In: Martwich, Barbara (Hg.): *FrauenPläne. Stadtbau, sozialer Wandel und Fraueninteressen*. Verlag für wissenschaftliche Publikationen, Darmstadt 1991, S. 11–26
- Natter, Ehrenfried / Reinprecht, Christoph: *Achtung Sozialstaat. Ein Handbuch*. Europaverlag, Wien–Zürich 1992
- Österreichisches Statistisches Zentralamt (Hg.): *Statistische Nachrichten* 6, Wien 1994
- Rodenstein, Marianne: *Wege zur nicht-sexistischen Stadt*. Kore, Freiburg 1994
- Scheller, Andrea: *Frau Macht Raum. Geschlechtsspezifische Regionalisierung der Alltagswelt als Ausdruck von Machtstrukturen*. Antropogeographie Vol. 16, Geographisches Institut, Universität Zürich 1995
- Situationsbericht 1996. *Frauen in Wien – Zahlen, Fakten und Probleme*. MA 57-Frauenbüro. Schriftenreihe Frauen in Wien, Band 3. Wien 1996
- Zibell, Barbara: Frauen in der Raumplanung – Raumplanung von Frauen. In: Bühler, Elisabeth / Meyer, Heidi / Reichert, Dagmar / Scheller, Andrea (Hg.): *Ortsuche. Zur Geographie der Geschlechterdifferenz*. eFeF-Verlag, Dortmund 1993, S. 145–172

IRENE TYLECEK

ZUKUNFTSERWARTUNGEN WEIBLICHER LEHRLINGE IN BEZUG AUF FAMILIE UND BERUFSLEBEN

In der vorindustriellen Gesellschaft stellte die Familie eine Produktionseinheit dar. Durch die Industrialisierung kam es zu einer Verlegung der wirtschaftlichen Produktion außer Haus: Der Mann war Ernährer, die Frau führte den Haushalt und erzog die Kinder. Mutter- und Hausfrauenideologie sind also Begleiterscheinung gesellschaftlicher Veränderungen anknüpfend an die patriarchalische Tradition (Köhler-Wagnerova 1976). Da in der Marktwirtschaft die auf die Hausarbeit und Kindererziehung gerichtete Komponente des Frauenbildes konstant bleibt und lediglich die Komponente der Berufstätigkeit variabel eingesetzt wird, fördert diese Wirtschaftsform die Emanzipation der weiblichen Fachkräfte nach der Berufsschulzeit nur in einigen Berufen. Dies trifft vor allem auf jene Berufe zu, in denen Frauen und Männer gleich entlohnt werden und die den Frauen die Möglichkeit zur Weiterbildung und somit auch zu sozialem Aufstieg eröffnen.

Die weibliche Emanzipation ist eng verknüpft mit der Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Dieser Verdienst sollte jedoch das Überleben ausreichend sichern, was bis heute keine Selbstverständlichkeit ist. Von der derzeitigen Marktwirtschaft wird diese Form von Entlohnung nicht angestrebt, da sie sich der weiblichen Fachkräfte als billigere Arbeitskräfte und Einspringer in Fällen guter Auftragslage bedient. Da auch die derzeit vieldiskutierten Lohnnebenkosten bei niedriger Entlohnung geringer sind, sind Frauen in diversen Sparten gerne gesehen. Bei gleicher Entlohnung werden jedoch Männer vorgezogen. Das marktwirtschaftliche System lebt unter anderem vom Ausnutzen produktionsbedingter Kostenvorteile. Die billige weibliche Arbeitskraft stellt einen solchen Kostenvorteil dar.

SOZIALISATION

In fast allen Familien bildet die Mutter den Kern des Beziehungsgeflechtes, da sich bei ihr alle Funktions- und Rollenzuweisungen sowie die damit verbundenen Erwartungen sammeln. Die Hauptversorgungsarbeit wird meist von der Mutter geleistet, die diese nicht abgibt. Für Probleme der Töchter sind oft die Mütter zuständig, der Versorgungskreislauf wird von den Mädchen nicht in Frage gestellt. Väter hingegen sind randständig, durch Berufstätigkeit abwesend und oft von allen Verantwortlichkeiten der Familie gegenüber freigestellt. Im österreichischen Durchschnittsalltag sind es nach wie vor überwiegend Mädchen, die zur Erfüllung familiärer Pflichten herangezogen werden.

Die Sozialisation ist für die Berufswahl entscheidend, denn der Berufswahlprozeß läuft in drei Phasen ab, die in die kindliche beziehungsweise jugendliche Sozialisation fallen (Wer die Wahl hat, quält sich nicht. In: arbeit & wirtschaft 1/1995., S. 13): In der spielerischen Auseinandersetzung, die im Kleinkindalter beginnt und etwa mit zehn Jahren endet, wird zunächst eine Phantasiewahl getroffen. Berufe sowie geschlechtsspezifische Handlungen aus dem direkten Umfeld werden nachgespielt. In der Forschungsphase zwischen zehn und vierzehn Jahren geht es um das Erkunden attraktiver Berufe. In der Kristallisationsphase zwischen vierzehn und fünfzehn Jahren werden die Rahmenbedingungen des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes berücksichtigt. Inhaltliche Interessen werden zugunsten konkreter Realisierungschancen zurückgedrängt.

Es ist nicht einfach, aus dem Kreislauf weiblicher Sozialisation und Berufswahl auszubrechen. Ein zentrales Problem ist das Sphärenproblem. Ralph Bohnsack (1989) beschreibt es als den Kampf der Frau um den von ihr beanspruchten Freiraum hinsichtlich eigener Lebensbestimmung versus hauswirtschaftlich nötiger Arbeit. Frauen nehmen bereits in der frühen Kindheit wahr, daß Männer in vielen familiären Bereichen zwar keine Verantwortung übernehmen, aber in die diesbezügliche Sphäre der Frauen wie selbstverständlich eingreifen.

Die Lösung des Sphärenproblems erfolgt bei weiblichen Lehrlingen und Gymnasiastinnen unterschiedlich: Lehrlinge versuchen die Lösung innerhalb der traditionellen Rollenbeziehungen. Bei den Berufsschülerinnen bewirkt die Identifikation mit der Mutter, daß sie die Geschlechterrollenbeziehung zum Vater und die Sphärentrennung übernehmen. Sie erreichen Unabhängigkeit gegenüber Männern innerhalb des traditionellen Lebenszusammenhanges. Sie identifizieren sich mit der Rolle der Mütterlichkeit, durch welche die Stellung der Frau in der Familie und dem Verwandtschaftssystem bestimmt ist.

Gymnasiastinnen versuchen eine Lösung außerhalb der traditionellen Rollenbeziehungen und darüber hinaus auch außerhalb des moralisch Richtigen. Sie legen sich auf keine Sphäre fest, weder auf Beruf noch auf Familie. Es kommt bei ihnen zur Anwendung von Institutionalismen.

Männliche Lehrlinge schaffen eine Selbstverortung durch die fixe Freundin. Weibliche Lehrlinge knüpfen eine solche an die Heirat, auch als Fortführung der durch die Mutter tradierten Moralität. Sie ziehen jedoch die Grenze zwischen männlicher und weiblicher Sphäre schärfer, als dies ihre Mütter taten.

Männliche Gymnasiasten nehmen die Selbstverortung durch Beruf und Karriere vor. Gymnasiastinnen sind generell offen. Ihr Standpunkt ist durch Mehrdimensionalität gekennzeichnet: Das Hauptziel ist die authentische individuelle Entwicklung, eine Partnerbindung wird auf den Lebensabend verschoben.

Zusammenfassend kann jedoch sowohl bei weiblichen Lehrlingen als auch bei Gymnasiastinnen eine zunehmende Distanz in der traditionellen Beziehung der Geschlechter konstatiert werden.

ROLLENKONFLIKTE DER FRAU

Rollenkonflikte der Frau sind ein Produkt der institutionellen und räumlichen Trennung von Familie und Beruf. Sie sind zum Teil bereits in der weiblichen Sozialisation angelegt und umso ausgeprägter, je qualifizierter die Ausbildung des Mädchens ist. Während das formale Schulsystem Jungen direkt in Richtung auf ihre zukünftige Rolle sozialisiert, entsteht für Mädchen eine Inkongruenz zwischen formaler Sozialisation und dem, was sie als ihre zukünftige determinierende Rolle als Ehefrau und Mutter anzusehen lernen. Aufgrund dieser Inkongruenz sind die Erwartungen der Mädchen in bezug auf ihre späteren Erwachsenenrollen notwendig unklarer, weniger spezifisch und definitiv. (Schenk 1979). Die zukünftige Frauenrolle erfordert die Offenheit des Mädchens nach allen Seiten und verbietet somit geradezu eine starke Festlegung auf einen bestimmten Beruf.

EXKURS: RECHTSEXTREMISTISCHE ORIENTIERUNGEN

Bei rund 56% der weiblichen Auszubildenden stößt das naturalistisch begründete Frauenbild auf entschiedene Ablehnung, wie auch alle anderen Dimensionen der rechtsextremen Ideologie – mit Ausnahme der Fremdenfeindlichkeit.

Bei knapp 15% der befragten weiblichen Auszubildenden konnten rechtsextreme Orientierungen festgestellt werden. Dabei verfügen die Mädchen aber nicht über ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild.

Die soziale Lebenslage der Gruppe weist keine äußeren Besonderheiten auf. Auf den ersten Blick scheint für sie Familie und Kindererziehung das eindeutige Zentrum der Lebensplanung zu sein. Die Berufsausbildung ist eher ein Ausflug in eine andere Welt – eine notwendige Übergangsphase. Die Akzeptanz des naturalistisch begründeten Frauenbildes ist weit weniger ausgebildet als die der anderen naturalistischen Ideologiefragmente. (Birs, in: Die Mitbestimmung, 4/1993)

LEBENSPLÄNE UND BIOGRAPHISCHE ORIENTIERUNGEN

Die meisten Lebenspläne Jugendlicher erstrecken sich auf einen Zeitraum, der kürzer als die erwartete Lebenszeit ist. Die zeitliche Strukturierung erfolgt nur minimal und nicht in Form von Lebensjahren. Unterschiedliche Lebenspläne konnten für Angehörige verschiedener sozialer Gruppen nachgewiesen werden. (Scherr 1995)

Es ist keineswegs zwingend anzunehmen, daß traditionelle Milieus der alternativlose Hintergrund für die Tradierung von subjektiv fraglos gültigen Mustern und Modellen sind, an denen die eigene Lebensgeschichte orientiert werden kann. Es ist aber auch nicht zulässig, Prozesse der Enttraditionalisierung mit einem generellen Auflösungsprozeß alltagsweltlicher Gemeinsamkeiten gleichzusetzen.

Die Infragestellung traditioneller Geschlechtsidentitäten hat noch nicht dazu geführt, daß klassische Männlichkeitskonzepte generell als obsolet gelten. Empirische Studien weisen darauf hin, daß die durch diese Infragestellung ausgelöste Suche nach neuen Formen des Zusammenlebens in hohem Maße milieuhängig ist. Sie wird von Frauen und Männern der mittleren und oberen Schichten getragen.

Die reflexive Steuerung von Biographien für Teile der Oberschicht ist schon zu Beginn der Moderne anzunehmen. Scherr hat jedoch Skepsis gegenüber der Annahme geäußert, daß Jugendliche in der BRD der 90er Jahre – unabhängig von ihrer sozialen Lage – individualisiert seien.

BERUFSWAHL

Die Berufswahlentscheidung mit fünfzehn Jahren erfolgt nicht zu früh, jedoch unter Bedingungen unzureichender Information. Die Antizipation zukünftiger Entwicklungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich kann Jugendlichen nicht zugemutet werden. Eine derartige Antizipation ist aber für Lebensplanung, Berufswahlentscheidung und Suchen eines Platzes im sozialen Gefüge bedeutsam. Diesbezügliches Desinteresse und Ungewißheit der Eltern und Lehrer findet in der Orientierungsproblematik der Jugendlichen einen Niederschlag. Es ist naheliegend, daß Jugendliche sich an den ihnen vorgelebten und bekannten Modellen orientieren und hergebrachte familiäre und soziale Traditionen übernehmen.

Bezüglich der Berufsfindungsprozesse wird deutlich, daß Mädchen eine ausgeprägte Berufsmotivation aufweisen, sie wollen einen Beruf erlernen, ausüben, und damit finanziell abgesichert sein. Eine relativ große Gruppe nennt nur einen Berufswunsch im Bereich der traditionellen, helfenden, sozialen Frauenberufe. Diesbezüglich klare Wünsche zu artikulieren, scheint leichter zu fallen. Die anderen Mädchen haben keine klaren Vorstellungen.

gen über ihren Beruf. Auffällig ist, daß Mädchen scheinbar den Anspruch haben beziehungsweise unter dem Druck stehen, was sie interessiert und was sie eventuell auch beruflich machen wollen, bereits können zu müssen, bevor sie es erlernt haben. Interesse allein scheint für sie und auch für ihr soziales Umfeld nicht ausreichend zu sein. Dies trifft besonders für Berufsfelder zu, die traditionell Männern vorbehalten sind. Sich selbst zu erproben, eigene Fähigkeiten zu entdecken, und damit die eigenen Optionen zu vergrößern, wird bei Mädchen kaum gefördert.

Im Bereich der Lehrlingsausbildung konzentrieren sich immer mehr Jugendliche, die sich keine Chancen für den erfolgreichen Abschluß einer weiterführenden Schule ausrechnen.

Die Wahl eines nichttraditionellen Frauenberufes ist eine umfassende Grenzüberschreitung, die sich nur wenige Mädchen zutrauen. Sie entscheiden sich also für Berufe, indem sie unbewußt ihrem Bedürfnis nach Sicherheit nachgeben.

Der Möglichkeitsraum der Berufswahl ist in der Sicht der Auszubildenden eng begrenzt. Die Auswahl ist nicht eine Folge individuell zu verantwortender Entscheidungen, sondern ein Ergebnis sozialer Prozesse, die nur begrenzt beeinflusst werden können.

Demzufolge stellen sie sich auch in den durchgeführten Interviews nur begrenzt als eigenverantwortliche Akteure ihrer Berufsbiographie dar. Unterschiede zwischen dem angestrebten und dem realen Beruf werden nicht zum Problem erklärt, es erfolgt eher ein aktives Sich-Einfügen in gegebene Möglichkeiten. Man verzichtet darauf, einen spezifischen Beruf als Bezugspunkt der eigenen sozialen und persönlichen Identität zu beanspruchen und orientiert sich an den Erfahrungen von Verwandten. Diese Erfahrungen sind Vorgaben, an denen die eigenen Chancen bemessen werden.

Es ist zu vermuten, daß es auch weiterhin zu einer sozialisationsbedingten Ausbildungswahl kommt, wenn man die gegenwärtige Bedeutung von Berufen mit sozialer Orientierung für junge Frauen betrachtet.

Nach wie vor dominiert die geschlechtsspezifische Segregation den österreichischen Arbeitsmarkt, was zur Folge hat, daß auch heute noch 90% der Mädchen traditionelle Frauenberufe, die lediglich 10% der angebotenen Stellen ausmachen, wählen. Diese eröffnen ihnen neben Verdiensten in den Niedriglohnkategorien kaum Aufstiegschancen und bieten nur geringe Arbeitsplatzsicherheit.

Tatsache ist, daß sich der Wunschberuf junger Frauen zum Teil deutlich von der realisierten Berufsausbildung unterscheidet. Zwar lagen typische Frauenbereiche wie Pflege- und Sozialberufe jeweils an erster Stelle bei den Berufswünschen. Bereits auf dem zweiten beziehungsweise auf dem vierten Platz werden dagegen untypisch weibliche, nämlich technische Berufe, genannt.

Weitgehend geschlechtsspezifisch strukturierte

Ausbildungsstellenmärkte führen dazu, daß junge Frauen in ihrem Berufswahlverhalten die tatsächlichen beruflichen Möglichkeiten und traditionellen Muster der Arbeitsteilung antizipieren. Neben der horizontalen Segregation in männliche und weibliche Berufe bildet sich auch eine vertikale in Form von Einkommensunterschieden heraus, und dies bereits in den ersten Berufsjahren.

Weiterhin ist das Berufsspektrum für junge Frauen eingeschränkter als das für junge Männer. Die jungen Frauen versuchen nach wie vor in ihren traditionellen Bereichen unterzukommen und den Druck der männlichen Konkurrenz in Misch- und Männerberufen zu vermeiden. In Deutschland gab es Zunahmen bei den Einzelhandelskauffrauen und den Zahnarzt- oder Arzthelferinnen. (Engelbrech 1991, S. 531–558)

Soziale Abdrängungsprozesse betreffen vor allem junge Frauen sowie ausländische Jugendliche und bildungsmäßig benachteiligte Jugendliche. (Faulstich-Wieland 1994)

BILDUNGSBETEILIGUNG UND BERUFSINTERESSE

In den letzten Jahren haben sich die Humankapitalinvestitionen hinsichtlich des Schulabschlusses bei jungen Frauen zumindest denen bei Männern angeglichen.

Fachschulausbildung spielt für Mädchen eine größere Rolle als für Jungen. Mehr als 2/3 der Teilnehmerinnen an einer schulischen Berufsausbildung sind weiblich, ebenso 2/3 der Industriekaufleute und 4/5 der Bürokaufleute, die vor einer betrieblichen Berufsausbildung eine mehr als einjährige schulische Berufsausbildung absolviert haben. Damit reagierten junge Frauen auf die größeren Schwierigkeiten am Ausbildungsstellenmarkt und signalisierten ein wachsendes Qualifikationsinteresse mit der Perspektive einer dauerhaften Berufstätigkeit. Eine eventuelle Unterbrechung der Berufstätigkeit wird länger hinausgeschoben und vorhersehbarer. Damit wird das Erwerbsverhalten von Frauen in den einzelnen Lebensphasen stabiler und die Humankapitalnutzung kalkulierbarer.

Allgemeine empirische Befunde ergeben, daß eine eher optimistische Zukunftsorientierung weiblicher Jugendlicher mit einem ausgeprägten Bedürfnis nach beruflicher Perspektive einhergeht. Jugendliche, die mit der Ausbildung zufrieden sind, neigen eher zu optimistischen Zukunftserwartungen, während geringe Zufriedenheit mit der Ausbildung zu pessimistischen Einschätzungen führt. (Dunckel / Liepmann, in: Stikrud / Wubit 1985, S. 26–48)

Viele Befragten äußerten realistische Einstellungen zum lebenslangen Lernen, ihre Weiterbildungsmotive sind pragmatischer Natur. An erster Stelle steht der Wunsch nach beruflichem Nutzen und Aufstieg, gefolgt von dem nach mehr Geld und

Selbständigkeit. (Ribolits / Gruber, in: Erziehung heute, 2/1995, S. 6–16)

Erhöhte Bildungsmöglichkeiten und Bildungswille sind offensichtlich (Heißt gleiche Ausbildung auch gleiche berufliche Qualifikation? In: arbeit & wirtschaft, 12/1993, S. 19): Von den 25–30jährigen weiblichen Erwerbstätigen hatten 1990 36% einen Lehrausbildungsabschluß, in der Alterskohorte der 55–60jährigen nur 17%.

Zwar entwickeln sehr viele junge Frauen während der Ausbildung die Perspektive zum langfristigen qualifizierten beruflichen Einsatz ihrer Arbeitskraft, aber zum Ende der Ausbildung verändert sich diese Perspektive wieder. Die Planungen der jungen Frauen sind durch einen ökonomischen Umgang mit ihrer Arbeitskraft gekennzeichnet. Sie schützen sich vor qualitativer und quantitativer Überforderung und reduzieren ihre Ansprüche an den beruflichen Einsatz ihrer Arbeitskraft, um Ziele im privat organisierten Arbeitsfeld verwirklichen zu können. Die Analyse der Zukunftsorientierung zeigte, daß die Öffnung gewerblich-technischer Berufsausbildung nicht ausreicht, um die geschlechtsspezifisch hierarchische Arbeitsteilung abzubauen. (Stiegler, 1985)

Umfragen haben ergeben, daß sowohl jugendliche als auch erwachsene Frauen ihre beruflichen Tätigkeiten häufiger als für beide Geschlechter geeignet einstufen und in geringerem Maße geschlechtstypische Differenzierungen vornehmen als Männer.

Bei der Bewertung des geschlechtsspezifischen Arbeitsvermögens beziehungsweise entsprechender Berufsorientierung wird die berufliche Segregation stärker von Männern als von Frauen betont.

Unterschiede ergeben sich hinsichtlich der Einschätzung diverser Tätigkeiten durch jüngere oder ältere Frauen: Bei Frauen, die sich durch den Beruf mehr von den traditionellen, typisch weiblichen Tätigkeiten im Haushalt entfernt haben beziehungsweise qualifiziertere Tätigkeiten im Beruf ausüben, findet eine Polarisierung in weibliches oder männliches Arbeitsvermögen in deutlich geringerem Maße statt. Fehlende eigene Erfahrungen nichtberufstätiger Frauen führen dazu, daß sie Rollenklischees übernehmen.

Trotz erfolgreicher Propagierung von Frauen in Männerberufen kam es nur zur Öffnung eines begrenzten Spektrums. Zur Überwindung der traditionellen Rollenerwartungen hat dies noch nicht geführt. Auch hier hat sich eine geschlechtsspezifische Segregation herausgebildet.

Junge Frauen wählen auch im Bereich männlicher Berufe jene, die dem traditionellen Familienbild und der häuslichen Erfahrungswelt verhaftet sind, und wo sich das Erlernete auch gut in der Familie nutzen läßt. Beispiele hierfür sind: Gärtnerin, Bäckerin, Konditorin, Köchin, Restaurantfachfrau. Diese liegen an der unteren Vergütungsstufe und sind durch ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko als andere Männerberufe gekennzeichnet.

Mädchen entscheiden sich für ungewöhnliche Ausbildungsberufe jedoch dann, wenn ihnen die Ernsthaftigkeit des Ausbildungsangebotes versichert wird und diese Ausbildung adäquat verwertbar ist.

ÜBERNAHMECHANCEN IN EIN ARBEITS- VERHÄLTNIS NACH DER AUSBILDUNG

Nur etwa die Hälfte aller Jugendlichen besitzt am Abschluß ihrer Lehrzeit eine unmittelbar sichere Perspektive (untersuchte Gruppe: Zahnarzt-, Arzt- und Apothekenhelferinnen, Friseurinnen).

Über ein Drittel aller untersuchten weiblichen Auszubildenden blickt am Übergang der zweiten Schwelle in eine ungewisse (auch unmittelbare) Zukunft. (Marks / Stein 1987)

Bei vielen Berufen ist die Ausbildungsquote höher als die Stellenangebote für Facharbeiter. Naturgemäß erfordert dies in der Folge einen Berufswechsel. In Österreich sind folgende, vorwiegend weibliche Berufsbereiche betroffen: Handel, Nahrungsmittelbranche, Friseurberufe, Gastronomie und Büroberufe.

Arbeitsplatzwechsel nach absolvierter Lehre wird aus folgenden Gründen vorgenommen: familieninkompatible Arbeitszeiten, schlechtes Arbeitsklima, Konkurs oder Personalabbau, zu geringer Verdienst, Enttäuschung über die berufliche Tätigkeit, geringe Aufstiegsschancen, Angst, ewig „Lehrling“ zu bleiben, Erhoffen sozialer Sicherheit durch Wechsel in den öffentlichen Dienst.

KARRIERE MIT LEHRE?

Ob aus einer Berufswahl tatsächlich eine Karriere wird, hängt bereits vom Einstieg ab. Häufig geäußerte Berufswünsche – wie z. B. Floristin, Kosmetikerin, Fotografin – müssen oft bereits am Beginn der Lehrstellensuche aufgegeben werden. Tatsache ist, daß doppelt so viele Mädchen eine Lehrstelle als Verkäuferin ergreifen, als ursprünglich vorgenommen. Umgekehrt ist es bei den Büroberufen: nur 50% der Interessentinnen finden eine Lehrstelle.

In den meisten österreichischen Bundesländern sind die Spätfolgen der nach wie vor aktuellen, eingeschränkten Berufswahl weiblicher Jugendlicher voraussehbar: unbefriedigende, unterbezahlte Erwerbsarbeit und ein baldiger Ausstieg, danach die Flucht ins Familienglück. Dieselben Frauen tauchen dann als neue Problemgruppe wieder auf: die 25 bis über 30jährigen Alleinerzieherinnen als Wiedereinsteigerinnen.

Die Ausbildung ist nicht immer bedarfsgerecht: in manchen Berufen werden mehr Lehrlinge ausgebildet als später beschäftigt werden können. Sie dienen in der Lehrzeit als kurzfristig verwertbare Arbeitskräfte. Diese Problematik ist vielen Lehran-

fängern nicht bewußt. So weisen Friseure etwa eine Lehrlingsquote von 41% auf, auf das Gewerbe insgesamt kommen durchschnittlich 17%. (Dornmayer 1995, S. 122–137)

Besonders deutlich sind geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Einkommensverteilung. Facharbeiterinnen verdienen im Durchschnitt bei gleicher Berufsbezeichnung, Qualifikation sowie gleicher Arbeitszeit um 25% weniger als ihre männlichen Kollegen. Bei abgeschlossener Lehre waren 1990 38% der Männer als Facharbeiter tätig, aber nur 13% der Frauen.

Mehr als die Hälfte der Selbständigen in der gewerblichen Wirtschaft hat eine Lehre absolviert. Mittlere, praxisnahe Erstausbildungen führen zur selbständigen Erwerbstätigkeit in Gewerbe/Handwerk, Handel und Tourismus. Auch hier überwiegen Männer. 8% der weiblichen Lehrabsolventen planen, sich später selbständig zu machen, bei den Männern sind es 13%. Diese Tendenz ist in der Stadt stärker als am Land. Wer im Tourismus tätig ist, möchte zu einem etwa doppelt so hohen Prozentsatz irgendwann einen eigenen Betrieb gründen. (Schneeberger / Brunbauer 1994)

Karriere-Machen wird bei circa 25jährigen FacharbeiterInnen nur von Männern angesprochen, Frauen betonen den Versuch, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen.

ARBEITSLOSIGKEIT

Die Arbeitslosenquote nimmt mit steigender formaler Bildung ab. Jedoch bestehen innerhalb einzelner Berufsgruppen von Lehrabsolventen große Unterschiede hinsichtlich des Arbeitslosigkeitsrisikos. Besonders ungünstig ist die Situation im Handel und in den Büroberufen (Oberösterreich, Ende Juni 1993).

Die von jungen Frauen vermehrt gewählten ehemaligen Männerberufe (Gärtnerin, Bäckerin, Konditorin, Köchin, Restaurantfachfrau) liegen an der unteren Vergütungsstufe und sind durch ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko als andere Männerberufe gekennzeichnet.

Arbeitslose Mädchen ziehen sich häufig stark in ihr Privatleben zurück, sie sind unsichtbar, übernehmen unbezahlte Reproduktionsarbeit in der Familie und sind hinsichtlich finanzieller Mittel und Zeiteinteilung sehr eingeschränkt. Die meisten resignieren, ihre Phantasien und ihren Ehrgeiz richten sie weniger auf ihre berufliche Perspektive als auf Träumereien vom Glück zu zweit und auf eine frühe Mutterschaft. (Klose 1988, in: Buchinger / Gödl 1993, S. 194)

PARTNERSCHAFT UND FAMILIE

Die Zukunftsvorstellungen 15jähriger Mädchen nehmen einen prozeßhaften Verlauf, ebenso die

Familiengründung, wobei die Ehe nicht immer der zwingende Schluß sein muß. Für nahezu alle befragten Mädchen ist es wichtig, als Frau vorerst einmal frei zu sein, tun zu können, was sie sich vorstellen und was sie wollen.

Bedeutsam ist das Ergebnis einer Untersuchung Krügers aus dem Jahr 1982:

"Die Bedeutung eigener Berufstätigkeit und damit materieller Unabhängigkeit vom möglichen späteren Ehepartner dominiert das Bewußtsein der Mädchen; auf die Heirat als Versorgungsinstitution, auf die Zweitrangigkeit ihres Berufs wollen sie sich nicht einlassen." (Krüger zit. nach: Konrad 1991, S. 51)

Erwerbstätigkeit während der Ehe wird für die jüngeren Frauen zunehmend zur Regel. (Goldberg 1992, S. 65)

Bezüglich der Zukunftserwartungen, Lebensstile und Lebensverhältnisse von Frauen konnte in Deutschland 1993 eine relativ hohe Übereinstimmung von Aussagen und Werthaltungen west- und ostdeutscher Frauen festgestellt werden. Eine der wenigen Ausnahmen bildete die Familienorientierung und ihr scheinbarer Widerspruch zur verstärkten Berufstätigkeit der Frauen.

Die empirische Untersuchung des internalisierten Rollenbildes junger österreichischer Mädchen im Jahr 1979 zeigte eine generelle Tendenz bei Mädchen auf, die Gleichberechtigung der Frau zu befürworten und männliche Privilegien abzulehnen. Allerdings sank bei der praktischen Konsequenz – wie z. B. dem Rollentausch (Männer im Haushalt / Frauen im Beruf) – die Zahl der Zustimmenden erheblich. Schülerinnen höherer Schulen zeigten eine eher progressive Einstellung. Fast alle rechneten damit, auch nach der Heirat berufstätig zu sein. (Stary 1979, S. 135–188)

Empirische Studien belegen, daß die Wahl von Männerberufen keinen Einfluß auf die Qualität von Partnerschaften hat. Nach der Lehrzeit wollen die in Männerberufen tätigen Frauen weiter arbeiten und nur im Fall der Kindererziehung den Beruf kurz unterbrechen. Sie fühlen sich in alter Tradition für die Kindererziehung alleine verantwortlich. Dennoch versuchen sie, Kinder und Beruf zu vereinbaren.

Dahingegen stellt der Beruf für konventionell ausgerichtete Mädchen eine eher vorübergehende Situation dar, die zur Dauereinrichtung wird, weil das Budget knapp ist. (Busch, 1983)

FORDERUNGEN

Emanzipatorische und effektive Jugendarbeit sowie Arbeitsmarktpolitik muß bereit sein, sich auf die Suche nach den oft schwer sichtbaren subkulturellen Lebensmustern von Mädchen zu begeben.

Im besonderen sei auf die Forderung des Bekanntmachens mit anderen Lebensmodellen vom Kindesalter an hingewiesen. Dazu dienlich wären „Ferienaufenthalte“ in Modellsozialisierungen unter Anleitung von Psychologinnen oder von inter-

essierten offenen Familien, die jungen Menschen ermöglichen, alternative Lebensweisen zu beobachten, zu erleben und mitzugestalten.

Auf seiten der LehrerInnen fehlt es oft an gezielter Information über die Situation von Frauen in Alltag und Beruf sowie über Arbeitswelt und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in unserer Gesellschaft. Eine Vorbereitung auf die Arbeits- und Lebenswelt ist nach wie vor kein Unterrichtsgegenstand in Pflichtschulen. Ein Lernbereich „Arbeitslehre“ als Pflichtfach für alle Schulstufen und Schularten sollte aber mit einer angemessenen Stundenzahl verankert werden. Strukturierend für den Lernbereich sollte der Begriff „Arbeit“ (sowohl jene im Beruf als auch die im privaten Haushalt) sein. Über diesen könnten die verschiedenen Gegenstandsbereiche – wie Wirtschaft, Technik, Politik, Haushalt – aufeinander bezogen werden. Darüberhinaus sollten bei Mädchen selbstbewusstere und bei Jungen soziale Verhaltensweisen gefördert werden. (Brigga 1991, S. 44–49)

LITERATUR:

- arbeit & wirtschaft*, Hg. von AK / ÖGB. Wien 1993, 1995
- Birs, Ursula: Gewerkschaftliche Strategien gegen rechtsextremistische Orientierungen bei Auszubildenden. In: *Die Mitbestimmung*, 4/1993
- Bohnsack, Ralph: *Generation, Milieu und Geschlecht. Ergebnisse aus Gruppendiskussionen mit Jugendlichen*. Reihe: Biographie & Gesellschaft, Band 8, Leske + Budrich, Opladen 1989
- Brigga, Regine: Berufsverhalten und Lebensplanung von Mädchen. In: *Gewerkschaftliche Bildungspolitik* Nr. 2, 1991
- Buchinger, Birgit / Gödl, Doris: „Un/erhörte Wünsche“. Arbeits- und Lebensperspektiven von Mädchen und jungen Frauen in Salzburg. In: *sws-Rundschau*, 33. Jg., Heft 2/1993
- Busch, Christine: *Partnerschaftsprobleme bei weiblichen Lehrlingen in unkonventionellen Berufen*. Diplomarbeit, Wien 1983
- Dornmayer, Helmut: Zukunft der Lehre – Zukunft mit Lehre? In: *wiso*, 18. Jg., Nr. 2/1995
- Dunckel, Heiner / Liepmann, Detlev: Kontrolle und aktives Handeln bei Auszubildenden. In: Stikrud, Arne / Wubit, Frauke: *Adoleszenz und Postaduleszenz*, Berlin 1985
- Engelbrech, Gerhard: Berufsausbildung, Berufseinstieg und Berufsverlauf von Frauen. Empirische Befunde zur Erklärung beruflicher Segregation. In: *iab, Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Nr. 3/1991
- Faulstich-Wieland, Hannelore: Berufswahl und Berufsorientierung. *iab*, Nürnberg 1994
- Goldberg, Christine: Frauen im Erwerbsleben. *SOFIE*, Band 22, BMAS, Wien 1992
- Klose, Christiana: *Zur inhaltlichen Begründung des Verbundmodells „auszubildender Mädchen“*. Arbeitspapier, Frankfurt 1988. In: Buchinger / Gödl 1993
- Köhler-Wagnerova, A.: *Mutter, Kind, Beruf. Erfahrungsberichte, Überlegungen, Ratschläge zur Lösung eines vitalen Konflikts*. Rowohlt, Reinbek 1976
- Konrad, Monika: *Die Bedeutung der geschlechtsspezifischen Sozialisation für die Berufswahl von Mädchen. Ein empirischer Vergleich zwischen weiblichen Lehrlingen mit traditionellem und nichttraditionellem Beruf*. Dissertation, Wien 1991
- Marks, Harald / Stein, Gabriele: *Die Probleme junger Frauen an der „2. Schwelle“*. Gesellschaft für Jugendsozialarbeit und Berufsförderung, Stuttgart 1987
- Ribolits, Erich / Gruber, Elke: Karriere mit Lehre? Ergebnisse der explorativen Studie zu Berufs- und Lebensverläufen ehemaliger Lehrlinge. In: *Erziehung heute*, Nr. 2/1995
- Schenk, H.: *Geschlechtsrollenwandel und Sexismus. Zur Sozialpsychologie geschlechtsspezifischen Verhaltens*. Beltz, Basel 1979
- Scherr, Albert: *Soziale Identitäten Jugendlicher. Politische und berufsbiographische Orientierungen von Azubis und Studenten*. Leske + Budrich, Opladen 1995
- Schneeberger, Artur / Brunbauer, Barbara: Beruflicher Verbleib und Zukunftspläne von Lehrabsolventen. *ib*, Schriftenreihe Nr. 96, Oktober 1994
- Stary, Johannes: *Rollenbild und Rollenerwartungen junger Mädchen*. Neugebauer, Salzburg 1979
- Stiegler, Barbara: *Die Entwicklung der Zukunftserwartungen von männlichen und weiblichen Jugendlichen in gewerblich technischer Ausbildung und Beschäftigung*. Arbeit, Bonn 1985

CHRISTIAN WESSELY

VOM BETRIEBSORGANISATOR ZUM ALLROUNDGENIE Anmerkungen eines Vaters im Karenzurlaub

STATISTISCHE BASIS

Seit dem ersten Jänner 1990 können unselbständig erwerbstätige Väter nach der Geburt eines Kindes in Karenzurlaub gehen. Wie nachstehendes Zahlenmaterial zeigt, wird diese Möglichkeit nur sporadisch in Anspruch genommen.

Aus den Daten ist eindeutig zu ersehen, daß es noch sehr lange dauern könnte, bis auch nur annähernd gleich viele Männer wie Frauen gleich lange in Karenz gehen werden.

Insgesamt gab es in den Jahren zwischen 1990 und 1995 österreichweit 567.914 Karenzurlaubsgeldbezieherinnen und 4.170 Karenzurlaubsgeldbezieher.

Aus diesen Zahlen können folgende Schlüsse gezogen werden:

- Im Jahr 1990 wurden die neuen Möglichkeiten nur in Einzelfällen in Anspruch genommen.
- Es scheint ein Stadt-Land-Gefälle zu existieren.
- Es besteht eindeutig ein Ost-West-Gefälle. In Wien war der Anteil der männlichen Karenzurlaubsgeldbezieher seit 1991 immer am höchsten, in Vorarlberg immer am niedrigsten; in Wien und Niederösterreich war dieser Anteil seit 1991 stets überdurchschnittlich, in Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Kärnten stets unterdurchschnittlich.
- Im Jahr 1992 wurde erstmals in einem Bundesland die Ein-Prozent-Grenze durchbrochen (in Wien mit 1,02% Anteil von Männern).

KARENZURLAUBSGELDBEZIEHERINNEN ÖSTERREICHWEIT IM ERSTEN UND ZWEITEN KARENZURLAUBSJAHR:

Die Tabelle enthält die Anzahl der KarenzurlaubsgeldbezieherInnen in absoluten Zahlen, deren Prozentanteile sowie die jeweiligen Veränderungsfaktoren gegenüber dem Vorjahr und zwischen den Jahren 1991-1995 und 1993-1995.

Die Daten aller angeführten Tabellen sind die kumulierten und durch zwölf dividierten Monatswerte, sodaß in die Werte auch eine allfällige unterschiedliche Karenzurlaubsdauer von Frauen und Männern einfließt, wobei Beamte nicht eingeschlossen sind.

	FRAUEN		MÄNNER		VERÄNDERUNG
1990	46.244	99,82%	83	0,18%	
1991	59.540	99,45%	328	0,55%	3,06
1992	105.414	99,26%	781	0,74%	1,35
1993	116.784	99,22%	920	0,78%	1,05
1994	120.255	99,16%	1.014	0,84%	1,08
1995	119.677	99,12%	1.044	0,86%	1,02
Veränderungsfaktor 1991-1995: 1,56					
Veränderungsfaktor 1993-1995: 1,10					

ANTEIL DER MÄNNLICHEN KARENZURLAUBSGELDBEZIEHER IM ERSTEN UND ZWEITEN KARENZURLAUBSJAHR (GESAMT SOWIE BUNDESLÄNDERWEISE)

	1993		1994		1995	
	1.Jahr	2.Jahr	1.Jahr	2.Jahr	1.Jahr	2.Jahr
Gesamt	0,72%	0,84%	0,75%	0,92%	0,73%	0,99%
Burgenl.	0,66%	0,52%	0,66%	1,07%	0,54%	0,76%
Kärnten	0,56%	0,64%	0,65%	0,52%	0,44%	0,56%
NÖ	0,70%	0,98%	0,71%	1,02%	0,71%	1,06%
OÖ	0,58%	0,91%	0,66%	0,84%	0,65%	1,07%
Salzbrg.	0,45%	0,64%	0,63%	0,61%	0,68%	0,76%
Stmk.	0,90%	0,70%	0,79%	0,89%	0,69%	0,79%
Tirol	0,45%	0,53%	0,49%	0,54%	0,59%	0,67%
Vbg.	0,51%	0,36%	0,57%	0,37%	0,36%	0,65%
Wien	1,16%	1,32%	1,18%	1,61%	1,26%	1,59%

ANTEIL DER MÄNNLICHEN KARENZURLAUBSGELDBEZIEHER IN VORARLBERG UND WIEN:

Die Tabellen enthalten die Prozentanteile der männlichen Karenzurlaubsgeldbezieher im ersten und zweiten Karenzjahr in Vorarlberg und Wien, die jeweiligen Anteilsveränderungsfaktoren (AVF) bezogen auf den Vorjahreswert, die Jahre zwischen 1991-1995 und 1993-1995, sowie den jeweiligen Faktor, um den der Anteil an männlichen Karenzurlaubsgeldbeziehern in Wien höher ist als in Vorarlberg.

	Vorarlberg	Wien	Faktor
1991	0,28%	0,72%	2,57
AVF	1,39	1,42	
1992	0,39%	1,02%	2,62
AVF	1,10	1,22	
1993	0,43%	1,24%	2,88
AVF	1,09	1,14	
1994	0,47%	1,41%	3,00
AVF	1,09	1,02	
1995	0,51%	1,44%	2,82
AVF	1,82	2,00	
1991-1995			
AVF	1,19	1,16	
1993-1995			

1. Karenzjahr	Vorarlberg	Wien	Faktor
1993	0,51%	1,16%	2,27
1994	0,57%	1,18%	2,07
1995	0,36%	1,26%	3,50
AVF	1,71	1,08	
1993-1995			
2. Karenzjahr	Vorarlberg	Wien	Faktor
1993	0,36%	1,32%	3,66
1994	0,37%	1,61%	4,35
1995	0,65%	1,59%	2,45
AVF	1,81	1,20	
1993-1995			

- Seit 1994 gab es für das zweite Karenzjahr auch im Burgenland, in Kärnten sowie Nieder- und Oberösterreich Anteile von mehr als 1,0% männlichen Leistungsbeziehern.
- Männer bevorzugen das zweite Karenzjahr. Der Anteil von Männern im ersten Karenzjahr ist aber nicht soviel niedriger als frau/man vielleicht erwartet hätte; allerdings stagniert der Anteil der Männer im ersten Karenzjahr, während er im zweiten ansteigt.
- Der Anteil der Väter in Karenz ist in Wien im Durchschnitt circa dreimal so hoch wie in Vorarlberg. Die Steigerungsraten glichen sich allerdings in Wien und Vorarlberg in den letzten Jahren aneinander an.
- In kleinen Bundesländern werden die absoluten Zahlen bereits sehr niedrig. So waren im Jahresdurchschnitt 1995 in Vorarlberg nur elf (im Burgenland nur neun) männliche Karenzurlaubsgeldbezieher im ersten Karenzurlaubsjahr – gegenüber 3.035 beziehungsweise 1.663 weiblichen Karenzurlaubsgeldbezieherinnen. Bei derart kleinen Anteilen sind kaum noch Trends zu erkennen, es dominieren Einzelschicksale das Zahlenmaterial.
- Es gibt eine ausgesprochen langsame Steigerung des Anteils der Väter an den KarenzurlaubsgeldbezieherInnen.

Unmittelbar keine Schlüsse können gezogen werden:

- auf die Verteilung des Haushaltseinkommens vor der Entscheidung zur Aufteilung des Karenzurlaubes;
- auf die Art des Arbeitsverhältnisses (ArbeiterInnen, Angestellte, Arbeitslose);
- auf die Verteilung der Arten der Arbeitsverhältnisse zwischen Männern und Frauen in den Familien (beispielsweise, ob die Frau selbständig und lediglich der Mann unselbständig tätig und somit karenzurlaubsberechtigt ist oder ob die/der KarenzurlaubsgeldbezieherIn alleinstehend ist);
- wieviele Männer und Frauen jeweils die ganze Karenzurlaubszeit beanspruchen;
- wieviele Männer längere Zeit (z. B. mindestens sechs Monate) in Karenz gehen;
- wieviele Frauen und Männer gar nicht in Karenz gehen, obwohl sie es dürften.

Bei der Fortsetzung dieser Trends könnte der Männeranteil an der Gesamtzahl der KarenzurlaubsgeldbezieherInnen etwa zehn Jahre nach Einführung dieser Möglichkeit österreichweit die Ein-Prozent-Marke überspringen.

Dieses allgemeine Zahlenmaterial sei vorangestellt zur Untermauerung der thematischen Berechtigung und als Überleitung zum Versuch, die Motivation zur Teilung des Karenzurlaubes zu erforschen und über Erfahrungen während desselben zu berichten.

DIE INANSPRUCHNAHME DES KARENZURLAUBES – BEDINGUNGEN UND MOTIVATION

Der lateinische Begriff „carentia“ bedeutet „das Nichthaben“, „das Entbehren“, der Begriff „Urlaub“ bezeichnet ursprünglich allgemein „Erlaubnis“, später eine „vorübergehende Dienstfreistellung“. Tatsächlich hat der Elternkarenzurlaub in der Realität viel mit Entbehrung, Nichthaben und Dienstfreistellung zu tun und nur wenig mit dem derzeit gebräuchlichen Urlaubsbegriff. Um aus der Dienstfreistellung eine „vorübergehende“ zu machen, darum bemühen sich eine Reihe von Institutionen und Vereinigungen.

Vornweg seien nun kurz unsere persönlichen familiären Umstände festgehalten. Meine damalige Lebensgefährtin schloß während ihrer ersten Schwangerschaftsmonate ihre Turnusausbildung zur praktischen Ärztin ab, wurde dann arbeitslos und wegen ihrer Schwangerschaft für das Arbeitsamt auch unvermittelbar. Ich habe als Betriebsorganisator gearbeitet. Unsere Familien sind jeweils sehr klein, die oft angesprochenen Großeltern zur Kleinkinderbetreuung gab es nicht.

Das Kind – unser erstes und bislang einziges – ist im April 1992 zur Welt gekommen; die Entscheidung zur Inanspruchnahme eines zweijährigen Karenzurlaubes und zur Aufteilung desselben im Verhältnis 1:1 fiel daher bereits im Jahr 1991. Ich habe mein Arbeitsverhältnis zum Ende meines Karenzurlaubes gekündigt.

Es gab für uns während der Schwangerschaft meiner Frau eine Reihe von Gründen, die in ihrer spezifischen Zusammensetzung dazu führten, daß wir uns dazu entschlossen, den Karenzurlaub in Anspruch zu nehmen und im Verhältnis 1:1 aufzuteilen.

Erstens hatte ich damals das Gefühl, mich in einer Art Vorreiterposition zu befinden. Das zweite Karenzurlaubsjahr war eben beschlossen worden, und Männer konnten auch erst seit etwa einem Jahr in Karenz gehen. Nach der Betrachtung der oben angeführten Daten, fühle ich mich heute nicht mehr als Vorreiter, sondern eher als Außenseiter und Angehöriger einer sehr kleinen Minderheit.

Zweitens wollte meine Lebensgefährtin auf jeden Fall sicherstellen, daß das Kind im dritten Lebensjahr daheim betreut werden kann und nicht in eine Kinderkrippe oder ähnliche Einrichtung kommen muß. Da eine innerfamiliäre Betreuung entweder nicht möglich oder nicht erwünscht war, gab es nur die Möglichkeit, daß einer von uns beiden die Betreuung im dritten Lebensjahr übernehmen mußte. Meine Frau hat nach ihrer einjährigen Karenz einen Arbeitsplatz gefunden und wollte diesen nicht wieder nach einem Jahr kündigen.

Drittens ist meine Frau in ihrem Beruf als Ärztin sehr gerne tätig; ich war damals in meinem Beruf als Betriebsorganisator nicht mehr gerne tätig.

Viertens gab es natürlich auch finanzielle Gründe, die unsere Entscheidung wesentlich beeinflussten. So konnte meine Frau – unter der Prämisse einen Arbeitsplatz zu finden – mit einem höheren Einkommen rechnen, als ich es erhalten habe.

Fünftens sollten meiner Meinung nach alle Väter nach der Geburt eines Kindes ihre Arbeitsverhältnisse unterbrechen (müssen), damit frau/man dem Ziel der Chancengleichheit von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt näherkommt, und damit auch Männer die Erfahrung des Wiedereinstiegs in den Erwerbsarbeitsprozeß machen (müssen).

Sechstens hatte ich natürlich auch den Wunsch, mich intensiv und auch alltäglich mit dem Kind auseinanderzusetzen. Ich wollte nicht in eine traditionelle Vaterrolle gedrängt werden, abends eine halbe Stunde mit dem Kleinen spielen und am Wochenende einen Ausflug machen. Trotzdem glaube ich, daß dieses Motiv eine eher untergeordnete Rolle spielte, zumal ich noch keine Erfahrung im Umgang mit eigenen Kindern hatte.

Nach der Entscheidung über die Teilung des Karenzurlaubes begann der rechtlich-formale Teil der Angelegenheit. Dann galt es für uns, folgende Fragen zu beantworten:

– Wie können wir den Karenzurlaub aufteilen?

Die Aufteilung im Verhältnis 1:1 war von Anfang an ziemlich klar; höchstens wäre mein Anteil als Vater größer geworden, weil die schon damals angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt für ÄrztInnen nach dem Turnus eine längere Karenz meiner Frau eigentlich ausschloß. Hinzu kommt das Problem der Abschottung vom „Medizinbetrieb“, vom medizinischen Fortschritt und der permanenten Weiterbildung. Es stand auch nie außer Frage, daß ich als Vater das zweite Karenzjahr in Anspruch nehmen würde, wofür neben dem Wunsch meiner Frau, das Kind zu stillen, auch noch sprach, daß es voraussichtlich einer längeren Zeitspanne als der acht Mutterschutzwochen bedürfen würde, einen Arbeitsplatz als praktische Ärztin zu finden.

– Können wir eine Teilzeitleösung anstreben?

Meine Frau konnte keine Teilzeitleösung anstreben, weil sie am Ende Ihrer Turnusausbildung schwanger war und daher unvermittelbar vom Arbeitsamt aus in Karenz ging. Sie konnte daher mit keinem Arbeitgeber eine einvernehmliche Teilzeitregelung treffen. Ich habe die Teilzeitleösung für mich aus mehreren Gründen verworfen: Zum ersten, weil ich einen sehr langen Weg zur Arbeit hatte und dann möglicherweise auf Verhältnis von Arbeitszeit : Wegzeit von 2:1 gekommen wäre; zum zweiten hat mir die Ausübung meiner beruflichen Tätigkeit damals keinen Spaß mehr gemacht und ich wollte die Firma, in der ich beschäftigt war, eigentlich auf jeden Fall verlassen. Drittens hätte diese Lösung nur einen Sinn gemacht, wenn meine Frau in der Zeit, in der ich teilzeitbeschäftigt gewesen wäre, arbeiten gegangen wäre. Dann hätte ich

mich aber einem permanenten Streß aussetzen müssen, ob das Kind rechtzeitig gebracht, geholt, untergebracht, versorgt wäre. Außerdem hätte ich mich praktisch für drei Jahre an die Firma gebunden, die ich ja verlassen wollte und in der Folge auch verlassen habe. Ich möchte an diesem Punkt aber festhalten, daß mir von meinem Vorgesetzten eine Teilzeitleösung angeboten wurde.

– Wem muß ich innerhalb welcher Fristen meine Inanspruchnahme des Karenzurlaubes melden und in welcher Form sollte ich das tun? Muß ich dem Vorgesetzten die Karenz vor Zeugen bekanntgeben? Kann ich mich mit meinen Fragen an meinen Betriebsrat wenden, ohne befürchten zu müssen, daß vor der offiziellen Meldung Informationen durchsickern? Welche anderen Institutionen können mir rechtliche Auskünfte erteilen? Wie nicht anders zu erwarten war, habe ich zu diesem Zeitpunkt – unmittelbar vor beziehungsweise nach der Geburt des Kindes – die entsprechenden Erfahrungen mit Institutionen gemacht, die alle – wenn schon nicht negativ – so doch unangenehm waren. Die Institution eines Karenzurlaubes für Väter war sehr neu. Alle Auskünfte, die ich erhielt, waren sehr vage formuliert. Der Betriebsrat hatte keine Erfahrungen mit der Problematik, obwohl ich in einem Konzern mit tausenden Arbeitern und Angestellten arbeitete.

Ich wollte zum Beispiel – um Formalfehler zu vermeiden – genau wissen, welcher der erste Tag des zweiten Karenzjahres ist (der Geburtstag des Kindes oder der Tag danach). Wie weiter unten noch zu sehen ist, war zu manch spezieller Fragestellung auch von der Wiener Arbeiterkammer keine definitive telefonische Auskunft zu erhalten.

Ich habe dann dem Personalbüro schriftlich, eingeschrieben und mit Eilpost (um über den Zustellungszeitpunkt möglichst exakt Bescheid zu wissen) und meinem unmittelbaren Vorgesetzten mündlich und möglichst gleichzeitig mit dem Ankommen meines Briefes meinen Karenzurlaub gemeldet.

Unmittelbar vor und nach einer Geburt sind viele Dinge zu erledigen (Einkäufe, Arztbesuche, Geburtsvorbereitungsaktivitäten, Schwangerschaftsturnen, Urlaubsvorbereitungen im Betrieb für den Urlaub unmittelbar nach der Geburt des Kindes, Amtswege). Gerade in dieser knappen Zeit – bis vier Wochen nach der Geburt des Kindes – muß dem Arbeitgeber formaljuristisch korrekt gemeldet werden, daß frau/man vielleicht auch erst ein dreiviertel Jahre später in Karenz gehen wird. Diese knapp bemessenen Fristen legten den Verdacht nahe, daß eine fristgerechte Meldung möglichst erschwert werden soll. Es ist auch kein fairer Vorteil für den Arbeitgeber ersichtlich. Freilich, dieser weiß dann, welche Damen/Herren keine weitere Ausbildung mehr benötigen, keine außerordentlichen Gehaltserhöhungen, keinen neuen Bürosessel, Bildschirmfilter und ähnliches mehr. Es ist schließlich nicht einzusehen, warum ein Arbeitgeber Kün-

digungsfristen von vielleicht vier Wochen einhalten muß, die ArbeitnehmerInnen allerdings Karenzurlaubsanmeldungsfristen von zwölf, fünfzehn oder achtzehn Monaten.

Bei der Gelegenheit möchte ich auch auf ein Problem hinweisen, von dem ich nicht weiß, ob es damals bzw. heute gelöst war bzw. ist. Hätte ich in Karenz gehen können, wenn ich nach der Anmeldung und vor dem Antritt meines Karenzurlaubes selbst gekündigt hätte? Wäre ich dann als Unvermittelbarer am Arbeitsamt gelandet und von dort aus in Karenz gegangen? Ist der Kündigungsschutz in solchen Fällen eine Art Arbeitsverpflichtung? Ich habe dann nicht vor dem Antritt meines Karenzurlaubes gekündigt, da ich niemanden fand, der mir eine sichere Auskunft geben hätte können oder wollen.

REAKTIONEN AUF UNSERE KARENZURLAUBSENTSCHEIDUNG

Nach der Bekanntgabe meiner Absicht, das zweite Karenzurlaubsjahr in Anspruch zu nehmen, konnte ich doch sehr unterschiedliche Reaktionen beobachten.

Mein unmittelbarer Vorgesetzter hat gefaßt reagiert, mich gefragt, ob denn das fix wäre, ob ich nicht eventuell eine Teilzeitleistung erzielen wollte und ähnliches mehr. Er hatte gerade in unserem Bereich Personalprobleme, hat aber meine Entscheidung akzeptiert und sich in den verbliebenen elf Monaten meines Angestelltenverhältnisses stets sehr korrekt und freundlich verhalten.

Die meisten Reaktionen waren von Rollenbildern und Klischeevorstellungen geprägt. Mein Schwager – Unternehmer, Mitte dreißig – war um meinen Wiedereinstieg in das Berufsleben und um das Haushaltseinkommen besorgt. Männer, insbesondere solche, deren Frauen schwanger waren, haben das Thema eher vermieden oder ihre Ausführungen hatten einen entschuldigenden Unterton oder eine stichhaltige, zumeist finanzielle Begründung, warum gerade sie nicht in Karenz gehen könnten. Ein bißchen waren die Reaktionen der Männer auch von Neid geprägt, der allerdings auf einer nicht der Realität entsprechenden Vorstellung von Karenz beruht. Diese Vorstellungen umfassen das Bauen von Sandburgen, das Spielen mit Eisenbahnen, Rennautos und Bausteinen; Vorstellungen von Wickeln, Waschen, Kochen, Füttern, Hausarbeit waren den meisten Männern unmittelbar nicht präsent. Es gab auch Männer, die der Ansicht waren, daß sie es psychisch nicht verkraften würden, einem Kind die Windeln zu wechseln und den Po zu reinigen. Mit zunehmendem Alter waren die Reaktionen mehr und mehr von Verständnislosigkeit geprägt.

Die Reaktionen von Frauen waren ein wenig anders. Freilich waren auch sie mit zunehmendem Alter mehr und mehr ratlos, wie sie auf dieses Phä-

nomen reagieren sollten; ältere weibliche Verwandte waren besorgt, ob ich dem Baby die Windeln wechseln könne, ob ich kochen und es füttern könne.

Die insgesamt positivsten Reaktionen – „Das find ich aber gut!“ – kamen von jungen Frauen. Frauen hatten eine realistischere Vorstellung meiner neuen Tätigkeit, was aus ihren Reaktionen sichtbar wurde. Frauen – auch junge – waren dann aber doch auch skeptisch, haben mich vielleicht auch ein wenig als Eindringling in ihr Fachgebiet gesehen.

MEIN KARENZURLAUB UND DIE ZEIT ALS HAUSMANN

Leider hat mein Karenzurlaub mit Amtswegen begonnen. Ich mußte schließlich mein Karenzgeld beantragen – wer weiß, vielleicht hätte ich sonst irgendwelche Fristen versäumt. Ich mußte damals noch meine Krankenscheine beim Arbeitsamt jeweils extra bestellen (anrufen, durchkommen, zuschicken lassen).

Überhaupt hatte ich in den letzten Jahren sehr häufig Kontakte mit dem sogenannten Amtsschimmel, die bedingt waren durch die Geburt des Kindes, die Inanspruchnahme des Karenzurlaubes und meine Verheiratung und der damit verbundenen Namensänderung. Auf Grund meiner betriebsorganisatorischen Ausbildung und Vergangenheit und einer ökonomieorientierten Einstellung zu Arbeitsabläufen und des mitzunehmenden Kindes waren diese Amtswegen psychisch stets sehr anstrengend.

Ich erwähne die Amtswegen, weil ich als Hausmann – beziehungsweise Vater in Karenz – natürlich möglichst alle für die einzelnen Familienangehörigen erledigen muß.

Es gab natürlich in den vergangenen dreieinhalb Jahren seit dem Beginn meines Karenzurlaubes für mich bedeutende Veränderungen. Am Anfang standen elementare Fragen, wie ich den Tagesablauf gestalten könnte, was das Kind gern ißt, essen sollte und nicht essen sollte (Schokolade, Zuckerln, Obst, ...), wie frau/man das Kind abends dazu bringt, zu schlafen und spätnachmittags davon abhält, was es gerne spielt, was es vielleicht nicht spielen sollte (Kriegsspielzeug, Waffen, Kampfspiele, kooperative Spiele, ...), usw.

Wichtig war mir auch die Erhöhung der Kindersicherheit des Haushalts. In dieser Beziehung war die Anbringung von Kinderschutzsteckdosenabdeckungen noch der einfachste Teil. Sehr wichtig ist es, die Schutzeinrichtungen mit dem Kind mitwachsen zu lassen; ich montierte beispielsweise einen Eiskastenverschluss, der eine Zeitlang das Kind davon abhielt, die Türe zu öffnen. Eines Tages hat es dann den Mechanismus verstanden. Zu diesem Zeitpunkt mußte die Türsperre unbedingt wieder entfernt werden, da der Eiskasten sonst von innen nicht mehr zu öffnen gewesen wäre!

Noch schwieriger war die Anpassung von Gewohnheiten und Arbeitsabläufen an die Anwesenheit des Kindes und seine Sicherheitsbedürfnisse – heiße Flüssigkeiten auf dem Herd oder anderswo, das Kind nicht allein in der Badewanne oder im Planschbecken lassen, alle paar Minuten schauen, ob es irgendwo herumklettert und abzustürzen droht, keine giftigen oder ätzenden Dinge verschluckt (Zimmerpflanzen, Waschmittel, Bohnen, ...). Diese Absicherung des Kindes hatte natürlich in einer kindgerechten Form zu erfolgen, d. h. ohne das Kind über das unbedingt notwendige Maß hinaus zu belästigen und in seiner Entwicklung zu unterdrücken. Gerade die Abstimmung dieser Arbeitsabläufe gestaltete sich für mich sehr schwierig, da ich gewohnt bin, Arbeitsabläufe auch im Haushalt möglichst ökonomisch zu gestalten und verschiedene Arbeiten gleichzeitig ablaufen zu lassen – Teewasser auf dem Herd zu kochen, Handwäsche einzuweichen, den Kachelofen anzuhetzen, und die Fenster zu öffnen. Das Teewasser kann frau/man dann aber nicht unbeaufsichtigt kochen, wenn frau/man das Kind nicht mitnimmt zum Ofen. Dort kann frau/man es aber nicht alleine lassen, wenn frau/man den Tee aufgießen gehen will. Das Kind möchte natürlich viel lieber beim Ofen bleiben als Tee aufgießen oder Fenster öffnen. Außerdem sollte das unbeaufsichtigte Kind auch nicht aus den geöffneten Fenstern fallen. Die Durchführung einer Handwäsche (Pullover oder ähnliches) ist in Anwesenheit eines Kleinkindes auch nicht zeitökonomisch durchführbar, schließlich muß frau/man das Kind umziehen und den Boden aufwaschen. Der Tee ist dann vom langen Ziehen zu bitter, die Fenster hat derweil der Wind geschlossen und das Holz im Kachelofen ist zu sehr verbrannt, weil die Ofentüre zu lange geöffnet war.

Die erste Zeit war also geprägt von raschen Veränderungen; eines Tages konnte das Kind gehen; eines Tages konnte es auf Sessel und Tische klettern; eines Tages wollte es nicht mehr drei Mal oder dann zwei Mal schlafen; eines Tages konnte es sprechen. Die ersten eineinhalb bis zwei Jahre meiner Hausmannstätigkeit – d. h. die eigentliche Karenzzeit – waren eindeutig vom Kind dominiert und sehr variabel und flexibel.

Mittlerweile ist das Kind viereinhalb Jahre alt und besucht einen Kindergarten. Unsere Tagesabläufe sind nun geregelt, ziemlich planbar und keineswegs mehr von derart raschen Veränderungen geprägt wie vor drei Jahren.

Ich stellte fest, daß ich von meiner Erziehung und meiner Ausbildung her nicht auf ein Leben als Hausmann und Kindererzieher vorbereitet war. Ich mußte Hausarbeit, Kinderbetreuung und Kinderspiel unter einen Hut bringen und möglichst optimal organisieren, schließlich hatte ich ja mit einem Schlag drei neue Jobs – Hausmann, Kindererzieher und Kinderentertainer. Im besten Fall war ich auf den dritten ein wenig vorbereitet.

Eine wichtige Erfahrung von mir war beispielsweise, daß es plötzlich nicht mehr möglich war, Arbeitszeit von Freizeit exakt zu trennen. Als Hausfrau/Hausmann steht frau/man in der Früh auf und kümmert sich vielleicht ums Frühstück – eine Form von Hausarbeit. Bis zum Beginn meines Karenzurlaubes war die Frühstückszubereitung eine Form von Freizeitbeschäftigung, nun war es plötzlich mein Beruf. Bis dahin hatte ich nach dem morgendlichen Aufstehen bis zum Betreten des Firmengeländes zwei Stunden Freizeit, zumindest Vorlaufzeit, nun stieg ich aus dem Bett und war mitten an meinem Arbeitsplatz. Bis dahin ging ich im Krankheitsfall in Krankenstand und legte mich ins Bett, bis ich wieder gesund war. Nun kann ich nur versuchen, diverse Einkaufs- und Kindertransporthilfen zu organisieren und bei schwerer Krankheit hoffen, daß es meiner Frau gerade möglich ist, ein paar Pflegeurlaubstage in Anspruch zu nehmen. Nun kam meine Frau erschöpft von ihrer Arbeit nach Haus und ich hätte versuchen müssen, sie noch ein wenig freizuspielen, um ihr ein wenig Erholung zu ermöglichen.

DER WIEDEREINSTIEG INS BERUFSLEBEN

Ein derzeit ungelöstes Problem ist mein Wiedereinstieg ins Berufsleben. Ich verspüre schon einen gewissen Drang, mich wieder in irgendeiner Form beruflich zu betätigen. Dieser ist einerseits ein innerer, geprägt vom Wunsch nach Bestätigung, abgrenzbarer Beschäftigung, eigenem Einkommen, sozialer Absicherung, andererseits habe ich das Gefühl, daß meine soziale Umgebung (nicht so sehr meine Frau als andere Verwandte und Bekannte) einen Wiedereinstieg erwartet. Dieser Wiedereinstieg ins Berufsleben scheint mir heute zwar die erwartete Norm, allerdings für mich – aus den folgenden Gründen – wenig attraktiv zu sein:

– Selbst wenn ich eine Teilzeittätigkeit finden könnte, wäre ich trotzdem mindestens sechs Stunden pro Tag an meine Arbeit gebunden (Arbeitszeit, zwei Mal Wegzeit, Essen).

– Wir müßten uns die Hausarbeit vermehrt teilen, meine Frau etwas weniger arbeiten; ihr Einkommensverlust wäre wahrscheinlich fast so hoch wie mein zu erwartendes Teilzeiteinkommen.

– Wir hätten permanent Streß mit Kinderunterbringung und Abholung.

– Wir haben unser Kind selbstverständlich für einen Hortplatz angemeldet. Aber ist es wirklich sicher, Jahre nach der erfolgten Anmeldung, einen Hortplatz zu bekommen?

– Ich bin nach dreieinhalb Jahren Berufsabstinenz schon „ziemlich weg vom Fenster“.

– Meine letzte berufliche Tätigkeit hat mir keinen Spaß mehr gemacht, weshalb ich auch kündigte. Ein beruflicher Neuanfang ist aber wiederum mit sehr großem Zeitaufwand verbunden (Ausbildung

etc.), der schwer mit meiner Tätigkeit als Hausmann vereinbar wäre.

SCHLUSS

Insgesamt bin ich sehr froh, diesen Weg gewählt zu haben. Er brachte mir viele Erfahrungen, die ich sonst nie hätte machen können. Viele meiner Vorstellungen über das Leben als Hausfrau und Mutter wurden stark verändert. Viele Möglichkeiten haben sich eröffnet; frau/man wird aus den beruflichen Bahnen gerissen und auch gezwungen, diese kritisch zu betrachten, zu beurteilen und in Frage zu stellen. Der berufliche Trott, diverse sogenannte „Sachzwänge“ werden abgeschnitten. Frau/man muß sich an neue Abhängigkeiten und neue Freiheiten gewöhnen.

Ich habe die letzten rechtlichen Änderungen in Bezug auf die Karenzurlaubsregelungen nur sehr oberflächlich verfolgt, möchte aber doch anmerken, daß mich diese politische Diskussion negativ berührte. Ich vermute, daß seitens der politisch Verantwortlichen, die Inanspruchnahme des Karenzurlaubes für Väter, kaum daß er sich im gesellschaftlichen Bewußtsein bescheiden etablieren konnte, wieder erschweren wird. Ich hatte eigentlich den Eindruck, daß es politisch nicht erwünscht wäre, daß Väter in Karenz gehen.

Wenn auch nur sehr wenige Väter diesen Weg wählen, ist es doch gut, daß nicht nur Frauen eine Minderheit bilden, sondern auch manche Männer unausweichlich in eine Außenseiter- und Minderheitenrolle kommen. Nichtsdestotrotz sollte frau/man sich nicht damit abfinden, daß derartig wenige Väter

in Karenz gehen, und jede Möglichkeit ausnützen, diese Zahlen zu erhöhen. Derzeit dienen die wenigen karenzierten Väter wohl nur als frauenpolitisches Feigenblatt, auf die frau/man zwar verweisen kann, die aber auf Grund ihrer geringen Anzahl keinen nennenswerten Beitrag zur Erreichung von Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt leisten. Als Betroffener könnte ich mir zum Beispiel eine Drittelung des Karenzurlaubsanspruchs vorstellen; ein Drittel muß die Mutter in Anspruch nehmen, ein Drittel der Vater, ein Drittel kann beliebig geteilt werden. Frau/man könnte auch das Karenzgeld an das vor dem Karenzurlaub bezogene Gehalt koppeln und wie das Arbeitslosengeld berechnen, wodurch in vielen Fällen die finanzielle Argumentation nicht mehr zum Tragen käme. Meiner Meinung nach sollten zur Erreichung des Zieles der Chancengleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt auch höhere Kosten in Kauf genommen werden, da sehr viele politische Themen tangiert werden.

Wenn Männer in Karenz gehen, kann vielleicht die Diskussion um den Wert und die Entlohnung der Hausarbeit, um die Anrechnung von Kindererziehungszeiten zum Pensionsanspruch, um erwerbsarbeitsloses Basiseinkommen, um Klassenschülerhöchstzahlen, Chancengleichheit von Kindern in bezug auf Erziehung und (schulische) Ausbildung, um Entlohnungsunterschiede zwischen Frauen und Männern, um Doppelbelastung in Haushalt und in Beruf, unterschiedliche Pensionsantrittsalter usw. belebt und auf eine Schiene zu mehr Chancengleichheit und rascherem Abbau von Privilegien und von Benachteiligungen gebracht werden.

BARBARA WINTERSBERGER

FRAUEN UND GESUNDHEITSRESSOURCEN

1. GESUNDHEITSRESSOURCEN UND DAS WHO-PROGRAMM „GESUNDHEIT FÜR ALLE BIS ZUM JAHR 2000“ MIT DEM KONZEPT DER GESUNDHEITSFÖRDERUNG

Der Sichtweise „Frauen sind kränker, weniger robust als Männer und brauchen besondere Betreuung“ ist realistischerweise gegenüberzustellen: Frauen beanspruchen deshalb vermehrt das Gesundheitsversorgungssystem, weil sie mehr belastet sind als Männer. Prävention, Betreuung und Pflege, die sie im „Laiensystem“ geben, bekommen sie ihrerseits nicht. Sie sind Gesundheitsressource für andere – ihnen hingegen werden materielle und immaterielle Gesundheitsressourcen vorenthalten.

Das Gesundheitswesen selbst spielt nur eine kleine Rolle bei der Erhaltung der Gesundheit – es dient der Behandlung und allenfalls Früherkennung bereits entstandener Krankheiten. Die WHO-Gesundheitsdefinition ist dafür bekannt, daß sie auch die gesellschaftliche und psychische Dimension in die Beschreibung der Gesundheit einbezieht. Erstmals wird mit dieser WHO-Definition von Gesundheit als vollständiges körperliches, geistiges und soziales Wohlbefinden festgeschrieben, daß Gesundheit mehr ist als nur Nicht-Krankheit, sondern ein Prozeß zwischen Individuum und Umwelt, der sowohl auf organischer als auch Persönlichkeits-ebene abläuft. Gesundheit ist also einerseits etwas Individuelles: Ihre Erhaltung erfordert persönliche Verantwortung. Andererseits ist es Aufgabe der Gesellschaft, die individuellen Anstrengungen zu unterstützen, welche jedoch zu wenig wahrgenommen wird. Dementsprechend ist die Präventionsorientierung in der Bevölkerung sozial unterschiedlich verteilt. In industrialisierten Ländern ist eine Gesundheits- und Fitnesswelle zu verzeichnen, die von Angehörigen der Mittel- und Oberschicht getragen wird. Dem steht ein vom gesellschaftlichen Reichtum weitgehend ausgegrenzter Teil der Bevölkerung gegenüber, dem es nicht möglich ist, einen gesundheitsbewußten Lebensstil zu pflegen.

Die Frage nach der Bedeutung von Gesundheitsinformation für die Prävention beziehungsweise Auswirkungen auf die Gesundheit stand in der Vergangenheit wie heute im Spannungsfeld zwischen Verhalten einerseits und Umwelt andererseits. Die Verhaltensprävention zielt durch Gesundheits-erziehung in Form massenkommunikativer oder interpersoneller Interventionen auf die Beeinflussung des individuellen Verhaltens. Die Verhältnisprävention bezieht die unmittelbare und weitere Umwelt in die Maßnahmen ein.

Mit der relativen Erfolglosigkeit der Medizin in der Prävention und den steigenden Kosten im Gesundheitswesen wuchs in den letzten Jahren das

Interesse an Gesundheitserziehung und -förderung, womit sich erneut die Frage nach der Relation von Verhaltens- und Verhältnisprävention stellt. Eine Orientierung an der Verhältnisprävention würde die stärkere Beachtung folgender Aspekte beinhalten:

- psychosoziale Risikofaktoren, wozu die Berücksichtigung der Funktionalität von Risikoverhalten bei der Bewältigung von Belastungen (Spannungsreduktion, „coping“) gehört;
- schichtspezifische Aspekte, die verstärkte Ausrichtung an benachteiligten sozialen Gruppen;
- die Umweltdimension, da nur in einer gesunden Umwelt ein gesunder Lebensstil möglich und sinnvoll ist;
- die geschlechtsspezifische Dimension, auf die ich in der Folge eingehe.

Das WHO-Programm „Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000“ ist ein ganzheitliches gesundheitspolitisches Programm, teilweise an diesen Aspekten orientiert. Dokumente, die in diesem Zusammenhang zu nennen wären, sind die 38 Einzelziele zu „Gesundheit für alle“ in Europa und die Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung. Zur Umsetzung des Programms wurde im Umfeld der WHO das Konzept der Gesundheitsförderung als Weiterentwicklung der Gesundheitserziehung erarbeitet. Gesundheitserziehung sah die Lebensweisen der Menschen beschränkt auf persönliche Gewohnheiten. Gegenstand der Gesundheitsförderung hingegen sind auch die ökonomischen und sozialen Ressourcen wie Einkommen, Ausbildung, Angebot an Nahrungsmitteln, gesellschaftliche Integration, politische Partizipation, die sowohl direkte Auswirkungen auf die Gesundheit haben als auch indirekte auf das Gesundheitsverhalten. Im ersten WHO-Grundsatzdokument zu diesem Thema wird das Konzept wie folgt beschrieben:

Gesundheitsförderung zielt darauf ab, Menschen zu befähigen, größeren Einfluß auf die Erhaltung und Verbesserung ihrer Gesundheit zu nehmen. Als Maßstab für Gesundheit wird die Möglichkeit des einzelnen und von Gruppen gesehen, einerseits ihre Wünsche und Bedürfnisse befriedigen zu können und andererseits mit ihrer Umwelt übereinzustimmen oder sie bewußt zu verändern. Sie umfaßt die gesamte Bevölkerung in ihren alltäglichen Lebenszusammenhängen und nicht ausschließlich spezifische Risikogruppen. Sie will Bedingungen und Ursachen von Gesundheit beeinflussen. Gesundheitsförderung verbindet unterschiedliche Maßnahmen (Informationen, Erziehung, Gesetzgebung, Steuerrecht, organisatorische Regelungen) gemeindenaher Veränderungen sowie spontane Schritte gegen Gesundheitsgefährdungen. Sie bemüht sich besonders um eine konkrete und wirkungsvolle Beteiligung der Öffentlichkeit.

Dies erfordert eine Stärkung der individuellen und gemeinschaftlichen Fähigkeiten des Problemverständnisses und der Entscheidungsfindung.

2. FRAUENSPEZIFISCHE ASPEKTE

Die Realisierung des „Gesundheit für alle“-Programms mit dem Konzept der Gesundheitsförderung wäre von großer Bedeutung für Frauen, die

- benachteiligt sind beim Zugang zu gesundheitsförderlichen Positionen in der Gesellschaft;
- denen die Verantwortung für qualitativ hochwertige Haushaltsführung und Kinderbetreuung zugeschrieben wird.

Eine benachteiligte Position in der Gesellschaft führt zu einem psychischen Zustand, der Symptombildung fördert, und zur schlechteren Selbsteinschätzung der Gesundheit, als dies bei privilegierten Personen der Fall ist. Streß, der als Reaktion auf Belastungen aus der Umwelt ablaufende psychosoziale Prozeß, erhöht die Krankheitsanfälligkeit. Frauen und unterdurchschnittlich ausgebildete Personen beurteilen ihre Gesundheit schlechter. Beide Gruppen sind weniger glücklich, mehr belastet und haben niedrigere Werte auf der SOC-Skala. („sense of coherence“: ein für die Gesundheit wesentliches Gefühl der Sinnhaftigkeit und der Kontrolle über das eigene Leben).

2.1. GESUNDHEITSVERSORGUNG

Die Medikalisierung des Alltags, in unserer Gesellschaft vielfach thematisiert, kommt unter anderem in hohem Medikamentenverbrauch zum Ausdruck und ist bei Frauen ausgeprägt. 75 Prozent der Psychopharmaka werden an Frauen verschrieben, es gibt geschlechtsspezifische Verschreibungspraktiken: Männer bekommen eher aktivierende Mittel, Frauen dämpfende. Die Relation zwischen Antidepressiva, Betablockern und Anxiolytika ergab z. B. in einer österreichischen Studie folgenden Verteilungsschlüssel (Kombinationen):

	männl. Patienten	weibl. Patienten
Antidepressiva	5%	61%
Betablocker	72%	18%
Anxiolytika	14%	71%

(Quelle: G. Wieselmann u. a. 1991)

Die Autoren führen dies

„auf ein fehlendes pathophysiologisches Verständnismuster zurück, das immer noch zu sogenannten Menschenkategorien führt: 'Der Mann', berufstätig, der Erhalter der Familie, ist durch den Beruf nervös, überarbeitet und gestreßt...; 'die Frau', am Herd, Mutter und Hausfrau, ist, wenn sie nervös oder überarbeitet wirkt, nicht beruflich überfordert, sondern eher als neurotisch-hysteriform eingestuft... Dies würde bedeuten, daß gesellschaftliche Vorurteile sogar bis hin zu den ärztlichen Verordnungen Auswirkungen haben, die fachlich-wissenschaftlich nicht gerechtfertigt sind... Sollte sich dies bestätigen und

auch weiterhin als nicht gerechtfertigt erweisen, dann wäre dieses Ergebnis besonders schwerwiegend, da diese im Übermaß verordneten Anxiolytika bei Langzeittherapie mit Nebenwirkungen bis hin zu Abhängigkeit und Sucht verbunden sind.“ (Wieselmann u.a. 1991)

Medikamentenabhängigkeit ist eine unauffällige Suchtform und wird in ihrer Entwicklung sowohl von betroffenen Frauen als auch von deren Umgebung kaum wahrgenommen.

„Mit Hilfe dieser unauffälligeren Art bringen Frauen wichtige Lebenssignale wie z. B. Schmerz, Angst und Unruhe zum Schweigen, um dahinterliegende Verletzungen nicht wahrzunehmen. Dadurch werden aber auch Probleme weniger wahrgenommen,... was 'natürlich' aus ihrem Selbstschutzinteresse heraus intendiert ist, aber als Preis die Nichtbeachtung hat. Das besondere Problem hierbei besteht darin, daß genau diese Unauffälligkeit dem vorgegebenen Muster und Bild von Frauenleben entspricht, das ja ... quasi 'naturegegeben' zurückhaltender und stiller sein soll ..., daß genau diese Art und Weise von Frauenleben ja mit der Grund für die vielfältigsten Lebensverletzungen und Unzufriedenheiten von Frauen ist. Sollen da Frauen an übliche Frauenlebensweisen wieder angepaßt werden, schließt sich der Teufelskreis, aus dem sie erst einmal nicht herauskommen.“ (Soltau 1991).

Eine Expertin der „Daytop“-Beratungsstelle plädiert deshalb sogar dafür, abhängigen Frauen keine weiteren Medikamente und Ersatzstoffe zu geben und die hohe Medikamentenvergabe und die geplante Ersatzstoffvergabe zu problematisieren.

Nicht nur geschlechtsspezifische Verschreibungspraktiken bei Psychopharmaka sind zu verzeichnen; auch in der Diagnostik gibt es Tendenzen, ernsthafte organische Erkrankungen von Frauen als Streßsituationen, Wechselbeschwerden oder psychosexuelle Probleme zu deuten.

Auf dem Gebiet der Mutterschaft bietet die Medizin Frauen heute verschiedene Techniken der Fortpflanzungshilfe: „Homologe Insemination“, In-Vitro-Fertilisation u. dgl. sind aufwendige und unangenehme Prozeduren mit niedriger Erfolgsquote. Von Mutterschaft als Pflicht kann trotzdem nicht mehr gesprochen werden – eher von der Pflicht, die Geburt eines behinderten Kindes durch Pränataldiagnostik und gegebenenfalls Abtreibung auszuschließen. Die nach wie vor idealisierte Mutterschaft in Kombination mit diesen medizinischen Möglichkeiten kann die Geburt eines behinderten Kindes zu einem besonders traumatischen Erlebnis machen.

Das Ausklingen der Fortpflanzungsfähigkeit wird gegenwärtig unter dem Aspekt der Medikalisierung diskutiert. Wenn soziokulturelle Faktoren wie der massive Verlust an Ansehen, den älter werdende Frauen erleiden, ausgeklammert werden, wird von Hormontherapien eine Besserung der klimakteriellen Symptome, die die geforderte Leistungsfähigkeit der Frauen in Haushalt, Familie und Beruf beeinträchtigen, Besserung erwartet. Langzeitstudien

dieser Hormongaben an eine Generation von Frauen, die vielfach jahrelang die Hormone der „Pille“ einnahmen, sind noch ausständig – etwa zu Auswirkungen auf die Entstehung von Brustkrebs.

2.2. HAUS- UND FAMILIENARBEIT, GESUNDHEITSVORSORGE

Rund 80% der Haushaltsleistungen werden von Frauen erbracht. Frauen arbeiten mehr und verdienen weniger. Die Einkommen der Männer in Österreich sind um 50% höher als die der Frauen. Der allergrößte Teil der im Englischen mit „care“ bezeichneten Betreuungstätigkeiten im Lebenszyklus wird von Frauen in der Familie geleistet und betrifft besonders das Funktionieren des Netzes der sozialen Dienstleistungsgesellschaft. Die Dienste der bereitgestellten Einrichtungen müssen den Familienmitgliedern zugeordnet, ausgewählt, geplant werden. Für Kinder soll Betreuung nach Merkmalen wie Preis, Qualität, Erreichbarkeit etc. ausgewählt werden. Es gilt, Transporte zu sichern, den Kontakt mit dem Personal zu pflegen und die Abstimmung zwischen den Bedürfnissen der Familienmitglieder und der Institution zu leisten. Die Anforderungen an die Erziehung der Kinder sind gestiegen: Neben medizinisch verordneten Therapien und Förderprogrammen im Kleinkindalter bis zu Nachhilfe, musischer Ausbildung u. dgl. sind auch bei Hygiene, Ernährung, emotionale Unterstützung die Standards hochgeschraubt.

Das Ausgleichen ökonomischer und psychischer Belastungen bei wirtschaftlicher Rezession und Abbau von Sozialleistungen wird den Haushalten zugewiesen, ebenso eine umweltbewußte Müllentsorgung.

Über ihre Rollen der Haushaltsführung und Kinderbetreuung sind Frauen Trägerinnen der Gesundheitsvorsorge. Hierbei ist zu beachten, daß das Ausbildungsniveau der Ehefrau stärker etwa mit dem Risiko von Herz-Kreislauf-Krankheiten als das des Mannes korreliert. (Es ist umso niedriger, je höher das Ausbildungsniveau der Ehefrau ist.) Dies ist darin begründet, daß der Lebensstil von Familien im allgemeinen und Männern im besonderen von Müttern und Ehefrauen maßgeblich gestaltet wird.

2.3. BEWÄLTIGUNGSSTRATEGIEN VERSUS ZUMUTUNGEN

Im Gegensatz zum Löwenanteil an Gesundheitsvorsorge und -betreuung, den Frauen in der Gesellschaft leisten, steht die Plazierung von Männern in der Öffentlichkeit. Wie in anderen Bereichen haben sie die entsprechend angesehenen gutdotierten Führungspositionen im Gesundheitswesen inne. Erfolgreich vermarktete Gesundheitsexperten in den Medien sind überwiegend männlich. Sie propagieren von Frauen bei der Versorgung ihrer Familie anzuwendende Nahrungs- und Hausmittel sowie Fitnesstips. Leitende Funktionäre in gesundheitsorientierten Vereinen wie dem Kneipp-Bund

sind männlich. Als Garanten geriatrischer Kompetenz werden in Fachmagazinen männliche Ärzte angeführt, obwohl die große Mehrheit der bezahlten und unbezahlten Betreuer von alten Menschen weiblich ist (Geriatric Praxis 1/1993).

Statt für eine Umverteilung der Belastungen von Frauen zu Männern einzutreten, wird von gesellschaftlichen Meinungsträgern gefordert, die Frauen bei Wahrnehmung ihrer hauswirtschaftlichen und erzieherischen Aufgaben zu unterstützen – als ob diese ihnen naturgemäß zukämen. Im Hintergrund steht oft weniger das Ziel der Entlastung von Frauen, sondern die Erhaltung der Betreuungsqualität im Interesse der Betreuten.

Es gibt auch männliche Fachleute, die die Erleichterungen, die etwa moderne Hygiene, künstliche Babynahrung, Kinderärzte und Schutzimpfungen den Frauen brachten, beklagen: Diese hätten zwar die Überlebenschancen von Kindern erhöht, aber auch die Gelegenheiten intimer Kontakte zwischen Mutter und Kind verringert. Der Historiker Imhof meint, „daß die Gefühlswelt von Müttern ärmer geworden sein muß durch den Wegfall der Notwendigkeit des Stillens, des Entlausens und desgleichen“ (Imhof 1986). Den EGOs unserer Zeit sei egoistische Selbstverwirklichung näher als tägliche Pflichten gegenüber Partnern und Kindern (ebda.).

Der von Frauen getragene Reproduktionsbereich wird bei Zeit- und Freizeiterörterungen meist noch ausgeklammert. Von den auf 75 Lebensjahre berechneten 657.000 Stunden entfallen laut Institut für Freizeitpädagogik 100.000 auf Ausbildung und Arbeit (15%). Nach Abzug von 217.000 Stunden für Schlaf verbleiben 340.000 Rest, um den sich die Freizeitpolitik kümmern sollte (SPÖ-Telegramm 2/94). Für die große Mehrheit der Frauen mit Versorgungspflichten werden diese 340.000 Stunden erheblich reduziert.

Zu den Bewältigungsstrategien, die Frauen vorgeschlagen werden, gehört die Delegation ihrer angestammten Pflichten an Personal oder weibliche Familienangehörige.

„Im Unterschied zur anspruchsvollen Frau von gestern, die ausführlich beklagte, wie schwierig es sei, sich den Nachwuchs vom Leib zu halten, sieht die anspruchsvolle Frau von heute keine Probleme. Sie macht es einfach wie die anspruchsvolle Frau von vorgestern. Die moderne Mutter tut das, was auch schon die altmodische Mutter getan hat, sofern sie dazu imstande, also von Stand war: Sie delegiert die geliebte Brut an Personal und/oder Verwandte. Unter geschickter Schonung des Kindesvaters zieht die moderne Frau ihre Doppelrolle als Karrierefrau und Mutter durch. Kinder mädchen her / Oma her! Schon rauscht die Mami ab ins Management. Das erspart dem Papi Gewinsel und Zumutungen...“ (Hammerl 1992)

Männer, deren Ehefrauen und Mütter der gemeinsamen Kinder die Niederungen der Haus- und Familienarbeit solcherart erfolgreich delegieren, widmen sich Beruf und Gesellschaftsleben, der

Politik, wertvollen Hobbys und dgl., wie der Arzt, dessen Vielseitigkeit in einer Kolumne „Arzt und Hobby“ gepriesen wird. Er

„bewohnt keine Zimmer. Es sind Räume. Raum gewordene Kreativität für Gemälde bekannter Meister und eigene Opera. Das überblickbare Umfeld kostbarer Sammelstücke gibt der klassischen Musik eine lebendige Klangfülle... Tausend Werke hat der Arzt bisher angefertigt und in zahlreichen Vernissagen vorgestellt.“

Darüber hinaus spielt der Erfolgreiche Geige in einem Quintett, schreibt Chansons, ist Alpinist, Tourenschifffahrer und Höhlenforscher und fährt abwechselnd auf fünf Fahrrädern. All das kann er durch „Disziplin, Pünktlichkeit und ein überlegtes Timing“ (Lang 1993).

2.4. FRAUEN ALS PFLEGENDE UND GEPFLEGTE

Mit abnehmendem Institutionalisierungsgrad sind die Arbeitsgebiete der Pflege das Krankenhaus, die Hauskrankenpflege, Ehrenamtlichkeit und die Pflege von Familienangehörigen. Im Krankenhaus gehören Unregelmäßigkeit, Unplanbarkeit, Personalmangel, körperliche und gefühlsmäßige Belastungen zu den der Gesundheit abträglichen Arbeitsmerkmalen. In den extramuralen Diensten kommt dazu die mangelhafte soziale Absicherung durch Überwiegen von prekären Arbeitsverhältnissen und oft eine qualifikationsmäßig und ergonomisch bedingte Überforderung. Das freiwillige soziale Engagement (überwiegend für einfache Nachbarschaftshilfe) läßt sich konfliktfreier mit den Anforderungen der Familienarbeit verbinden als bezahlte berufliche Arbeit. In der Familie kümmern sich Frauen rund dreimal so häufig um die Symptome ihrer Partner wie umgekehrt.

Zwar werden heute Mehrfachbelastungen von Frauen oft thematisiert. Im Bereich der Pflege wird aber in Zusammenhang mit Privatisierungstendenzen eine noch stärkere Belastung gefordert (mehr Solidarität, kleine Netze, Beiträge des informellen Sektors bis zum Arbeitsdienst). Stattdessen wäre die Deckung des Pflegebedarfs durch Ausbau bezahlter Arbeitsplätze einerseits und stärkere Beteiligung von Männern an unbezahlter Pflegearbeit andererseits zu befürworten. Ersteres ist in der Art.15a-Vereinbarung zum Bundespflegegeldgesetz und in internationalen Gesundheitsprogrammen wie dem erwähnten „Gesundheit für alle“-Programm verankert. Danach muß das medizinisch dominierte Krankheitsversorgungssystem ergänzt werden durch eine Palette an gesundheitsfördernden, sozialen, beratenden, pflegerischen Diensten. Letzteres ist eine politische und pädagogische Notwendigkeit: Männer, die einen pfleglichen Umgang mit der eigenen Gesundheit und der Gesundheit anderer lernen und praktizieren, sind auch besser für die

Bewältigung gesellschaftlicher Anforderungen auf Gebieten wie Umwelt- und Friedenssicherung geeignet. Und vor allem: „Zu viel Verantwortung für die Gesundheit anderer ist ein Gesundheitsrisiko“ (Waerness 1990).

LITERATUR:

- Anson, A. / Paran, E. / Neumann, L. / Chernichovsky, D.: Psychological State and Health Experiences: Gender and Social Class. In: *International Journal of Health Sciences* 1993, vol. 4 no. 2
- Antonovsky, A.: *Unraveling the Mystery of Health*. San Francisco 1987
- Appels A.: Psychosocial Factors and Cardiovascular Disease. In: *Behavioural and Psychosocial Aspects of Primary Prevention of Chronic Diseases*. WHO-Regionalbüro für Europa, Dok. EUR/ICP/NCD/O26. Kopenhagen 1994.
- Die Garanten wissenschaftlicher Kompetenz*. In: *Geriatric Praxis* 1-93
- Die Zukunft der Stadt liegt in unserer Hand*. In: SPÖ Telegramm 2/1994
- Frad, H.: Vorweihnachtliche Hektik. In: *Der Öffentliche Dienst* 12/91
- Hammerl, E.: Fürs Beschränkte. In: *Profil* 4.5.1992
- Imhof, A.: *Die Lebenszeit: Vom aufgeschobenen Tod und von der Kunst des Lebens*, 1986
- Jonas, M.: *Behinderte Kinder – behinderte Mütter?* Frankfurt 1990
- Kopera, H.: Alterserscheinungen der Frau und ihre therapeutische Beeinflussung. In: *Österr. Apothekerzeitung* 20.8.1988
- Lang P.: Maler und noch vieles mehr. In: *Medicum*, März 1993
- Medical Tribune*. Eine Kollegin befürchtet: Frauen werden von Ärzten schlechter versorgt. 1990
- Soltau, R.: Fragen, Erfahrungen und Perspektiven in der Arbeit mit abhängigen Frauen. In: *drogen-report* 5-91. München 1991
- Waerness, K.: *What Can a Promotive Orientation of Health and Care Services Mean for Women as Professionals and Family Carers?* Forschungsbericht für Vienna Dialogue 1990
- WHO Working Group on Concepts and Principles of Health Promotion*. Doc. ICP/HSR 602. Kopenhagen 1984
- Wieselmann, G. / Harnoncourt K. / Marguc K.: Gibt es „weibliche“ und „männliche“ Diagnosen und Therapien? In: *Der praktische Arzt*, 55. Jg., April 1991
- Wintersberger, B.: Ausbildungs-, Gesundheits- und familienpolitische Aspekte der Integration gesundheitlicher und sozialer Dienste. In: H. Hovorka (Hg). *Familien-nahe Pflege – Ausbildung und Information*. Kongreßdokumentation 1996
- Wintersberger, B.: Paradigmenwechsel in der gesundheitsbezogenen Bildungsarbeit. In: *DazuLernen*. Dokumentation des Kongresses der Österr. Bildungsallianz in Graz, 1995
- Wintersberger, B.: Pflege als Arbeits- und Lernfeld für Frauen und Männer. In: *erziehung heute* 3/1996

GERTRUDE KLAFFENBÖCK

MARKT DES LEBENS

Zwischen gentechnischer Revolution und Feminisierung der Landwirtschaft

Die Debatte um Gen- und neue Biotechnologien erlangte in den letzten Monaten durch die Freisetzungsanträge der ersten gentechnisch manipulierten Pflanzen (Mais und Kartoffel) in Österreich neue Aktualität. In heftigen, emotional geführten Diskussionen wurde Abneigung gegenüber dieser „Neuen Welt des Bio-Design“ durch Verbraucherinnen und Verbraucher ausgedrückt. Aber Forschung und weltweit agierende Multis bekundeten vehementes Interesse.

Es soll hier nicht den zahlreichen Chancen- und Risiken-Analysen eine weitere zugefügt werden, Ziel ist vielmehr die Beleuchtung der gesellschaftlichen Interessen, die sich einerseits in Marktverhältnissen, andererseits auf Ebene der Produktion abzeichnen. Es ist zu vermuten, daß Gen- und Biotechnologien gerade für jene Alltags- und Lebensbereiche vorgesehen sind, in denen strukturell bedingt mehrheitlich von Frauen geleistete Arbeiten eine Rolle spielen. Auf die Reproduktionstechnologie (medizinische Forschung, In-vitro-Fertilisation, Gen- und Spermiabanken der Humanmedizin usw.), die bereits von Autorinnen wie Trallori, Fleischer, Winkler u. a. eingehend analysiert wurde, gehe ich hier nicht ein. Bio- und Gentechnologie müßten aufgrund ihrer Bedeutung und der implizierten frauenfeindlichen Methoden und Praktiken separat analysiert werden. Es sei nur angeführt, daß in der Reproduktionstechnologie und daraus entstehenden Märkten sehr oft die gleichen Akteure (Pharmakonzerne) international in Erscheinung treten.

Als Markt des Lebens wurde Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre von Pat Mooney und Cary Fowler die sich abzeichnende Monopolisierung unserer Ernährungsgrundlage, nämlich des Saatgutes der weltweit wichtigsten Lebensmittelpflanzen bezeichnet. Sie stellten eine zunehmende genetische Verarmung bei Nahrungsmittelpflanzen in den Industrieländern der nördlichen Hemisphären fest, die durch eine Industrialisierung der Landwirtschaften dieser Länder und der Saatgutkommerzialisierung katalysiert worden war. (Mooney 1979, S. 3–7)

Die anfangs von öffentlichen und internationalen Institutionen getragene Forschung, die mit der Anlage von Samenbanken für Pflanzen und männlicher Zuchttiere begann, wurde zusehends über Finanzierungsinstrumente privater Unternehmen und multinationaler Konzerne unter Kontrolle weltweiter Multis gebracht. (Mooney 1979, S. 21–34)

1971/72 machten erste Stimmen auf eine zunehmende genetische Verarmung und deren Auswirkungen auf die internationale Ernährungslage aufmerksam. Von der FAO wurde gemeinsam mit dem Internationalen Biologischen Programm (IBP) ein internationales Zusammentreffen organisiert,

auf der 1972 in Stockholm abgehaltenen Umweltkonferenz wurde ebenfalls die Notwendigkeit der Konservierung genetischer Ressourcen proklamiert. (Mooney / Fowler 1991, S. 15).

Die 1971 neu organisierten siebzehn internationalen Agrarforschungszentren wurden in die CGIAR eingegliedert. Diese bezeichnet sich als eine informelle internationale Vereinigung von vierzig staatlichen und privaten Geldgebern und fungiert als globale Finanzierungs-, Beratungs- und Ausbildungsorganisation, die sich über den Status der Informalität de facto einer öffentlichen Kontrolle entzieht. Die Rockefeller- und die Ford-Stiftung regten den Aufbau eines international neuen Forschungsnetzwerkes an, in denen private Zentren – wie CIMMYT (Mais und Weizen in Mexiko) und IRRI (Reis, bis dahin überwiegend auf Philippinen), in den 70er Jahren die bekanntesten Zentren – eingebunden werden konnten. Bis dato sind daraus siebzehn, auf allen Kontinenten der Erde agierende Organisationen geworden (Abkürzungsverzeichnis sowie Überblick der wichtigsten Agrarforschungszentren im Anhang). Zu Mitgliedern und finanziellen Unterstützungen des CGIAR gehören namhafte Organisationen wie GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit), Weltbank, Amerikanische und Asiatische Entwicklungsbank. (Mooney / Fowler 1991, S. 168).

Die CGIAR arbeitete in den 70er Jahren nach wie vor eng mit der FAO zusammen, übernahm das Patronat über die Agrarforschungszentren CIMMYT und IRRI, die in der Nähe der UN in Washington/USA angesiedelt, in der Öffentlichkeit mit der UNO assoziiert werden sollten, obwohl privat finanziert und tätig. Als 1972 auch das UN-Umweltschutzprogramm UNEP sich des Schutzes pflanzlicher genetischer Ressourcen annahm, wurde der Internationale Rat für Pflanzengenetische Ressourcen, IBPGR, gegründet. In diesem wurde der UNEP ein ständiger Sitz zugesprochen. Unter dem Vorsitz des Anwaltes Demuth gemeinsam mit landwirtschaftlichen Spezialisten für Dritte-Welt-Länder hatte diese Organisation zehn Jahre später als Saatgutsyndikat (vor allem für Getreide) in 300 Länderexpeditionen über 120.000 neue Samenproben, d. h. einen Gen-Pool von 120 Fruchtarten in 80 Ländern gesammelt. (Mooney / Fowler 1991, S. 167) In den 80er Jahren wurde diese internationale Sammlerorganisation um die MIRCEN (mikrobiologische Forschungszentren) erweitert und Wissenschaftler ausgebildet, von denen mehr als 39% aus den Industrieländern kommen. (Mooney / Fowler 1991, S. 201)

Politisch war damals bereits absehbar, daß die genetische Vielfalt im Süden, die genetische Armut

im Norden liegt; Genbanken sammeln im Süden, werden aber vom Norden kontrolliert.

„Ende der 80er Jahre hat sich der Kampf um die Kontrolle des Zuchtmaterials – das Saatgut und die in ihm enthaltenen Gene – in ökonomischer und politischer Hinsicht verschärft. Sowohl Nationen wie auch Unternehmen konkurrieren jetzt um Zugang zum Keimplasma der Welt und dessen Nutzung.“ (Mooney / Fowler 1991, S. 15)

1970 machte beispielsweise der direkte Input von Keimplasma aus der Dritten Welt circa ein Drittel beim Sommerweizenanbau der USA aus. 1983 war der Anteil des resistenteren Keimplasmas aus der Dritten Welt auf circa die Hälfte des gesamten Sommer- und Winterweizenanbaus der USA gestiegen.

Betrachten wir die heutige Nahrungspflanzenautarkie nach den Ursprungsregionen, ergeben sich in etwa folgende Relationen: Industrieländer 6,4%, Afrika 12,3%, Lateinamerika 52,5%, Asien 56,8%.

An der Peripherie des offiziellen Systems befindet sich die IUCN und ihre Schwestergesellschaft, der Worldwide Fund for Nature (früher World Wildlife Fund), der 1984 vom vorwiegenden Pandaschutz zu Pflanzen überging. Während Regierungen fast ausschließlich auf das Sammeln und Lagern gefährdeter Samenarten in Genbanken konzentriert sind (ex-situ-Konservierung), widmet sich die IUCN wilden Pflanzenrassen und der Notwendigkeit, Biotop-Reservate einzurichten (in-situ-Konservierung). (vgl. Mooney / Fowler 1991, S. 169)

TECHNIK UND KAPITAL

Die in den 70er Jahren propagierte grüne Revolution, welche nunmehr von der gentechnologischen abgelöst werden soll, proklamierte die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion durch superertragreiche Sorten. Dieses Technologiepaket von Saatgut, Herbi-, Fungi- und Pestiziden teilweise gekoppelt mit entsprechender Motorisierung und Spezialisierung sollte vor allem Ländern der Dritten Welt zu einer ausreichenden Nahrungsmittelselbstversorgung verhelfen.

Bereits 1987 hatten sich die Machtverhältnisse soweit etabliert, daß die Kontrolle über zwei Drittel der Sammelbestände von weltweit am meisten angebauten Hauptfruchtarten in den Händen der Industrieländer lag. Im gleichen Jahr wurde von der FAO und dem Internationalen Rat für Pflanzengenetische Ressourcen (IBPGR) eine weitere Kommission ins Leben gerufen, welche den Austausch von pflanzengenetischen Ressourcen regeln und kontrollieren sollte, die IUPGR (International Undertaking on Plant Genetic Resources).

Die Gründung der ersten Agrarforschungszentren (beispielsweise in Mexiko und den Philippinen) erfolgte offiziell unter anderem zum Zweck der Erhöhung der Produktivität der Landwirtschaft in der Dritten Welt, ein nachweislich nicht erfülltes Ziel.

Dies hinderte Geldgeber, Wissenschaftler und Politiker jedoch nicht daran, das organisatorische Netzwerk auszubauen und auf unumgänglich definierte Aufgabenbereiche auszudehnen.

1992 betrug das Budget der CGIAR als informelle Vereinigung der siebzehn globalen Agrarforschungszentren circa 250 Millionen US-Dollar. Aus Westeuropa kommen 33%, Kanada und die USA sind mit 26%, der pazifische Raum mit 13% und andere zum Teil UN-nahe Organisationen mit weiteren 26% beteiligt. Österreichs Anteil beläuft sich auf 1,5 Millionen US-Dollar, rund 0,7% des CGIAR-Budgets. (vgl. Ruckenbauer 1995, S. 31)

In den Industrieländern, wo sie vor allem als eine technische Revolution bezeichnet wurde, hinterließ die Grüne Revolution

- erhöhte Agrarbudgets durch enorme Überproduktion;
- Verarmung an vielfältigen Nutzpflanzen durch Monokulturen;
- Belastungen und Schäden der Umwelt durch hohen Einsatz an „chemischen Betriebsmittel“;
- eine sozioökonomische Selektion in der Landwirtschaft, weil den Schritt zur Spezialisierung mit entsprechendem Kapitalaufwand lediglich relativ große Betriebe schafften, während der überwiegende Teil in den *Zu- und Nebenerwerb* abwanderte.

LANDWIRTSCHAFT AM BEISPIEL ÖSTERREICHS

Eine weitere *soziale Konsequenz* war eine Feminisierung der Landwirtschaft. Besonders in den 70er und 80er Jahren bedeutete die Abwanderung in den *Zu- und Nebenerwerb* die Annahme einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit, für die aufgrund der besseren Bezahlung überwiegend die männliche Arbeitskraft des bäuerlichen Familienbetriebes in Frage kam. Konsequenterweise betreuen in der gesellschaftlich „normalen“ Arbeitszeit überwiegend Frauen den Hof und erledigen anfallende Arbeiten, selbst wenn besondere Arbeiten in der „übrigen Freizeit“ vom Mann übernommen werden können.

LANDWIRTSCHAFT IN ÖSTERREICH:

Anzahl der Betriebe:

1960: 396.000; 1970: 362.000; 1993: ca. 267.000

Vollerwerbsbetriebe:

1960: 51%; 1970: 47%; 1993: 30%

Zu- und Nebenerwerbsbetriebe:

1960: 47%; 1970: 51%, 1993: 67%

Betriebe von juristischen Personen:

1960: ca. 2%; 1993: ca. 3%

In Österreich sind zudem starke Einkommensunterschiede in Produktionsgebieten üblich, sodaß neben dem „geschlechtlichen“ Einkommensgefälle ein regionales zu beachten ist. Der seit den 80er Jahren von der Agrarpolitik forcierte *Zuerwerb* über den

Tourismus („Urlaub am Bauernhof“) bedeutet eine zusätzliche Arbeitsbelastung vor allem für Frauen, zumal aufgrund der traditionell geschlechtlich getrennten Arbeitsbereiche „Hauswirtschaft“ und „Landwirtschaft“ eine etwaige Mehrarbeit in der bäuerlichen Hauswirtschaft anfällt, für den die Bäuerin zuständig ist.

Beim heutigen Trend zu Landschaftsschutz und Landschaftspflege ist zu beachten, daß jene Landschaftselemente als wertvoll angesehen werden, welche am wenigsten von dieser Industrialisierung betroffen sind: Raine, kleinstrukturierte Felder, Streuwiesen, teilweise auch Berg- oder Erschwerzonen. Nicht mechanisierte oder extensive Flächenbearbeitung heißt aber meistens ein Mehr an manuellen Arbeiten, um diese Flächen zu pflegen – und bei Handarbeit ist die „Familienarbeitskraft“ besonders aufgerufen – zuerst Frauen, dann Kinder, weitere Verwandte usw. Sowohl in der GAP/EU (Gemeinsame Agrarpolitik der EU) wird von der bäuerlichen Landwirtschaft und deren Familienarbeitskraft sowie einer multifunktionellen Landwirtschaft gesprochen, die von Fremdenverkehr über Energierohstoffe bis zur „sozialen Funktion des Auffangens von Arbeitslosen“ reicht (vgl. Wohlmeyer 1991). Es steht in ganz Österreich kein Land zur Verfügung für jene, die Landwirtschaft betreiben wollen, aber keines besitzen. Im Gegensatz dazu wird bei jenen, die Land besitzen und dieses über die familieneigene Arbeitskraft behalten wollen, alles getan, um sie davon zu „befreien“.

Daher bleibt bei einer aktuellen Debatte über Art und Weise der landwirtschaftlichen Produktion, die generell unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit geführt wird, die Frage zu beantworten, ob mit heutiger Landschafts- und Naturschutzkonservierung auch der Status entwerteter Frauenarbeit festgeschrieben wird? Nicht der produktive Nutzen wird entgolten, sondern die Konservierungsarbeit – ist der produktive Nutzen einer Nahrungsmittelherstellung in die multinationalen Konzerne und Labors abgewandert beziehungsweise von diesen monopolisiert?

Der Preis, den Entwicklungsländer für die grüne Revolution zahlen, ist nach Spangenberg (1994, S. 84-90):

- Landkonzentration einerseits und massenhafte Arbeitslosigkeit andererseits.
- Vernichtung von Arbeitsplätzen und Landflucht, Belastungen der Zahlungsbilanzen der Staaten des Südens. Cash-crop-Plantagen, die eigentlich Devisen bringen sollten, trugen eher zur Verschuldung bei. Die Erwartungen bezüglich Exporterlösen konnten meist nicht eingehalten werden, aber das „Technologiepaket: Saatgut, Düngemittel und Pflanzenschutzmittel“ mußte aus den Industrieländern oder den „neu industrialisierten Ländern“ teuer eingekauft werden.
- Verdrängung der landwirtschaftlichen Eigenbedarfsproduktion (vgl. Spangenberg 1994, S. 86f)

und daneben meines Erachtens teilweise eine Abhängigkeit von Nahrungsmittelhilfen, weil die eingesetzten Produktionsflächen meist keinen Anbau zum Konsum in den jeweiligen Ländern vorsahen.

- Hohe Ernteverluste durch anfällige Nutzpflanzen, vor allem sogenannte „Hohertragsorten“.
- Ökologische Verödung durch hohe Verluste in der Artenvielfalt von Nutz- und Wildpflanzen.
- Anfang der 80er Jahre setzte eine weitere Differenzierung und somit Risikoverlagerung ein: Während der Düngemittelmarkt den Anbietern aus der „Zweiten und Dritten Welt“ überlassen wird, dominieren im prinzipiell teureren Pestizidmarkt die Industriestaaten als Anbieter.
- Durch den Zwang zu Monokulturen und daneben ausgeprägte Resistenzbildungen gegen Herbi-, Pesti- und Fungizide dreht sich die Schraube des steigenden Chemieeinsatzes ständig nach oben.
- Vergiftung von Mensch und Umwelt durch Pestizide. (vgl. Spangenberg 1994, S. 84ff)

Bis Ende der 70er Jahre wurde Saatgut, auch in Österreich, von Genossenschaften verkauft und der Kontrolle staatlicher Prüfungsstellen unterzogen. Die Saatgutkontrolle diente anfangs der Überprüfung des in den Handel kommenden Saatgutes, um eine „Freisetzung“ von Schädlingen und Pflanzenkrankheiten zu verhindern. Besonders über die Zulieferung von Agrochemikalien (Dünge- und Pflanzenschutzmittel) gelang internationalen Agrar- und Chemiekonzernen das zunehmende Eindringen und die teilweise vollständige Übernahme des Saatguthandels.

In Österreich und Deutschland hatten etwa die Raiffeisengenossenschaften Baywa (Bayrische Warengenossenschaft, zur deutschen Raiffeisengruppe gehörig) den Chemiekonzernen Pioneer, Hi-Breed, Ciba-Geigy und Continental Grain den Markt für Markensaatgut überlassen, welches als Paket mit Herbiziden und Fungiziden verkauft werden konnte. (vgl. Mooney / Fowler 1991) Die Folge dieser Verbindung von Saatguthandel und Chemiepaket war eine zunehmende Resistenz von wichtigen Nahrungsmittelpflanzen und deren Schädlingen – welche gleichzeitig eine ständige Forschung und Weiterentwicklung in Richtung Gentechnologie im Nahrungsmittelsektor vorantrieb.

Mittlerweile beschränkt sich die gentechnologische Forschung nicht mehr auf pflanzliche Organismen, auch Gene von tierischen und menschlichen Organismen sind teilweise oder gänzlich decodiert oder bereits zum Patent angemeldet (vgl. Roth et al. 1994).

Nach Schätzungen einschlägiger Finanz- und Biotechnologie-Zeitschriften wird der Weltmarkt für gentechnische Produkte 1990 35 Milliarden US-Dollar und im Jahr 2000 145 Milliarden US-Dollar umsetzen. Die unterschiedlich euphorischen Einschätzungen rechnen im Jahr 2000 mit Produkten aus dem Bioreaktor im Wert von 25–200 Milliarden US-Dollar. Im Jahr 2000 sollen demnach bis zu

70% des Bruttoinlandsproduktes der USA mit Biotechniken in Zusammenhang stehen, sodaß laut OECD „Umwelttechniken“ die Umsätze in Computertechnologien überholt haben sollen. (vgl. Madörin 1994, S. 20)

Globale Akteure in diesem Markt des Lebens, der mittlerweile nicht mehr ausschließlich Saatgut betrifft, sind auch in der Human- und Veterinärmedizin tätige Pharmakonzerne.

GlobALE SAATGUTHÄNDLER:
(Umsätze in Millionen US-Dollar):

Royal Dutch/shell: rund 700; Pioneer Hi-Breed: rund 600; Sandoz: rund 350; Cardo: rund 300; Dekalb-Pfizer: rund 200; Ciba Geigy: rund 150.

Die Schweizer Konzerne Ciba-Geigy und Sandoz kontrollieren nach ihrer Fusionierung gemeinsam mehr als 21 Getreidesorten, aus denen mehr als 250 Sorten Saatgut hervorgegangen sind, womit sie zum weltweit führenden Saatgutkonzern aufstiegen, gefolgt vom amerikanischen Multi Dekalb-Pfizer mit rund 150 Saatgutsorten.

1981 noch waren die zehn größten Saatguterzeuger von Dekalb-Pfizer angeführt worden, der 6% aller Sorten und 8% der privaten Sorten kontrollierte, die global führenden zehn Multis kontrollierten 31% aller Sorten und 43% der privaten Sorten.

Gerade der Schulteranschluß (momentan zur Prüfung der EU-Kommission vorgelegt) der beiden Schweizer Pharma und Chemiekonzerne Ciba Geigy und Sandoz bekommt dadurch zusätzliches Gewicht, als sie im Pestizid-Markt zu den global führenden Unternehmen zählen werden und im OECD-Raum de facto das Zuckerrüben-Monopol besitzen (gemeinsam 248 Sorten), und beide im Pharmabereich sowohl der Veterinär- als auch der Humanmedizin tätig sind. (vgl. Madörin 1994)

Derzeit werden folgende Techniken angewandt:

- *Biotechnologische Verfahren* (stark vereinfacht) auf Rekombinierung der DNA beruhend: Herstellung biologisch verfügbarer Stoffe, die chemisch manipuliert werden wie Enzyme, Hormone usw. für die Gene von *Mikroorganismen* (Bakterien),
- direkte *Genmanipulation von Organismen* (meist pflanzliche, aber im Versuch auch tierische) – z. B. flavr savr – Anti-Matsch-Tomate.
- *transgene Nutzpflanzen* werden manipuliert, indem beispielsweise die Genabschnitte herbizidresistenter Unkräuter in ihre Gene eingeschleust werden (vgl. Österreich: erste Freisetzungen der Kartoffel in Seibersdorf und IFA Tulln)
- *Tiere* werden durch Embryonentransfers bis zur Identifizierung und Decodierung ihrer und menschlicher Gene, die in bestimmten Abschnitten direkt manipuliert werden sollen, technischen Eingriffen unterworfen.

SAMMELN, FORSCHEN, ENTWICKELN

Wie erwähnt, waren die Samenbanken die Vorläuferinnen der Genbanken im tierischen wie im pflanzlichen Bereich. Abgesehen von wenigen in den letzten Jahren entstandenen Privatinstituten für Gen- und biotechnologische Forschungen, die zusehends in multinationale Konzerne eingegliedert werden, sind universitäre und staatliche Institutionen sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene Träger dieser Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten. Im Nahrungsmittelsektor (ähnliches gilt für die medizinischen Versorgung) hatte bisher der Staat eine tragende Rolle, da die Subventionen im Agrarbereich die relativ billige Verfügbarkeit von Lebensmitteln für alle BewohnerInnen sicherstellen sollten. Abgesehen von der Tatsache, daß die private Kontrolle von Nahrungsmitteln auch beinhaltet, die Existenz der Menschen zusehends einer privatwirtschaftlichen Kontrolle anheimzustellen (die vor allem nach den Gesetzen der Gewinnmaximierung agiert), wird die finanzielle Vorleistung (Forschung, Entwicklung) von öffentlicher Hand mitfinanziert. Die Profiteure der öffentlich finanzierten Versorgungsleistungen sind zumindest langfristig multinationale Konzerne. Hier gilt es zu überlegen, ob zukünftige Gesellschaften sowohl bei Nahrungs- als auch Arzneimitteln als auch in der Gesundheit von einigen multinationalen Konzernen abhängig sein wollen, wobei die Staatsfinanzen und damit auch die Steuergelder oder „sozialen Leistungen“ von allen StaatsbürgerInnen mit dazu beitragen, Agrar- und Chemiekonzernen die Profite zu organisieren.

Um neue Technologien, so risikobehaftet sie sein mögen, gesellschaftlich durchzusetzen, müssen sie erst „gesellschaftsfähig“ gemacht werden. Hynes, eine amerikanische Soziologin, hat einige Faktoren identifiziert, die besonders in der öffentlichen Diskussion kennzeichnend sind, wenn gesellschaftliche Entscheidungen anstehen, in welche Richtung technische Entwicklung gehen soll. Indem sie Debatten und politische Strategien in den USA um die Atomtechnologie mit jenen der Biotechnologie vergleicht, stellt sie folgende parallele Merkmale fest:

- Es wird ein Mythos um die Notwendigkeit der neuen Technologie geschaffen, wird sie erst auf dem diskursiven Weg akzeptiert, dann kann sie später als unvermeidlich dargestellt werden.
- Politik und gesellschaftliche Regulative entwickeln sich primär in Richtung Schutz der neuen Technologie.
- Die Politik der Meinungsbildung über ethische Analysen und Technikkritik hinken hinter den tatsächlichen technischen Entwicklungen her.
- Jene, die neue Technologien entwickeln, fordern und davon profitieren, sind nicht dieselben, die unter den Risiken leiden.
- Die neue Technologie wird nicht als eine unter vielen möglichen Lösungen präsentiert, sondern als

dominierende. Alternative Techniken werden ausgeblendet oder in Verruf gebracht.

– Etwaige Risiken werden bagatellisiert, ein positives Image wird aufgebaut (vgl. Hynes 1989, S. 125–154).

Beispielhaft wäre der „Mythos des Hungers“ anzuführen, der auch „aufgewärmt“ wurde, ähnlich wie in den Zeiten als es um die Erreichung gesellschaftlicher Akzeptanz für eine „Grüne Revolution“ ging.

NAHRUNGSMITTEL

Das Hungerproblem der Dritten Welt wäre durch „Supersorten“ mit einem Schlag zu lösen, bei zunehmendem Bevölkerungswachstum entsteht ein erhöhter Nahrungsmittelbedarf.

Abgesehen davon, daß bereits 1988 von FAO-Vertretern festgestellt wurde, daß mit circa 80% der weltweiten Nahrungsmittelproduktion die Ernährung der fünf Milliarden Menschen quantitativ gesichert ist, das heißt, daß die mangelnde Ernährung vor allem ein Verteilungsproblem ist – wird der Mythos aufgebaut, daß Bevölkerungswachstum als Problem schlechthin technologisch zu lösen sei. Vor allem die Gebärfähigkeit von Frauen wird zum Weltproblem gemacht.

Frauen sind strukturell bedingt mehrheitlich Konsumentinnen und für menschliche Reproduktion zuständig. Ob in der Lebensmittelherstellung oder Medizin ist Information eine Holschuld. Die in der Kennzeichnung, wenn überhaupt verpflichtend vorgesehenen, in Codes vermittelten näheren Informationen sind Expertenwissen. Die von Professionisten auf hochdotierten Arbeitsplätzen entwickelten Herstellungsverfahren müssen von Konsumentin und Konsument erst entschlüsselt und in ihrer Anwendung verstanden werden können (Codierung von Lebensmittel).

In den Entwicklungsländern wird mit dem Argument des technisch lösbaren Hungerproblems genau jene Gruppe ausgeblendet, nämlich jene Frauen, die mit Eigenbedarfsproduktion nicht nur ihre Familien ernähren, sondern über lokale Märkte einen beträchtlichen Teil mehr zur Nahrungsmittelversorgung beigetragen haben als eine „Grüne Revolution“.

IMAGE VERBESSERN

In der Humanmedizin wird in verharmlosender Diktion nicht mehr von „Hormonen“, sondern von „Somatotropin“, „Melatonin“ usw. gesprochen, so daß einer fachlichen Kompetenz das Vertrauen um Wissen und Urteil von Derivaten, Zusatzstoffen usw. anheimgestellt werden muß. Weil nachweislich bereits Schädigungen vor allem in der medizinischen Anwendung eintrat (z. B. Humaninsulin, Todesopfer der IVF-Medizin usw.) wird versucht, mit einem Vokabular wie „Mittel gegen krankmachende

Zellen“ Gefahren zu verharmlosen oder vorzugeben, daß eine Anwendung risikofrei erfolgen kann.

In der Agrarforschung hingegen ist die Ideologie von Bevölkerungswachstum und „-explosion“ das politische Argument, mit dem eine gentechnische Orientierung der landwirtschaftlichen Produktion begründet wird. Ideologie deshalb, weil Hunger auch ein Problem ist, das politisch durch eine gerechte Verteilung gelöst werden könnte. Hinter dem Mythos von zu wenig tragfähigem Land für zu vielen Menschen verbirgt sich neben dem eurozentristischen (rassistischen) Menschenbild auch meist ein frauenfeindliches.

Momentan absehbare Forschungsausrichtungen zielen jedoch auf:

- nachwachsende Rohstoffe (als Energiequelle für motorische Mechanik)
- herbi-, fungi- und pestizidresistentere Nutzpflanzen (noch mehr Absatz für Konzerne)
- Steigerung bestimmter Pflanzeninhaltsstoffe zur weiteren technischen Nutzung

Mit diesen Argumenten zur gesellschaftlichen Durchsetzbarkeit der neuen Gentechnologie sollte die Aufmerksamkeit auf strukturelle Zusammenhänge gelenkt werden, die in einer öffentlichen Diskussion selten mitgedacht werden.

Zusammenfassend läßt sich festhalten: Der globale Markt des Lebens ist gegenwärtig nicht nur mehr auf grundlegende existenzielle Bedürfnisse wie Nahrungsmittel als Lebensgrundlage beschränkt. In dieser Weise wurde er noch Ende der 70er Jahre definiert. Wir sprechen weder von einem „freien Markt“ noch von einem Markt, der von einer gesellschaftlichen Öffentlichkeit organisiert ist, sondern von einem privat organisierten Markt, der von globalen Unternehmen kontrolliert wird: dieser ist oligopolisiert mit Tendenzen zum Monopol in einzelnen (Nahrungsmittel)Sektoren.

Er handelt auch nicht mehr nur mit existenziellen Grundlagen des menschlichen Lebens, sondern mit der belebten Natur selbst. Gene von pflanzlichen, tierischen Organismen und von Menschen stehen zur Patentierung an oder sind bereits patentiert. Allmählich setzt sich im globalen Zusammenhang eine Technologie durch und wird gesellschaftsfähig, die in ihrer Dimension mit keinem bisherigen – oder höchstens mit einem „Manhattan Projekt“ des Lebens charakterisierbar ist.

Weiteres Charakteristikum sind die strukturellen Umstände, wonach der Süden liefert, der Norden kontrolliert, die Kontrolle in den Händen einer weißen männlichen Elite ist, die, ermächtigt von den nationalen öffentlichen Institutionen, bestimmt, was und wie Leben zu sein hat; der Same in neuem Design wird in ein passives Nährmedium gesteckt. Frauen sind aus dem aktiven Leben ausgeschlossen.

ANHANG:

IM TEXT VERWENDETE ABKÜRZUNGEN:

- CGIAR: Consulting Group on International Agricultural Research; hat ihren Sitz in Washington/USA, informelle Vereinigung von vierzig staatlichen und privaten (darunter Rockefeller- und Ford-Stiftung) Geldgebern
- CIMMYT: Centro Internacional de Mejoramiento de Maiz y Trigo; hat ihren Sitz in Mexiko, DF./Mexiko. Weltzentrum für Maisforschung, hatte auch weltweiten Erfolg in der Weizenforschung; besitzt seit einigen Jahren Großforschungseinrichtungen für Nutzung von Gentechnologie im Pflanzenbereich
- IRRI: International Rice Research Institute, mit Sitz in Manila/Philippinen; wissenschaftliches Weltzentrum der Reisforschung, hier werden die neuesten gentechnologischen Errungenschaften in der Reisforschung angewandt
- FAO: Food & Agricultural Organisation; Sitz in Rom/Italien, UN-Organisation zur Verbesserung der weltweiten Nahrungsmittelversorgung, fast alle UN-Mitgliedsstaaten sind auch an dieser Organisation beteiligt, hat sich relativ lange bemüht, den Aufgabenbereich des IBPGR abzudecken – dies hätte vor allem höhere Kontrolle und Einflußnahme auf genetische Ressourcenpolitik bedeutet, von den Mitgliedstaaten der „Dritten Welt“ ermöglicht.
- UNEP: United Nations Environmental Programm; Umweltschutzprogramm der UN, existiert seit 1972, politisches Aufsehen erregte der „Umweltgipfel in Rio“ 1994.
- IUCN: Internationale Union für die Erhaltung von Natur und Naturschätzen, weltweite Verband von kleineren und größeren Naturschutzgruppen, unter denen der Worldwide Fund for Nature einer der größten und bekanntesten ist.
- IBPGR: International Board for Plant Genetic Resources, Sitz in Rom/Italien; zuständig für den weltweit ungehinderten Zugang zu genetischen Ressourcen, koordiniert wirtschaftlich-technische Informationen und Genbanken für Saat- und Pflanzgut.
- IFPRI: international Food Policy Research Institute, Sitz in Washington D.C./USA; Institut zur Förderung „nachhaltiger Agrarwirtschaft“, versteht sich als Verbindungsorganisation zwischen nationalen und globalen Agrarhandelszentren.

WEITERE WICHTIGE AGRARFORSCHUNGSZENTREN, DIE ZUM CGIAR-VERBAND GEHÖREN (vgl. Ruckenbauer 1995, S. 31ff):

PFLANZENFORSCHUNG:

- CIAT (Centro Internacional de Agricultura Tropical, Cali/Kolumbien): Pflanzenzüchtung für Bohnen, Kassava, Reistropische Futterpflanzen, Agrarökologie im tropischen Amerika
- CIP (Centro Internacional de la Papa, Lima/Peru): Kartoffel, Süßkartoffel, Wildkartoffel
- CARDA (International Center for Agric. Research in the Dry Areas, Aleppo/Syrien): Nutzpflanzen der trocke-

nen Subtropen und Tropen wie Linse, Kichererbsen, Durumweizen, Kleearten (subtr.)

- ICRAF (International Centre for Research in Agroforestry, Nairobi/Kenia): Agroforestry- Systeme
- ICRISAT (International Crops Research Institute for the Semi-Arid Tropics, Andhra Pradesh/Indien): Sorghum, Hirse, Kichererbse, Kuherbse, Erdnüsse
- IIMI (International Irrigation Management Institute, Colombo/Sri Lanka): Landwirtschaft, Bewässerung und Beregnung
- IITA (International Institute of Tropical Agric, Ibadan / Nigeria): Mais, Kassaava, Kuherbse, Yam, Sojabohnen und andere Leguminosen
- INIBAP (International Network for the Improvement of Banana and Plantain, Montferrier-sur-Lez/Frankreich): Bananen
- WARDA (West Africa Rice Development Association, Bouake/Cote d'Ivoire): Entwicklung von Trockenreis

TIERPRODUKTION:

- ICLARM (International Center for Living Aquatic Resource Management, Makati/Philippinen): Erbkrankheiten von Fischen und Weichtieren
- ILCA (International Livestock Center for Africa, Addis Abeba/Äthiopien): Domestikation von wildlebenden Tierarten, züchterische Weiterentwicklung von Nutztierarten
- ILRAD (International Laboratory for Research on Animal Diseases, Nairobi/Kenia): Erbkrankheiten in afrikanischen Tierpopulationen

LITERATUR:

- Hynes, Patricia (Hg): *Reconstructing Babylon. Women and Technology*. Earthscan, London 1989
- Koechlin, Florianne: Kontrollierte Nahrung, kontrollierte Existenz, in: Roth, Claudia (Hg): *Genzeit*, Limmat, Zürich 1994, S. 37-55
- Madörin, Mascha: Der Kampf um neue Märkte, in: Roth, Claudia (Hg): *Genzeit*. Limmat, Zürich 1994, S. 15-35
- Mooney, Pat: *Seeds of the earth*. Ottawa, 1979
- Mooney, Pat / Fowler, Cary: *Die Saat des Hungers*. Rororo, Reinbek 1991
- Präko (Präsidentenkonferenz der österreichischen Landwirtschaftskammern): *Zahlen '92 aus Österreichs Land- und Forstwirtschaft und Zahlen '94 aus Österreichs Land- und Forstwirtschaft*. Eigenverlag, Wien 1993, Wien 1995
- Roth, Claudia (Hg): *Genzeit*. Limmat, Zürich 1994
- Ruckenbauer, Peter: Die Bedeutung der Gentechnik für die Landwirtschaft in der „Dritten Welt. In: Berger / Steger-Mauerhofer (Hg): *Gentechnik, Chance oder Gefahr für die Dritte Welt*. Enquete des Renner Institutes, 28.01.1994, Dokumentation, Wien 1995, S. 30-34
- Spangenberg, Joachim: *Das grüne Gold der Gene*. Hammer, Wuppertal 1994
- Wohlmeyer, Heinrich: eigene Mitschrift eines Referates anlässlich der Vorbereitung eines Positionspapieres für UN-Umweltkonferenz in Rio 1994. Februar 1991, Wien

ANDREA HUSNIK

WAS VERBINDET ÖKOLOGIE MIT DER ÖKONOMIE EINES SAUBEREN JOGHURTBECHERS?

Was haben Frauen, Geld, Ökonomie und Ökologie miteinander zu tun? Wenn wir uns den Begriff Ökologie ansehen: Heim und Haushalt (OIKOS) fallen in den Zuständigkeitsbereich der Frauen. OIKOS steckt als Vorsilbe öko sowohl in oikos-nomie als auch in oikos-logie (Schultz 1994). Im Ökologiezeitalter dehnte sich der private zum „globalen“ Haushalt aus. Daher wird auch den Frauen die unbezahlte Aufgabe der Fürsorge zugeschätzt, nicht nur traditionell bedingt für das Heim, sondern auch für Welt und Natur. Spiegelt sich der Mikrokosmos des Haushaltes im Makrokosmos des Welthaushaltes wieder?

IST-ZUSTAND

In Wien sind vier Fünftel der Frauen berufstätig. Das Österreichische Statistische Zentralamt stellte in einer Studie im Auftrag des Familienministeriums fest, daß Frauen die Hälfte des Bruttoinlandproduktes erwirtschaften, sofern die Arbeit in Haushalt und Familie in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einbezogen wird. „Die Lage der Frau ist unverändert, mehr Arbeit für weniger Geld“, „beim Einkommen ist von Gleichheit keine Rede“. Dies waren Stehsätze bei der Präsentation des Berichtes „Frauen in Österreich 1985–1995“. Altbekanntes wurde da bestätigt. Knapp 63% der Frauen sind berufstätig, wobei sie nach wie vor um ein Drittel weniger verdienen. Der Zeitaufwand der Frauen für Hausarbeit und Kinderbetreuung ist mehr als doppelt so hoch wie der der Männer. Sobald Paare verheiratet sind, steigt er für Frauen deutlich an. Dann sind sie im Schnitt fünf Stunden und zehn Minuten mit Haushalt und Kindern beschäftigt, während Männer diesen Arbeiten nur fünfundvierzig Minuten widmen (feminista 1/96). Eine eigene Versicherung und Pension für „Nur“-Hausfrauen und die gesetzliche Verankerung der partnerschaftlichen Teilung der Familienarbeit sind einige der möglichen Schritte, um das Ungleichgewicht zu beseitigen.

„Die UNO stellte fest, daß Frauenprobleme überall in der Welt dasselbe Gesicht haben, auch wenn ihr Ausmaß variiert. Frauen fehlt es an eigenen Ressourcen. Ihre Versorgung und die ihrer Kinder obliegt vom Grundsatz her Ehemännern und Vätern. Der Zugang zu Bildung und Ausbildung, Politik und Öffentlichkeit ist Frauen grundsätzlich erschwert, wenn nicht gänzlich versperrt. Ökonomisch sind sie mit ihrer Arbeit im Haushalt unselbständig, unsichtbar und Mitglied eines Sozialverbands, der einem männlichen Familienoberhaupt zugerechnet wird. Ihre Arbeit für sich und andere erlischt im Versorgungskonglomerat Familie“ (Stiefel 1996).

Noch rechtzeitig vor der Weltfrauenkonferenz gab die Weltbank das Heft „Auf dem Weg zur Gleichberechtigung“ mit erstaunlichen Informationen heraus. Die Welternährungsorganisation FAO berichtet von Nachteilen, die afrikanische Frauen durch die Privatisierung von Gemeinschaftsland erlitten. Grundstücke, die früher von ihnen für den Eigenbedarf ihrer Haushalte bebaut worden waren, wurden den Familien zuteilt. Die von Frauen erwirtschafteten Erträge fielen den Ehemännern zu und die Frauen erhielten, wenn überhaupt, schlechte Parzellen. Das Familienoberhaupt erzielt dadurch zwar mehr Einkommen, die Versorgung des Haushaltes verschlechterte sich jedoch. Mit Nachdruck betonten Weltbankexperten, Ungleichheit zwischen Männern und Frauen sei ein Hemmschuh für wirtschaftliches Wachstum und behindere die Effizienz und Produktivität. Frauen sollen offenbar in die Lage versetzt werden, ohne patriarchale Behinderung autonom und eigenständig das Überleben der Familie zu sichern. Daß Erträge aus Investitionen in Ausbildung und Gesundheit der Frauen höher seien als bei Männern. Die Wirklichkeit – wie z. B. Barrieren am Arbeitsmarkt, denen sich Frauen weltweit gegenübersehen – widerspricht jedoch der Marktlogik der Weltbank. Ungeniert bezeichnet diese die Widerstände männlicher Ökonomie als Marktversagen und Ursache für diese Schiefelage in der Ökonomie des Haushaltes. (Stiefel 1996) Ein Hoffnungsschimmer am Horizont des Umdenkens?

Staatlicher Sozialabbau und die Ökologisierung gesellschaftlicher Frauenarbeit sind nicht zwei getrennte Tendenzen, sondern in strukturellem Zusammenhang in der Krise als gesellschaftliche Erfahrung. Frauenarbeit und kulturelle Weiblichkeit wird am Maßstab eines menschentleerten Begriffs des „Naturhaushaltes“ moralisiert. (Schultz 1994).

Die Plastikmüllsammel-Pädagogik, zu der Hausfrauen verdonnert wurden, ist ein deutliches Beispiel der Feminisierung der Verantwortung. Ein Abschieben der Arbeit auf unbezahlte (Haus)frauentätigkeit rechnet sich volkswirtschaftlich immer. Hausarbeit wird moralisiert und die Zuständigkeit bleibt zum großen Teil bei den VerbraucherInnen. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die sich für den Mann als funktionell erwies, wird somit weiterhin stabilisiert. Eine Umorientierung vom Wohlstand zum Wohlbefinden muß gefunden werden, soll es um die Gerechtigkeit, aber auch um das Überleben aller gehen. Nach Christine Thürmer-Rohr (1987) sollten Frauen ihre Dienstleistungsmoral verweigern und damit zu eigener Handlungsfähigkeit kommen im Gegensatz zu Carol Gilligans These, wonach die Moral der Frauen sich an Fürsorglichkeit, Beziehungshaftigkeit und Kon-

textualität statt an abstrakten Grenzen orientiert und zu einer gewissen Dienstleistungsmoral führt. Diese Moral differenziert auch nicht Frauen als Lesben, Amazonen, schwarz, weiß etc. (Praetorius 1994).

REALITÄT UND UTOPIE

Ein interessantes Beispiel, wie es anders gehen kann, vor allem unabhängig von Weltbank und herrschenden Wirtschaftssystemen, ist die Stadt Juchitan in Mexiko. In dieser Handelsstadt von 80.000 EinwohnerInnen gehört Geld in Frauenhände. Rund 50% der erwerbstätigen Männer sind Bauern und Fischer, deren Frauen verkaufen die Produkte am Markt. Sie behalten das Geld und geben den Männern einen Anteil, Taschengeld sozusagen. Die „Mutter“ ist entscheidende soziale, ökonomische und emotionale Bezugsperson. Preise werden nicht primär nach finanziellen Rentabilitätskriterien festgelegt, sondern nach den sozialen Beziehungen zwischen Käuferin und Verkäuferin. Der Warentausch wird mit Geschenkausch, Hilfsdiensten oder Verpflichtungen im Rahmen der „Feste“ verrechnet. Wirtschaft und Gesellschaft werden also nicht voneinander getrennt behandelt. Die Frauen sind subsistenzorientiert und erzeugen, was notwendig ist zum vergnüglichen Leben, und nicht auf den Konsum hin, der allenfalls dazu dient, monopolistischen Weltmarktunternehmen noch mehr Profit und Macht zu verschaffen. Die Frauen von Juchitan sind stark, nicht weil sie Geld haben, sondern weil sie Frauenstärke besitzen, haben sie auch Geld und zwar ihres – Frauengeld. Denn, daß Geld nur eine sachliche, neutrale Funktion besitzt, ist Mythos. Bei uns hat es eine geschlechtliche Symbolik, ist Männersache, vor allem das „Vielgeld“. Das zerstörerische, viele Geld darf die Frau nicht haben. In Juchitan symbolisiert es nicht die Herrschaft über das weibliche Geschlecht, sondern bleibt bloßes Mittel zum Tausch von Dingen und Leistungen für den Lebensunterhalt. (Bennholdt-Thomsen 1994).

Der Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Zinssystem wird von Prof. Margit Kennedy thematisiert, ohne dabei auf feministische Aspekte einzugehen. Sie sieht das Zinssystem als das Übel, das die meisten Menschen ärmer und die Umwelt kaputter macht.

Andere, sehr praktische Ansätze sind ein neues Öko-Banking oder das Ökoinvestment. Manche heimische Banken bieten Ökosparbücher an und widmen ein Prozent der marktüblichen Zinsen für Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen. In Deutschland gibt es beispielsweise Banken, eine Ökobank in Frankfurt und Freiburg und die Bochumer GLS-Gemeinschaftsbank, die eine transparente Kreditpolitik betreiben, sodaß KundInnen entscheiden können, zu welchem Zinssatz und in welches Projekt sie ihr Geld investieren wollen. Die erste heimische Alternativbank entsteht erst in einigen Köpfen.

In circa vier Jahren sollen fünfzig Millionen Schilling den Start der Ökobank „EFEU“ ermöglichen. In einigen Ländern wie z. B. Pakistan oder Schweden gibt es sogar Frauenbanken. Geld regiert bekanntlich die Welt und macht Struktur. Wieviele Frauen nutzen die Möglichkeit nachzufragen, was mit ihrem Geld geschieht, das sie auf die Bank bringen?

Sehr phantasiereich ist das Tauschringssystem, auch LET-System genannt, das 1983 in Kanada entstand und auch bei uns vereinzelt anzutreffen ist. Dies ist der Versuch, einer Ökonomie zu entkommen, die einerseits unter systembedingtem Wachstumszwang leidet, andererseits unter einer wachsenden Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung, einem leistungslosen Zins-einkommen versus steigenden Zinslasten der privaten Haushalte: Menschen schließen sich in lokalen, überschaubaren Gruppen zusammen und gründen eigene Währungen. Am Schöpfwerk in Wien werden „WAFFELN“ (Wir Arbeiten Füreinander Für Einheitlichen Lohn) gehandelt. Waffeln, Ziegel, Stunden, Talente, Lets oder Green Dollars sind nur einige der Namen aus Österreich und Europa. Im LET-System kann nur Arbeit Werte schaffen. Die Verrechnungseinheit vermehrt sich nicht durch Zins- oder Spekulationsgewinne. TeilnehmerInnen lernen, ihre Leistungen, ihre entdeckten *Talente* selbst zu bestimmen, die sie dann mit anderen gegen deren Leistungen tauschen. Jedes „Geschäft“ schafft somit Zeitguthaben beziehungsweise -rückstände, die auf den entsprechenden Konten verbucht werden. Eine neue Form der Wertschätzung der Arbeit, auch der Reproduktionsarbeit wird in diesem System praktiziert (Südwind 7/8, 1996).

Die Wirtschaftsethikerin Ina Praetorius meint, der grundlegende Irrtum der Männerwirtschaft sei, Geld als einziges Tauschmittel anzusehen. Nur was mit Geld bezahlt wird, ist etwas wert. Frauen seien Ressourcen, um dem Mann ungehindertes Wirtschaften zu ermöglichen. „Der Beitrag der Frauen zur Wirtschaft ist ihr Geld“, „Ökonomie jenseits der Mann-zentrierten-Ordnung zu denken“ lautet ihr Aufruf bei der Europäischen Frauensynode in Gmunden, Juli 1996. Bei einem Vortrag in Wien, im Februar dieses Jahres, fragte sich Ina Praetorius, wo Frieden und Glück für alle seien, wenn man von Krise spricht, falls der Auto-Absatz stagniert und von Hochkonjunktur, wenn die Luft zum Atmen knapp wird? Wo sind Frieden und Glück für alle, wenn die Herstellung eines Kampfflugzeuges als Bedürfnis und damit als marktgerecht betrachtet wird, die Herstellung eines Mittagessens am heimischen Herd hingegen nicht. Grundidee einer „Weiberwirtschaft“, so Praetorius, müsse daher sein, Geld nur als eines von vielen möglichen Tauschmitteln wie etwa Mahizeit oder Geborgenheit anzusehen. Hauptaufgabe der „Weiberwirtschaft“ sei die Frage nach dem Sinn des Produktes und des Erwirtschaftens. Wäre es zum Beispiel sinnvoll, daß es 2.000 verschiedene Lippenstiftsorten gäbe, deren Vertrieb mit aufwendiger Werbung und Ankur-

belung von Konsumbedürfnissen gewährleistet sei? Das klänge alles sehr naiv und lächerlich. Was jedoch naiv sei, bestimme eine männliche Autorität. Frauen müßten daher selbst Autorität entwickeln und lernen, hinter die Kulissen der sogenannten Wirtschaftsexperten und ihrer Lächerlichkeit zu sehen.

Frauen besitzen ein hohes Maß an Kompetenz sowohl in Alltags- als auch in Fachbereichen. Ihr Wissen und ihr Lebensansatz muß sichtbar werden und in öffentliche Entscheidungen einfließen. Ein Mehr an Partizipation an der Macht für Frauen und ein Mehr an Partizipation an Verantwortung und Pflichten für Männer ist gefordert.

UTOPIE UND REALITÄT

1) AGENDA 21 – „SUSTAINABLE DEVELOPMENT“

Die Verteilung der Gewinne muß als Aufgabe der Politik gesehen werden, denn der Markt regelt so etwas nicht. Die großen Gewinne machen Männer. Frauen leisten eher gesellschaftlich nutzbringende Arbeit im Haushalt und in Klein- und Mittelbetrieben. Eine Entrivialisierung, eine Enthierarchisierung von Wirklichkeitsbereichen, eine neue Form des Wirtschaftens ist gefragt. (Feministische) Leitbilder für ein „zukunftsfähiges“ Österreich, Europa und eine zukunftsfähige Welt müssen gefunden werden. Der Begriff „sustainable development“, mit „Nachhaltiger Entwicklung“ nur mangelhaft wiedergegeben, wird zunehmend durch „zukunftsfähig“ ersetzt. Die umfangreichste Studie im deutschsprachigen Raum wurde vom Wuppertaler Institut unter dem Namen „Zukunftsfähiges Deutschland“ erstellt. Zurecht wurde und wird sie von Feministinnen kritisiert, da Frauen nur als Konsumentinnen in ihr auftauchen, nie als Akteurinnen des anzustrebenden „Umbauplans“.

„Eine geschlechterdifferenzierende Perspektive wird erst gar nicht eingeführt. Es kommen keine Sozialstrukturen vor, ebenso wenig wie die spezifischen Erfahrungen der Frauen“ (Schultz 1996).

„Es wird an keiner Stelle explizit erwähnt, daß Frauen die Last tragen werden, die sich aus dem ökologischen Umbau ergibt. Ausbeutungsstrukturen werden weiter verschärft. Die Studie arbeitet mit demselben Vernutzungsbegriff, Stichwort Effizienzrevolution, mit der die Natur beherrscht und geteilt wird. Es wurde ein absolut unkritischer Technologiebegriff verwendet und einige Bereiche wie z. B. die Reproduktionstechnologie sind nicht erwähnt worden.“ (Frauengruppe AG-BUKO, 1996).

Der Aktionsplan „Agenda 21“ wurde am Umweltgipfel 1992 in Rio abgesegnet. Er erwähnt im Kapitel 24 explizit die Rolle und Bedeutung der Frauen beim umweltpolitischen Prozeß „auf dem Weg ins nächste Jahrhundert“. Frauen investierten im Vorfeld dieser UN-Konferenz sehr viel Arbeit, um ihre Interessen in der Agenda zu etablieren. Angesichts der Tatsache, daß sie anfänglich in der Entwurfs-

fassung überhaupt nicht vorkamen, ist ihnen dies gut gelungen, obwohl der Zusammenhang von Frauen als Opfer und „Randgruppen“ weiterhin vorhanden ist und somit auch kritisiert wird. Weiterer Kritikpunkt ist, daß die Querschnittsbedeutung von Frauenperspektiven zwar offiziell deklariert, aber praktisch kaum eingelöst wurde. Frauen sollen die Trümmer von Wachstum und Fortschritt weiterhin weltweit aufräumen, gleichzeitig wird ihnen aber der Zugang zu Entscheidungsprozessen verwehrt. Frauen haben die Macht des Wegräumens, nicht aber des Geldes oder der Reparaturkonzepte. Daher fordern sie ein Gegenmodell der Entwicklung und erteilen der wachstumsorientierten Konzeption von „sustainable development“, wie im Brundtland-Bericht vertreten, eine klare Absage (Wichterich 1991). Da die Agenda 21 viele sinnvolle umweltbezogene und gesellschaftlich relevante Ansätze beinhaltet, sollte trotzdem bei jeder Gemeinde und vor Ort überprüft werden, was zur Umsetzung der Agenda getan wurde und wird, und ob beziehungsweise wie Frauen und ihre Lebenssituation dabei berücksichtigt werden. Dazu fand im März 1996 eine Fachtagung in Deutschland statt. So verwirrend und in vielen Bereichen unverbindlich dieses Konstrukt von „sustainable development“ ist, gibt es Frauen die Möglichkeit, solange noch alles in Diskussion und am Köcheln ist, mitzukochen. Dies geschieht nicht, wie erhofft, in Form der Einbeziehung als Arbeitspotentiallieferantin zur Bewältigung der ökologischen Krise, wie es aus Dokumenten im Umfeld der UNCED herauszuhören war, sondern als gleichberechtigte Partnerin und Gestalterin des „Welthaushaltes“. Das Ernstnehmen der Diskussion über vorsorgendes Wirtschaften wäre dabei nur eine Möglichkeit zur Veränderung, eine andere beinhaltet die Überlegungen zu einem gänzlich neuem Konsumverhalten.

2) KONSUMBEFREIUNGSBEWEGUNG

Einerseits versucht man, in einer gewissen Zeiteinheit möglichst viele Waren durch meist viel Arbeit anzuhäufen und einen Verlust und Mangel an lebensnotwendigen Gütern wie z. B. unverpesteter Luft, sauberem Trinkwasser, unvergifteter Nahrung usw. in Kauf zu nehmen. Auf der anderen Seite spricht man von der Befreiung von der Lebenslüge der anthropozentrischen Industriegesellschaft, die Leben und Lebensstandard verspricht, und von der Befreiung vom Wachstumszwang (Mies 1990). Von Verzicht ist hier nicht die Rede, sondern von Verweigerung, von einem Hinterfragen der Wachstumsspirale und -ideologie (Husnik 1995). Paßt da auch das Konzept einer „weiblichen Mittäterschaft“ hinein? (Thürmer-Rohr 1987).

Die Frage, die sich stellt ist: Welche Moral beziehungsweise Ethik wirkt der Tendenz eines Egozentrismus entgegen? Einer Tendenz, hervorgerufen auf Grund einer Zunahme von immer globaleren und umfassenderen Schäden, die die weiße patriarchale Gesellschaft der Erde und sich selbst zu-

fügt. Was tun angesichts der Tatsache, daß der Becher eines „normalen“, billigen EG-Erdbeerjoghurts 7.695 km am Buckel hat? Oder Erdäpfel eine Europareise absolvierten? Manchmal gibt es auch erschwingliche Antworten wie z. B. Alternativen aus heimischem organisch-biologischen beziehungsweise „BIO“ Anbau.

Ökologisches Handeln ist eine Frage des Lebensstils und der Bereitschaft, diesen bei sich selbst zu verändern, was wiederum auch eine Frage der „weiblichen“ Freiheit und der Möglichkeiten, sich vom Konsumzwang zu befreien, ist. Denn auch am Umweltgipfel in Rio wurde schriftlich festgehalten, daß der gegenwärtige Konsumstil nicht aufrechterhalten werden kann. Vor allem die erste Welt muß ihr Konsumverhalten und ihren Lebensstil ändern. Der vielbeschworene „Faktor Vier“ (d. h. doppelter Wohlstand – halbiertes Ressourcenverbrauch) will aus einem Faß Öl viermal soviel Wohlstand herausholen. „Effizienzrevolution“ heißt das alles erlösende Zauberwort. Grenzen, Sparen und Konsumverzicht sind out, in sind Ressourcenproduktivität und Ressourceneffizienz. Wohlstand wird immer noch mit dem traditionellen Wachstumsbegriff verbunden. Die Frage erhebt sich, wer davon profitiert. Frauen? Die sogenannte Dritte Welt? Die Umwelt? Es zeigt sich in den letzten Jahren, daß Effizienzsteigerung keineswegs zwangsläufig zu einer Verringerung der Umweltbelastungen führt. Beispielsweise verringert sich der spezifische Endenergiebedarf je Quadratmeter beheizter Wohnfläche durch Wärmedämmung und effizientere Heizsysteme. Der Anteil der beheizten Wohnfläche hat sich aber auf Grund der gestiegenen Wohnflächebedürfnisse pro Person erhöht. Ebenso ging der spezifische Energiebedarf pro Waschgang auf Grund verbesserter Waschmaschinentechnologie zurück. Da jedoch der Anspruch an Hygiene stieg, hat sich der Endenergiebedarf für das Waschen nicht merklich verringert. Es stellt sich angesichts dieser Entwicklung auch die Frage, ob nicht die Spirale des wirtschaftlichen und materiellen Wachstums auch eine Spirale des Wachstums der Wünsche hervorruft. Je sauberer eine Wohnung wird, desto sensibler wird die Wahrnehmung, und desto mehr wird geputzt. So paradox es klingt, aber der Staubsauger erzeugt Schmutz (Zukünfte, 3/96).

3) VORSORGENDES WIRTSCHAFTEN

Die globale ökologische Krise verlangt nicht nur Kenntnis und Diskussion über technische und naturwissenschaftliche Prozesse, sondern auch eine Auseinandersetzung mit unseren Wirtschafts-, Lebens- und Konsumformen. Nationale und globale Strategien sind notwendig, um einen Umbau gegenwärtig bestehender Wirtschaftssysteme sowie der Geldwirtschaft zu realisieren. Es bedarf eines Wirtschaftens, dessen Leitbild „Vorsorge statt Nachsorge“ ist, denn meist werden Fragen zur nachhaltigen Entwicklung lediglich aus ökonomischer Sicht betrachtet. Bereiche wie Reprodukti-

onsarbeit, Haushalt etc., also alle nicht monetären Bereiche, werden nicht mitgedacht. Die Wirtschaftswelt jedoch zehrt davon, daß eben große Bereiche der Welt nicht kommerzialisiert sind und auch bewußt nicht kommerzialisiert werden.

Eine Gruppe von Wissenschaftlerinnen bevorzugt den Begriff „Vorsorgendes Wirtschaften“ anstelle von „Nachhaltiger Entwicklung“, da dieser besser ihre Überlegungen zu einer anderen Ökonomie beschreibt. Orientierung am Lebensnotwendigen, Vorsorge statt Nachsorge und Kooperation statt Konkurrenz (Jochimsen / Knobloch 1994).

Dieser Ansatz paßt auch besser in den Lösungsstrang der „Strukturellen Ökologisierung“. Im Unterschied zur „Ökologischen Modernisierung“, die aufgrund ihrer ökonomischen Ausrichtung soziale Aspekte wie Partizipations- und Verteilungsstrukturen übersieht, basiert die „Strukturelle Ökologisierung“ auf zwei Grundgedanken: Erstens auf einer Wirtschaftsweise, die die Substanz ökologischer Ressourcen gewährleistet und aufrecht erhält, zum zweiten auf einem Wohlstandsbegriff, der um ethische Grundzüge und Umwelt- und Partizipationselemente erweitert wird. Konstruktive Veränderungen der bestehenden Strukturen werden von diesem Lösungsansatz als unerläßlich erachtet. Die Dezentralisierung von Produktions-, Konsum- und Machtstrukturen als eine der Umsetzungsideen würde bewirken, daß etwa das Transportaufkommen (siehe Joghurtbecher) stark reduziert wird. Auch Risiken und Abhängigkeiten vom Weltmarkt würden verringert (Van den Berk 1995).

Viele Ansätze und Möglichkeiten – Realität und Utopien: Am NGO Forum in Huairou (China) sagte eine schwarze Frau: „The game is hard, but it's a winning one“. Keine Vision, eher die Aufforderung, nicht aufzugeben.

LITERATUR:

- Bennholdt-Thomsen, Veronika: *Juchitan-Stadt der Frauen*. rororo, Reinbek 1994
 Frauengruppe, Nachhaltigkeits-AG des BUKU: Forum, 4/96
 Gilligan, Carol: *Die andere Stimme, Lebenskonflikte und Moral der Frau*. München 1984
 Husnik, Andrea: Umwelt bewegt die Frauen – Frauen bewegen die Umwelt. In: *Mitteilungen des Instituts für Wissenschaft und Kunst*, Wien 1-2/1995
 Jochimsen, Maren / Knobloch Ulrike, in: *Weiberwirtschaft*. Edition Exodus, Luzern 1994
 Mies, Maria: *Die Befreiung vom Konsum*. Köln 1990
 Praetorius, Ina in: *Weiberwirtschaft*, Edition Exodus, Luzern 1994
 Schultz, Irmgard: *Der erregende Mythos vom Geld*. Campus, 1994
 dies. in: *Forum*, 4/96
 Triefel, Elisabeth in: *Forum Umwelt & Entwicklung*, Bonn 1/96
 Thürmer-Rohr, Christine: *Vagabundinnen*, Berlin 1987
 Van Den Berk, Angelika in: *BOKU Agrar Dossier*, 1995
 Wichterich, Christa: *Ethik für die Erde*. epd Entwicklungspolitik, Nr.23/24, 1991

ALICJA MAROUSEK

FRAUEN IN POLEN NACH DEM POLITISCHEN UMBRUCH

Um die heutige Situation beurteilen zu können, muß man sich an Polens Vergangenheit erinnern, es ist seit Jahrhunderten ein sehr katholisches Land. Als nach dem Zweiten Weltkrieg gewaltsam der Kommunismus eingeführt wurde, trat ein Stillstand in der gesellschaftlichen Entwicklung ein. So sehr der Kommunismus im wirtschaftlichen Bereich und im Bereich der menschlichen Beziehungen schädlich war, brachte er doch zumindest von der optischen und auch rechtlichen Seite eine Verbesserung der Position der Frauen.

Die Eingliederung in den Arbeitsprozeß und die Möglichkeit einer guten schulischen Ausbildung für Frauen – eine Matura war eher normal als eine Seltenheit – sind zwar positiv zu sehen, auf die Doppelbelastung der Frau wurde aber kaum Rücksicht genommen. Es entwickelten sich daher emanzipatorische Kräfte und es wurde um Frauenrechte gekämpft. Obwohl nach dem Gesetz die Frau dem Mann vollkommen gleichgestellt sein sollte, gab es eine weitreichende Diskriminierung. Das Lohnniveau war bei gleicher Arbeit für den Mann wesentlich höher, bei Aufnahme in die Hochschule wurde bei Punktegleichheit der Mann vorgezogen. Die obersten Gremien der Partei waren nur mit Männern besetzt, die in Selbstherrlichkeit Frauenquoten festlegten, womit nur wenige Frauen in höhere Ämter aufsteigen konnten.

Frauen wurden eher als Lehrerinnen, Ärztinnen, im Bereich der Kunst, in der unteren Verwaltungshierarchie und in der Produktion eingesetzt. Wo Entscheidungen getroffen wurden und Geld floß, waren nur Männer zu finden.

Die Bemühungen der Frauen konnten in den siebziger Jahren einige Erfolge verzeichnen. Die Familien wurden aufgewertet, die Frau in der Familie war eine privilegierte Person, nicht zuletzt um eine beginnende Arbeitslosigkeit zu verstecken, jedoch mit durchaus angenehmen Effekten für die Frauen.

Sie konnten insgesamt ihren Einfluß verstärken und wurden selbstbewußter. Das Karenzgeld wurde eingeführt und man schenkte weiblichen Problemen mehr Beachtung. Man kann sagen, daß dies die beste Zeit für polnische Frauen war, eine Zeit der Illusion, daß Gleichberechtigung erreicht worden wäre, beziehungsweise, daß man knapp davor stand.

Die kommunistische Periode verlief sowohl für Frauen als auch für Männer in vielen Bereichen unangenehm, aber sie traf Frauen und Männer mehr oder minder in gleicher Weise, wobei man vielerort geneigt ist, alles, selbst positive Errungenschaften zu negieren. Dogmatismus und Intoleranz, die stereotype Wiederholung von nicht vorhandenen Erfolgsmeldungen verleitete dazu,

alles, was aus der kommunistischen Zeit stammt, als unbrauchbar abzustempeln. Im Kommunismus waren Ängste aufgebaut worden und man pflegte deshalb einen introvertierten Lebensstil.

Das Ende der kommunistischen Regierung kam 1989. Damals wurde am runden Tisch die Macht an das heute demokratische Polen übertragen. An diesem saß allerdings keine einzige Frau, das Übergehen der Frauen ging so weit, daß zur letzten Frauenkonferenz zwei Männer als Delegierte erschienen.

Die politische Öffnung und die Marktwirtschaft brachte den Frauen sicher keine Vorteile. Ende 1991 waren z. B. in Lodz für einen Männerarbeitsplatz 53 Bewerber, für einen Frauenarbeitsplatz 115 Bewerberinnen vorgemerkt, wobei die Statistik sehr wohl zwischen „Männer“- und „Frauenarbeitsplätzen“ unterscheidet, für einen Staat, der sich nach westlich demokratischen Stil konstituieren möchte, einfach skandalös. Das Arbeitseinkommen von Frauen für annähernd gleiche Arbeit liegt durchschnittlich um 30% unter dem der Männer. Arbeitslosigkeit senkt das soziale Prestige, Frauen fühlen sich schuldig, nicht im gleichen Maß für die Familie sorgen zu können, das wiederum senkt die Autorität gegenüber den Kindern und führt oft zu Melancholie und Verlust des Selbstwertgefühles. Die Selbstmordrate liegt deshalb bei Frauen viel höher als bei Männern. Beispielsweise ist die offizielle Meinung zur Frauenarbeitslosigkeit, daß es ohnedies besser für Kinder ist, wenn diese von ihren Müttern betreut würden – eine Zweckvorstellung, da dadurch nur die Errichtung von Kindergärten erspart werden soll. Das Pensionsalter wurde bei den Frauen stärker herabgesetzt und ebenso die Bezüge gegenüber vergleichsweise ähnlich gelagerten Fällen von Männern.

Hinsichtlich Emanzipation und Behandlung der Frauen in der polnischen Gesellschaft ist man geneigt zu sagen, daß eine Diktatur (der Kommunismus) durch eine andere abgelöst wurde, wenn man z. B. die Aussage von Vertretern der Christlichnationalen Union hört:

„Wir brauchen nicht über die Diskriminierung der Frauen zu sprechen. Die Frauen sind von der Natur vorherbestimmt, eine andere Rolle zu spielen als der Mann. Für die Frau ist es ein Segen, daß sie vor allem Hausfrau und Mutter sein darf.“

Dieser Segen gebührt jedoch nach Aussage des Senates im Jahre 1992 lediglich verheirateten Frauen. Alleinerziehende Mütter mögen sich bei finanziellen Schwierigkeiten an karitative Organisationen wenden und brauchen deshalb keine Steuererleichterungen. Es herrscht die Meinung vor, daß alleinlebende Frauen überhaupt als Staatsbürger zweiter Klasse zu behandeln sind. Sie mögen sich

den vorherrschenden Vorstellungen unterwerfen, denn unbrauchbare Schmarotzer werden nicht gebraucht. Die schwerste Diskriminierung war aber die Kriminalisierung der Frau durch das restriktive Abtreibungsrecht.

Betrachten wir Gesetze, Dokumente und Programme, welche das Gemeinwesen „gesundheitlich schützen sollten“, so wird der Frau und vor allem der Mutter eine große Bedeutung beigemessen. Daher wurde ihr das Recht, eine Schwangerschaft abbrechen, abgesprochen, ohne daß man über die dadurch erzwungene Arbeitsunfähigkeit nachdachte oder über die großen Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu erhalten beziehungsweise zurückzubekommen, vor allem deshalb, weil es auch kaum einen wirksamen Arbeitsschutz für Frauen gibt. Erst im August 1996 wurde das Abtreibungsrecht trotz scharfer Kritik von Kirchenseite liberalisiert. Hauptsächlich mit den Stimmen des seit 1995 regierenden demokratischen Linksbündnisses (SLD) verabschiedeten die Abgeordneten eine Gesetzesvorlage, die Frauen im Falle schwieriger Lebensumstände oder sozialer Probleme bis zur zwölften Woche einen Schwangerschaftsabbruch erlaubt. Bisher galt ein fast totales Abtreibungsverbot. Ein großer Teil der Opposition blieb der Abstimmung demonstrativ fern.

Die Frauen in Polen nehmen ungefähr 50% der Arbeitsplätze ein. Es sind aber die schlechteren, sie bekommen weniger bezahlt, auf Gesundheitsschäden wird keine Rücksicht genommen. Im Jahre 1989 stellte eine wissenschaftliche Untersuchung fest, daß Männer weit weniger als Frauen unter Berufskrankheiten leiden und dieser Zustand besteht fort. Bis heute gibt es noch immer keine Untersuchungen, welchen Einfluß die Umweltverschmutzung auf die Gesundheit der Frauen hat.

Circa 30% der Polinnen sterben an Kreislaufstörungen, und es wird kaum etwas dagegen unternommen. Viele Patienten kommen zu spät zur Behandlung. Zahlreiche Krankenhäuser gehen bankrott, die Krankenkasse besitzt kein Geld mehr. Jede zweite Polin hat Übergewicht, nach dem sechzigsten Lebensjahr leiden viele unter Krampfadern, zu hohem Blutdruck und Herzerkrankungen. Gesundheitsbewußtsein ist leider nicht ausgebildet. Es mangelt an Aufklärung, immer mehr Polinnen rauchen Zigaretten und im Vergleich zu Männern gewöhnen sich Frauen das Rauchen schwerer ab, bleiben eher süchtig, denn es bleibt ihnen keine

Zeit, über ihr Schicksal nachzudenken und Vermeidungsstrategien zu entwickeln. Die Zahl der Frauen, die Alkohol konsumieren und damit Probleme bekommen, stieg zwischen 1960 bis 1980 dreimal so stark als in den Jahren davor. Obwohl Frauen meist viel später mit dem Alkohol in Berührung kommen als Männer, sind sie viel schneller davon abhängig. Pflege und Therapie dauern länger und der Erfolg ist meist geringer. Seit kurzem wird das Alkoholproblem allgemein und vor allem der Frauenalkoholismus ins Bewußtsein der Menschen getragen, zumal die Gruppe der jungen Frauen immer mehr zum Alkoholismus neigt.

Außer den Medizinerinnen nimmt sich niemand der im Leben vorkommenden und oft einschneidende Veränderungen bewirkenden gesundheitlichen Probleme von Frauen an, z. B. dem Klimakterium. Es gibt auch keine Statistik darüber, niemand denkt darüber nach, wie groß das gesundheitliche Defizit ist, das Polinnen im Gegensatz zum westlichen Europa zu ertragen haben. Medikamente, die der Frau in diesen schweren Zeiten helfen könnten, sind viel zu teuer und überhaupt schwer zu bekommen. Deshalb nimmt jede vierte Polin im Alter von 55 bis 64 Jahren Medikamente gegen Depressionen, Schmerzen und Schlaflosigkeit. Seit 1990 nehmen psychische Erkrankungen zu, wobei Frauen doppelt so stark betroffen sind wie gleichaltrige Männer.

Eine junge, unverheiratete Frau, ihrer Kindheit wohl entwachsen, aber noch keine Mutter, existiert für die Regierungsverantwortlichen für Gesundheit nicht: gesundheitliche Ausbildung der jungen Frauen ist ein Thema, dem sich alle verschließen, die Erziehung daheim, das Bildungsministerium und auch die Parlamentarier.

In Westeuropa und den USA weiß man schon lange, daß die Prophylaxe (also Vorbeugung der Krankheiten) erfolgreicher und billiger als die Heilung ist. Auch Untersuchungen der WHO kamen zum Ergebnis, daß es um die Gesundheit der Frauen in Polen schlecht steht: Tumorerkrankungen sind zum Großteil Ursache der Sterblichkeit bei Frauen.

Um so erfreulicher ist es, daß sich Frauenorganisationen bilden, um zumindest Aufklärungsarbeit zu leisten, zum Beispiel „Miedzynarodowa Fundacja Kobiet“ (International Women's Foundation, 90-727 Lodz ul. Wieckowskiego 31, Tel. 0048-42-323359).

ELFRIEDE FRITZ

HANDELSPOLITIK VERSUS FRAUENVERTRÄGLICHE SOZIALNORMEN

Am 24. März 1948 endete in Havanna die Konferenz der Vereinten Nationen über *Handel und Entwicklung*, die am 21. November 1947 begonnen hatte. Im Schlußakt definiert sie ihre Ziele unter anderem auch

„mit der Lösung von Problemen bezogen auf den internationalen Handel in den Bereichen Beschäftigung, wirtschaftliche Entwicklung, Wirtschaftspolitik, Geschäftspraktiken und Rohstoffpolitik“.¹

Im Kapitel II unter dem Titel „Beschäftigung und wirtschaftliche Aktivitäten“ sind Artikel 3 der „Aufrechterhaltung der nationalen Beschäftigung“ und Artikel 7 „Gerechten Arbeitsnormen“ gewidmet. Die Mitgliedstaaten werden aufgerufen, Maßnahmen zur Erzielung und Aufrechterhaltung von voller und produktiver Beschäftigung zu treffen, wobei die Rechte der Arbeiter und Arbeiterinnen nach den zwischenstaatlichen Abkommen und Erklärungen voll zu respektieren sind. Das gemeinsame Interesse an gerechten Arbeitsnormen im Produktionsprozeß und an der Verbesserung der Löhne und der Arbeitsbedingungen wird anerkannt, ebenso auch, daß unfaire Arbeitsbedingungen, besonders in Produktionsprozessen für den Export, dem internationalen Handel Schwierigkeiten bereiten und deshalb eliminiert werden müßten. Mit der Internationalen Arbeitsorganisation sollte eng zusammengearbeitet werden. In ihrer Resolution an den Wirtschafts- und Sozialrat anerkennt die Konferenz von Havanna, daß sich die 1948 vorgesehene Internationale Handelsorganisation darauf stützt, daß künftiger Wohlstand und Friede auf produktive Vollbeschäftigung gegründet sein muß.

Dreiundfünfzig Staaten, darunter auch Österreich und die USA, haben den Schlußakt unterschrieben. In Kraft getreten ist die Havanna Charta nie, denn die USA ratifizierten sie nicht. Dennoch prägen die alleine auf den Warenhandel abgestellten Bestimmungen den internationalen Warenverkehr der nächsten fünfzig Jahre: Als allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, nach dem englischen Titel kurz GATT² genannt, hat es wesentlich zum Abbau der Zölle und zur internationalen Handelsliberalisierung beigetragen. Fußend auf dem unerschütterlichen Glauben an das Wirtschaftswachstum und einem schier unbegrenzten Vertrauen in die Liberalisierung wollte man den Protektionismus beseitigen. Mit den Grundprinzipien der Meistbegünstigung und Inländerbehandlung standen dafür sehr gute Instrumentarien zur Verfügung. Die Beschäftigung als Thema war aber gerade in diesem Teil der Havanna Charta nicht vorgesehen. Die vorläufig in Kraft gesetzten Handelsbestimmungen, ein Torso, als Provisorium bis zum 1. Jänner 1995³, orientierten sich nur an der Ware.

DAS GATT 1947

Alle Länder haben unabhängig von ihrer Größe und Wirtschaftskraft die gleichen Rechte und die gleichen Pflichten. Ausnahmen gibt es für Entwicklungsländer. Als solches wird ein Land anerkannt, das sich vor einem internationalen Forum, wie den Vereinten Nationen selbst zu einem solchen erklärt hat. Mit dem rasanten Aufschwung der asiatischen Schwellenländer stellten manche Industrieländer, allen voran die USA, die Frage nach der berechtigten Aufrechterhaltung des Zustandes als Entwicklungsland für diese Länder und traten in der Folge dafür ein, Ausnahmen nur bei den am wenigsten entwickelten Ländern zuzulassen.

Begünstigungen im Handelsverkehr, für alle gültig, konzentrierten sich zunächst auf Zollsenkungen und den Abbau mengenmäßiger Beschränkungen in der Ein- und Ausfuhr. Hindernisse, die den internationalen Warenverkehr beeinträchtigen, sollen beseitigt werden. Regionalzusammenschlüsse in Form von Zollunionen und Freihandelszonen als Ausnahme von der Meistbegünstigungsverpflichtung sind dann erlaubt, wenn sie „im wesentlichen den gesamten Handel umfassen“⁴. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die Europäische Freihandelszone (EFTA) und die Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten⁵ mit der EWG hatten unter den teilnehmenden Staaten Zollbegünstigungen bis zur Zollfreiheit vereinbart. Im sensiblen landwirtschaftlichen Sektor gab es nur eingeschränkte Begünstigungen. Doch auch die liberale Handelspolitik hat ihre Spielregeln. Dazu gehören formelle und materielle Vorschriften wie Zollverfahren oder Ursprungsregeln – ein weites Feld für kundige Verwaltungsbeamte und Produktions- und Handelsbetriebe. Die österreichische Handelspolitik der frühen siebziger Jahre war bis zum EU-Beitritt Österreichs⁶ davon gekennzeichnet. Circa 70% des damaligen österreichischen Außenhandels erfolgte mit den EG-Ländern. Handel trieb Österreich auch mit den Entwicklungsländern. Auch dafür gewährt das GATT eine Ausnahme von der Meistbegünstigung. Die Entwicklungsländer müssen aber mit den unterschiedlichen nationalen Begünstigungsregimen zu Rande kommen. In Österreich galt bis zum EU-Beitritt das österreichische Präferenzollgesetz und schon damals auch die schwierigen, weil EG-harmonisierten, Ursprungsregeln.

Wer als Mitglied des GATT, dem zu Beginn der neunziger Jahre bereits über hundert Staaten angehörten, dessen Regeln mißachtet, muß Retorsionsmaßnahmen befürchten. Besonders zwischen der EG und der USA kam es immer wieder zu Konflikten über unzulässige Subventionierungen, in Zeitungen z. B. als „Spaghettikrieg“ zwischen den USA

und der (damaligen) EWG bezeichnet, oder die durchaus ernst gemeinten Drohungen der USA, europäische Weine, Käse und andere Waren nicht mehr zum Import zuzulassen, sollte die EG nicht ihre landwirtschaftliche Subventionspolitik ändern.⁷

Diesen Durchsetzungsmechanismus wollte die USA auch auf andere, wirtschaftlich an Bedeutung zunehmende Bereiche wie den Dienstleistungsbereich oder den Schutz der geistigen Eigentumsrechte ausdehnen.

URUGUAY-RUNDE⁸

Nachdem die Entwicklungsländer ihren Widerstand zur Einbeziehung der neuen Bereiche, worin sie verdeckte protektionistische Absichten der Industrieländer witterten, aufgegeben hatten, konnte verhandelt werden. Auch der bisher im GATT abseits gestandene Handel mit Agrarwaren sollten den GATT-Regeln unterworfen werden. Die Folge waren komplizierte Umrechnungen der mengenmäßigen und sonstigen Agrarbeschränkungen in Zölle, was zu theoretischen Zollsätzen bis zu 6.000% führte, die aber aufgrund zu beachtender bisheriger Marktzutrittsmöglichkeiten tatsächlich nicht zu Anwendung kommen. Große Agrarhandelsländer wie die USA, Kanada oder Australien drängten auf Abbau der europäischen Agrarsubventionen, um ihre Exportmöglichkeiten zu verbessern. Hier galt es, einen Ausgleich zu finden zwischen der für die Bauern und die bäuerliche Kulturlandschaft existenzbedrohenden vollkommenen Öffnung des Agrarmarktes und einer kostenintensiven Subventionspolitik. Nach langwierigen Verhandlungen verabschiedete man im März 1994 in Marrakesch ein Gesamtpaket, mit dem die Welthandelsorganisation (WHO)⁹ gegründet wurde. Das GATT 1947 wurde als eines der dreizehn Warenhandelsabkommen in die WHO integriert, womit das beinahe fünfzigjährige Provisorium des GATT beendet wurde. Der WHO gehören bereits weltweit über hundertzwanzig Staaten an. Neben dem Warenhandelsabkommen mit seinen dreizehn Subabkommen¹⁰ gibt es auch ein Dienstleistungsabkommen und ein Abkommen über handelsbezogene Aspekte der geistigen Eigentumsrechte. Mit letzterem sollen die Entwicklungsländer, wenn auch ihrem Entwicklungsstand entsprechend zeitverzögert, zu einem ausreichenden Schutz ausländischer Patente verhalten werden und die Produktion von nachgemachten Markenwaren verhindert werden. Alle Abkommen werden in einem eigenen Rat behandelt, unterstützt von weiteren Komitees und Arbeitsgruppen.¹¹ Sektorübergreifende Retorsionen sind erlaubt. Ein eigener für alle Bereiche zuständiger Streitschlichtungsmechanismus verstärkt das bisherige GATT-Panel-Verfahren¹². Die Handelspolitiken der WHO-Staaten werden in regelmäßigen Abständen kontrolliert.

Daneben sollten die WHO-Staaten auch den

plurilateralen Abkommen beitreten.¹³

Obwohl Österreich schon seit Ende der achtziger Jahre versucht, die damaligen GATT-Verhandlungsstaaten von der Notwendigkeit der Integration des Umweltbereiches in dieses Regelwerk zu überzeugen¹⁴, ist dies nur sehr marginal gelungen. In Marrakesch konnte zumindest ein Komitee über Handel und Umwelt eingesetzt werden, das den Einfluß von Umweltmaßnahmen auf den Freihandel prüfen soll. Da jedoch Übereinstimmung darüber besteht, daß Umweltmaßnahmen den freien Handel weder beeinträchtigen noch gefährden dürfen, ist das Komitee über Feststellungen, welche Handelsbestimmungen in Umweltabkommen enthalten sind oder, daß Ökozeichen eine Handelsbeschränkung sind, nicht hinausgekommen. Auch konnte der Bericht einer Arbeitsgruppe, die in den achtziger Jahren prüfte, welche Staaten im Inland verbotene Waren¹⁵ exportieren, offiziell im GATT nie angenommen werden. Die Entwicklungsländer fühlen sich einerseits als Weltmistkübel zwar mißbraucht, bestehen aber andererseits aus Entwicklungsgründen auf diese Handelsbeziehungen.

In seiner Erklärung zum Schlußdokument hat Vizekanzler Dr. Schüssel, damals als Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten, darauf hingewiesen, daß für Österreich ein sozialer Zusammenhang besteht. Die WHO sollte sich auch mit Fragen der Kinderausbeutung, der Zwangsarbeit, der Rede- und Versammlungsfreiheit für Arbeitnehmer und ihre Beziehung im internationalen Handel in enger Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) auseinandersetzen.

ARBEITSPLÄTZE

Mitte der neunziger Jahre unseres Jahrhunderts ist klar geworden, daß das Wirtschaftswachstum nicht länger mehr ein Garant für neue Arbeitsplätze in den Industrieländern ist. Die Handelsliberalisierung als Motor des Wirtschaftswachstums kann daher auch keine Arbeitsplätze sichern. Die Entwicklungsländer, aber auch die mittel- und osteuropäischen Länder nutzen die komparativen Kostenvorteile ihrer billigen Arbeitskräfte. Frauen arbeiten in schlecht bezahlten Bereichen wie im Textil- und Nahrungsmittelbereich. Die Schließung kleinerer Textilbetriebe im Wein- und Waldviertel, wo traditionelle Frauenarbeitsplätze in das Nachbarland Tschechien ausgelagert wurden, interessierte kaum. Die Auswirkungen von Struktur- und Anpassungsproblemen im Produktionsbereich als Folge der Globalisierung bekommen nicht nur die Industrie-, sondern auch die Entwicklungsländer zu spüren. Nicht-staatliche Organisationen kritisieren den raschen Globalisierungsprozeß. Die Frauenkonferenz von Peking verlangte, daß die Auswirkungen der Globalisierung auf die wirtschaftliche Stellung der Frau untersucht werden müßte.¹⁶ Weder das GATT 47 noch die WTO hinterfragen, unter

welchen Umständen eine Ware produziert wurde. Unbeachtet bleiben Umwelt- und Sozialaspekte. Umweltverschmutzung durch lange Transportwege oder ressourcenbelastende Produktion werden ebensowenig beachtet wie die mangelnde bis überhaupt nicht vorhandene soziale Absicherung, oder ob und unter welchen Bedingungen Kinder zur Güterproduktion herangezogen werden.

ÖSTERREICH ALS MITGLIED DER EUROPÄISCHEN UNION (EU)

Gemäß Artikel 113 EG-Vertrag ist die Zoll- und Handelspolitik Gemeinschaftssache. Als Völkerrechtssubjekt ist sowohl die EG Mitglied der WHO als auch alle ihre Mitgliedstaaten. Die EG ist aber laut einem Gutachten des Europäischen Gerichtshofes nicht zur Vertretung in allen WHO-Angelegenheiten befugt.¹⁷ Unbestritten hat sie im Warenhandelsbereich die alleinige Vertretungsbefugnis für alle Mitgliedstaaten und verhandelt für sie im Rahmen der WHO. Die Mitgliedstaaten koordinieren die vom EG-Vertreter einzunehmende Haltung im Vorhinein. Im Artikel 113-Ausschuß wird die handelsrelevante Haltung der EG in der WHO festgelegt. Der Ausschuß berät den Rat, der direkt in den Mitgliedstaaten anzuwendende handelsrelevante Verordnungen erläßt. Im Ausschuß und im Rat gilt dazu das Mehrheitsprinzip. Das Europäische Parlament ist jeweils zu hören. Seiner oft kritischen Stellungnahme und seinen Anregungen muß jedoch nicht entsprochen werden. Falls Österreich von der überwiegenden Haltung der Mitgliedstaaten abweichende Interessen vertreten möchte, muß es verbündete Mitgliedstaaten gewinnen. Eine Überstimmung der österreichischen Meinung ist möglich. Österreich bemüht sich um eine konstruktive Mitarbeit.

Der Binnenmarkt hat Grenzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten im Handelsverkehr zu Fall gebracht. Der bisherige 70 prozentige Außenhandelsanteil gilt nun als Binnenhandel im Rahmen der EU-Mitgliedstaaten. Alle Waren können darin frei zirkulieren. Als Privatpersonen profitieren wir von uneingeschränkten Konsumgütereinkäufen, wo wir früher nur beschränkt Waren, ohne sie dem Zoll zu stellen, einführen durften. Auch damit gingen bisher geschützte Arbeitsplätze, besonders im landwirtschaftlichen Sektor, verloren.

Doch nicht nur der Binnenmarkt erzeugte Druck auf unsere Wirtschaft. Österreich mußte auch die präferentiellen Handelsabkommen der EG übernehmen: Assoziationsabkommen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern, Freihandelsvereinbarungen mit den Mittelmeerländern, die Zollbegünstigungen im Rahmen des AKP-Abkommens¹⁸ oder die Zollunion mit der Türkei. Obwohl Zollpräferenzen jeweils wichtige Teile dieser Abkommen sind, beschränken sich die Abkommen nicht mehr nur darauf, sondern betreffen auch Investitionen und gehen auf Sozial- und Umweltaspekte ein. EG-

Kommissar Pdraig Flynn hat in seiner Rede bei der Frauenkonferenz in Peking hervorgehoben, daß ein „unsichtbarer, unveräußerlicher und unteilbarer Bestandteil dabei die Menschenrechte von Frauen und Mädchen sind“. Allerdings wird in keinem dieser Abkommen auf die Beschäftigung im Zusammenhang mit der Handelspolitik eingegangen. Beschäftigung ist Teil der Sozialpolitik im Rahmen der EU, wofür nur schwaches Gemeinschaftsrecht in Form der Richtlinien¹⁹ vorhanden ist. Als Wirtschaftsorganisation trennt die EG noch strikt die Wirtschafts- und Handels- von der Sozialpolitik. Die Gleichbehandlung von Männern und Frauen wird ebenso unter dem Sozialaspekt abgehandelt, wie Zwangs- oder Kinderarbeit und die soziale Absicherung der arbeitenden Bevölkerung.

VERBINDUNG VON HANDEL UND SOZIALNORMEN

Das Thema beschäftigt auch die OECD.²⁰ Im Auftrag der OECD-Minister wurde für die Ratstagung im Mai dieses Jahres ein gemeinsamer Bericht des Handelskomitees und des Komitees für Beschäftigung, Arbeit und soziale Angelegenheiten ausgearbeitet. Als Kernarbeitsnormen, die weiter untersucht werden sollten, gelten das Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit²¹, die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen²², gleiches Entgelt und Nichtdiskriminierung²³ und das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung²⁴. Die Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) sind in diesem Diskussionsprozeß besonders wichtig. Die IAO hat aber, wie alle anderen UN-Organisationen keine Durchsetzungsmechanismen. Bei festgestellter Nicht-Einhaltung erfolgen keine Sanktionen. Eine Einbindung in die WHO mit ihren Durchsetzungsmechanismen würde mehr Druck auf die Entwicklungsländer zur Einhaltung der Verpflichtungen aus den IAO-Abkommen ausüben.

Im Rahmen der EU setzt sich Frankreich besonders für die Behandlung der Sozialstandards in einer weltweit verflochtenen Wirtschaft im Rahmen der WHO ein.

Sogar Präsident Chirac wurde zum Sozialfan, als Deutschland weiterhin Dollarbananen entgegen dem AKP-Bananen begünstigenden EG-Bananenrégime²⁵ zum Import zuließ, und erklärte dem deutschen Kanzler Kohl, daß

„die Dollar-Bananen in einem System produziert würden, das noch viel schlimmer als die Sklaverei sei und das es seit Kolumbus nicht mehr gegeben habe.“²⁶

Die Entwicklungsländer sträuben sich bisher gegen eine Diskussion im Rahmen der WHO, weil sie dahinter versteckte protektionistische Interessen der Industrieländer befürchten.

Im Allgemeinen Präferenzsystem (APS) der EG für Entwicklungsländer²⁷ ist ein Anreizsystem in der Form vorgesehen, daß jene Entwicklungsländer, die

Kernarbeitsnormen nach bestimmten IAO-Konventionen und/oder bestimmte Umweltnormen einhalten, noch günstigere Zollsätze für ihre Exportwaren anlässlich ihres Imports in die EG erhalten sollen. Die Diskussionen darüber werden nächstes Jahr in der EG anlaufen. Die Arbeiten in der OECD und in der WHO sind dabei zu berücksichtigen. Großbritannien war bisher immer dagegen. Die Entwicklungsländer selbst haben in diesem System kein Mitspracherecht, da es eine einseitige Präferenzgewährung ist. Schon jetzt sieht aber die APS-EG-Verordnung vor, daß Länder, in denen Sklavenarbeit praktiziert wird, nach komplizierten Untersuchungen durch die EG ihre Zollbegünstigungen verlieren sollen. Anträge des Europäischen Gewerkschaftsbundes gegen bestimmte asiatische Länder liegen bereits vor. Ein Ausschluß ist wegen des langwierigen Verfahrens bisher aber noch nicht erfolgt.

ENTWICKLUNG

Die Europäische Kommission (EK) hat dem Rat eine Mitteilung über den „Zusammenhang zwischen dem Handelssystem und den internationalen Arbeitsnormen“ unterbreitet. Im Dezember 1996 findet in Singapur eine WHO-Ministerkonferenz statt, bei der u. a. auch die Verbindung von Handel und Sozialnormen zur Diskussion stehen kann. Die EK setzt sich für die Einsetzung einer WHO-Arbeitsgruppe ein. Auch dem Europäische Parlament ist dies ein wichtiges Anliegen. Österreich wird sich ebenfalls dafür einsetzen.

Ob die Arbeitsgruppe kommt, ist ungewiß. Auch wenn sie geschaffen werden sollte, ist ungewiß, welchen Erfolg sie bringen kann.²⁸

Eine Auseinandersetzung ist notwendig und darf nicht mehr übergangen werden. Zu protektionistischen Zwecken darf sie allerdings nicht mißbraucht werden. Die verlorenen Arbeitsplätze werden wir durch diese Diskussion nicht retten, da weder die Vergangenheit eingeholt noch die Zukunft aufgehalten werden kann. Auch die Entwicklungsländer brauchen ihre Chance, aber die Welt benötigt eine ehrliche Diskussion! Soziale Auswirkungen dürften nicht nur als Kostenfaktor Beachtung finden, sondern müßten neben dem Wirtschaftswachstum zur Hebung des Lebensstandards und des gesellschaftlichen Wohlbefindens bewertet werden. Im Diskussionsprozeß sind die Industrieländer gefordert, den Entwicklungsländern Alternativen anzubieten, die nicht nur im WHO-Bereich gesucht werden sollten, z. B. Bindung von Zolleinnahmen für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit. Verglichen mit dem für die Einhaltung von Ursprungsregeln erforderlichen Belastungen der Unternehmen und dem administrativen Aufwand in deren Anwendung und Kontrolle, müßte die Einhaltung bestimmter Arbeitsnormen im Produktionsprozeß ebenso möglich und kontrollierbar sein.

Nach beinahe fünfzig Jahren können die Arbeitsplätze im Produktionsprozeß in den Industrieländern nicht mehr vermehrt werden und in ihrer bisherigen Form nicht erhalten bleiben. Auch die Industrieländer müssen nach Alternativen suchen, wie bessere Ausbildung und gerechte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Den nie in Kraft getretenen Zielen der Havanna Charta muß aber in modifizierter, den heutigen Bedingungen angepaßter Form zum Durchbruch verholfen werden.

ANMERKUNGEN:

- 1 Kapitel I, Art. 1, Pkt. 6
- 2 General Agreement on Tariffs and Trade
- 3 In Kraft treten der Welthandelsorganisation
- 4 Art. XXIV GATT
- 5 Bis zum EU-Beitritt war auch Österreich Mitglied der EFTA
- 6 Ab 1. Jänner 1995 ist Österreich Mitglied der Europäischen Union (EU). Da aber nur die Europäische Gemeinschaft (EG) Völkerrechtssubjekt ist, setzt nur sie Maßnahmen im Rahmen der Zoll- und Handelspolitik.
- 7 Durch die erfolgte Einigung zwischen den USA und der EG 1993, bekannt als „Blair-House Agreement“, konnte die Uruguay-Runde ab 1. 1. 1995 in Kraft gesetzt werden.
- 8 Eingeleitet im September 1986 mit dem Ziel, sie nach vier Jahren zu beenden. Tatsächlich ist sie erst am 1. Jänner 1995 in Kraft getreten.
- 9 Nicht zu verwechseln mit der „World Health Organisation“, die unter der englischen Abkürzung WHO bekannt ist. Die englische Abkürzung der Welthandelsorganisation (WHO) lautet WTO: „World Trade Organisation“.
- 10 U. a. Abkommen über die Landwirtschaft, den Textilverkehr, Subventionen, Anti-Dumping, Zollwert, (nicht-präferentielle) Ursprungsregeln, Kontrolle vor dem Versand, handelsbezogene Investitionsmaßnahmen.
- 11 Sitz des WHO-Sekretariates ist Genf.
- 12 Aus Experten zusammengesetzter Untersuchungsausschuß, der nach einem vorgegebenen Mandat einen Bericht erstellt, der in einem GATT-Komitee bzw. im GATT-Rat von allen Streitparteien angenommen werden muß.
- 13 Eines der wichtigsten plurilateralen Abkommen ist das Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen, das wegen der geringen Mitgliederanzahl allerdings nicht operabel ist. Neben der EG sind zwar auch die USA Mitglied, aber kaum Entwicklungsländer.
- 14 Eine erste GATT-Umwelt-Arbeitsgruppe wurde bereits 1972 eingesetzt, ist aber bis 1992 nicht zusammengetreten.
- 15 Auch Österreich exportierte Waren mit Zertifikat des Umweltministeriums, die aus Umweltschutzgründen im Inland nicht abgesetzt werden durften. Internationale Pharmakonzerne erproben Produkte vorerst in den Entwicklungsländern, bevor sie in den Industrieländern angeboten werden dürfen.
- 16 Kapitel F, Artikel 157 der Aktionsplattform von Peking.

- 17 Nicht vertretungsbefugt ist die EG im Dienstleistungsbereich, wo Personenbewegungen betroffen sind und bei den geistigen Eigentumsrechte.
18 AKP = Afrika, Karibik, Pazifik; dzt. Lomé IV
19 Im Gegensatz zu den unmittelbar anwendbaren EG-Verordnungen müssen EG-Richtlinien erst in nationales Recht (z. B. durch ein eigenes Gesetz) umgegossen werden.
20 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit Sitz in Paris
21 IAO-Übereinkommen Nrn. 29 und 105
22 IAO-Übereinkommen Nrn. 87 und 98
23 IAO-Übereinkommen Nrn. 100 und 111
24 IAO-Übereinkommen Nr. 138

- 25 Durch den Binnenmarkt werden alle EG-Mitgliedstaaten angehalten, Bananen aus den AKP-Staaten (frühere Kolonialstaaten Frankreichs) begünstigt zu importieren. Die billigeren Dollarbananen aus den mittelamerikanischen Ländern werden in der Einfuhr quotiert. Auch in Österreich sind seit dem EU-Beitritt die Bananen daher teurer geworden.
26 Der Standard vom 21. August 1995, S. 12
27 Verordnung (EG) Nr. 3281/94, ABIEG Nr. L 348 vom 31. 12. 1994 und Verordnung (EG) Nr. 1256/96, ABIEG Nr. L 160 vom 29. Juni 1996
28 Vgl. dazu die zähen Arbeiten des WHO-Komitees für Handel und Umwelt, das kaum Fortschritte macht.

DER AUTOR / DIE AUTORINNEN

URSULA ACHTSNIT: Dr., geb. 1956, Juristin, Abteilungsleiterin im Bundeskanzleramt / Frauenministerium, Koordinatorin der Seminarreihen „Marktwirtschaft – Motor und Bremse der Emanzipation“ und „Emanzipation im Sparpaket“. Der Artikel der Autorin stellt deren persönliche Meinung dar.

URSULA BAUER: Mag., geb. 1967, Geographin, Planerin in der Magistratsabteilung 57. Der Artikel der Autorin stellt deren persönliche Meinung dar.

ELFRIEDE FRITZ: Dr., geb. 1954, Juristin im Bundesministerium für Finanzen, Zollexpertin, Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen in diesem Ressort. Der Artikel der Autorin stellt deren persönliche Meinung dar.

ANDREA HUSNIK: Mag., geb. 1955, Biologin, seit neun Jahren als Umweltberaterin in Wien tätig (Information: „Die Umweltberatung“, Tel.: 270 41 24). Der Artikel der Autorin stellt deren persönliche Meinung dar.

GERTRUDE KLAFFENBÖCK: Dipl. Ing., geb. 1963, Agrarökonomin, Auslandsstipendium in Burkina

Faso 1993, dzt. Mitarbeit am Projekt „Kulturlandschaftsforschung“ des BMWFV (IFF) und Dissertationsstudium. Der Artikel der Autorin stellt deren persönliche Meinung dar.

ALICJA MAROUSEK: geb. 1959, ehemalige polnische Landtagsabgeordnete („Gesellschaft PAX“), ausgebildete Tourismusmanagerin, lebt nun in Wien.

PIA PALME: Mag., geb. 1957, Musikerin und Musiklehrerin.

IRENE TYLECEK: Mag., geb. 1968, Handelswissenschaftlerin, kaufmännische Angestellte.

CHRISTIAN WESSELY: Ing., geb. 1964, ausgebildeter Betriebsorganisator, derzeit Hausmann.

BARBARA WINTERSBERGER: Dr., geb. 1947. Studium der Erziehungswissenschaft und Psychologie, Abteilungsleiterstellvertreterin im Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz, Univ.-Lektorin für Gesundheitsförderung. Der Artikel der Autorin stellt deren persönliche Meinung dar.



bm:wvk

